

DEMOKRATIE UND
PARLAMENARISMUS

11-E-177

DEMOKRATIE UND PARLAMĚNTARISMUS

*Ihre Schwierigkeiten
und deren Lösung*

— c. 6421/III.

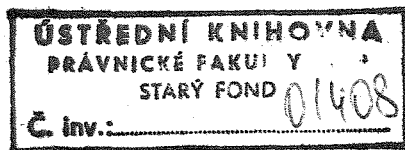
EINE RUNDFRAGE
DER „PRAGER PRESSE“

III. egg. 52.



PRAG 1926

„ORBIS“, DRUCK-, VERLAGS- UND ZEITUNGS-
A.-G.



Buchdruckerei „Orbis“, Prag XII.

BEITRÄGE:

AUS DÄNEMARK:		Seite
<i>OESTRUP J.: Das Recht der Sachkenntnis</i>		126
<i>STAUNING TH.: Arbeit zum Frieden und zum Glück des Volkes</i>		149
AUS DEUTSCHLAND:		
<i>BREDT J. V.: Die Krise der Partei und des demokra- tischen Gedankens</i>		39
<i>FOERSTER F. W.: Einer neuen Phase entgegen . . .</i>		65
<i>KOCH E.: Die Zukunft Europas im Zeichen der Selbst- regierung</i>		92
<i>LOEBE P.: In weiteren sieben Jahren</i>		103
<i>OPPENHEIMER F.: Die Zentralisation des Staates muß fallen!</i>		129
<i>SCHEIDEMANN PH.: Die Demokratie kann gesunden</i>		146
<i>TOENNIES F.: Soziale Reform als Grundlage der modernen Demokratie</i>		177
AUS ENGLAND:		
<i>COLE G. D. H.: Parlament gegen Demokratie</i>		45
<i>HEARNSHAW F. J. C.: Der Weg der Demokratie in Europa</i>		77
<i>HENDERSON A.: Für die politische und industrielle Demokratie</i>		82
<i>KENWORTHY J. M.: Die heutige Lage der Demokra- tie in der Welt</i>		88
<i>NEWTON A. P.: Realität und starke Führer</i>		120
<i>LORD PARMOOR: Großbritanniens Erfahrungen . .</i>		140
<i>SNOWDEN PH.: Der Endsieg der parlamentarischen Institutionen</i>		148

	Seite
STEED W.: Der Parlamentarismus ist die Verneinung der Gewalt	153
TREVELYAN CH.: Eine Prüfung der parlamentarischen Demokratie	183
WEBB S.: Quo vadis?	188
WITHERS H.: Weg und Ziel der Demokratie	201

AUS FRANKREICH:

AULARD A.: Eine Krise des Wachstums	9
BARTHÉLÉMY J.: Das parlamentarische Regime muß sich umbilden	18
BLUM L.: Die Lösung der französischen Krise	32
BOUGLÉ C.: Selbstdisziplin für die Parlamente	35
GUY-GRAND G.: Neue Methoden	72
LE ROY M.: Vom neuen Staat, den wir brauchen	95
PAINLEVÉ P.: Der Parlamentarismus und der Vertrag von Locarno	138

AUS DER MAGYARISCHEN EMIGRATION:

SZENDE P.: Die unbequeme Demokratie	171
---	-----

AUS OESTERREICH:

KELSEN H.: Das Problem des Parlamentarismus	85
---	----

AUS POLEN:

ŚWIĘTOCHOWSKI A.: Die Wahl zwischen zwei Mitteln	167
ZNANIECKI F.: Die soziologischen Ursachen der gegenwärtigen Krise der Demokratie	202

AUS DER RUSSISCHEN EMIGRATION:

MILJUKOV P. N.: Die Demokratie ein Ziel	115
---	-----

AUS DER SCHWEIZ:

DUPRAT G. L.: Arbeit zum Heil der Demokratie	50
ELEUTHEROPULOS A.: Der Geist der Demokratie und das System der Regierung	59
MICHELS R.: Gedanken über Demokratie und Elite	109

AUS DER TSCHECHOSLOVAKEI:

BENEŠ E.: Hic Rhodus, hic salta!	29
MACEK J.: Bessere Erziehung der Wähler und Gewählten	105
SVOBODA E.: Was verlangt die Demokratie von uns?	161
WEYR F.: Zur Problematik des Parlamentarismus und der Demokratie	195

AUS DEN VEREINIGTEN STAATEN VON NORDAMERIKA:

BUTLER N. M.: Wahre Demokratie führt zu größerer und vollerer Freiheit	43
HILLQUIT M.: Die Sozialisten und die Zukunft der Demokratie	83
PUTNEY A. H.: Die Lösung durch Initiative und Referendum	142
*	
Das Ergebnis der Umfrage	215

EINE KRISE DES WACHSTUMS

Alphonse Aulard

em. Professor an der Universität Paris

Es läßt sich nicht leugnen, daß in Frankreich eine Krise des Parlamentarismus und der Demokratie besteht, eine ernste Krise, die jedoch mit jenem Tage aufhören wird gefährlich zu sein, an dem sich das französische Volk voll über sie Rechenschaft geben wird.

Dahin sind die Bemühungen der Republikaner der Linken gerichtet. Sie waren, bis heute, ein wenig isoliert. Allein gegenwärtig können sie mit der größten und stärksten politischen Organisation rechnen, die gegenwärtig in Frankreich existiert, nämlich mit der Liga für Menschen- und Bürgerrechte.

Ich muß gestehen, daß es auf meinen Vorschlag geschah, daß das Zentralkomitee der Liga sich entschloß, diese politische Kampagne einzuleiten, und da ich mit der Ausarbeitung der Tagesordnung, deren Grundzüge vom Komitee gebilligt wurden, betraut wurde, glaube ich, daß ich am besten meine eigene Anschauung über die Krise der Demokratie und der Hilfsmittel dagegen bekanntgeben kann, wenn ich diese Tagesordnung zitiere.

Ihr Wortlaut ist folgender:

„Das Zentralkomitee der Liga für Menschen- und Bürgerrechte,

Von der Erwägung ausgehend, daß die reaktionäre Verschwörung unter der Form des Faschismus die demokratische Republik bedroht,

Von der Erwägung ausgehend, daß, wenn diese Verschwörung gelingen sollte, die Menschenrechte ebenso in Frankreich aufgehoben werden würden, wie dies in Italien der Fall ist,

Fordert alle ihre Sektionen und Anhänger zu einer eifrigen staatsbürgerlichen Wachsamkeit auf,

Erinnert nachdrücklich die Regierung an ihre Pflicht der Ueberwachung und eventuell Unterdrückung, im Interesse der Aufrechterhaltung des republikanischen Regimes,

Das Zentralkomitee ist weiter der Ansicht, daß den Urtrieben aller Schattierungen eine Demokratie entgegengesetzt werden muß, die durch eine Auffrischung und eine Verbesserung des parlamentarischen Regimes gefestigt ist.

Man muß unter dem Drucke einer Bewegung der öffentlichen Meinung eine demokratische Teil-Revision der Verfassung durchführen.

Die exorbitanten Rechte des Senates, Rechte, wie sie kein anderes Oberhaus in ganz Europa besitzt, und die es einem beschränkten Wahlrecht ermöglichen, den aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehenden Willen lahmzulegen, müssen verringert werden.

Das legislative Veto des Senates, das heute ein absolutes Veto ist, muß zu einem aufschiebenden Veto umgestaltet werden.

Auch die legislative Arbeit in der Kammer darf nicht weiterhin durch Langsamkeit, Ueberstürzung und Unordnung gehemmt werden.

Diese Tätigkeit muß geregelt, geklärt und beschleunigt werden, damit sie, ohne viele Verzögerungen und Fehlgriffe, zu festen Ergebnissen führt.

Die Links-Parteien im Parlament müssen sich schließlich nach dem Willen der Allgemeinheit zu einer gemeinsamen Aktion zusammenschließen.

Die neuen Bedingungen, die durch eine demokratische Revision der Verfassung und durch eine Reform der Arbeitsmethoden geschaffen wären, würden uns endlich eine Regierung der Autorität und der Freiheit geben, eine feste Regierung in Bezug auf ihre Pläne und deren Ausführung, eine widerstandsfähige Regierung, deren Notwendigkeit das französische Volk in den ernstesten Schwierigkeiten der Gegenwart empfindet.

Das sind die Anschauungen, die das Zentralkomitee der Aufmerksamkeit seiner Sektionen zum Zwecke einer energischen und ausdauernden Propaganda auf dem Gebiete der Republik unterbreitet.“

So lautet das Programm, in dieser Weise soll die Aktion der Liga für Menschen- und Bürgerrechte in der gegenwärtigen Krise der französischen Demokratie durchgeführt werden.

Bis heute wurde die Revision der französischen Konstitution vom Jahre 1875, von den letzten und bereits alten Abänderungen abgesehen, nur von den Konservativen verlangt mit dem Ziele, die Rechte des Präsidenten der Republik zu stärken. Es ist dies eine Anregung des Expräsidenten Millerand, eines ehemaligen Sozialisten, der mit dem Gedanken spielt, der Mussolini Frankreichs zu werden, und der sich übrigens ohne großen persönlichen Einfluß, als Führer der Nationalisten aufspielt und sogar den Titel eines Ehrenpräsidenten der Liga der Patrioten des toten Paul Déroulède angenommen hat.

Die von den Linksrepublikanern verlangte Revision ist ganz anders. Sie würden einer Vergrößerung der Machtbefugnisse des Präsidenten der Republik ihre Zustimmung unter keiner Bedingung geben. Sie beabsichtigen dagegen eine Verringerung der Rechte des Senats.

Die Erfahrung hat die praktischen Unzukömmlich-

keiten dieser exzessiven Rechte des Senates gezeigt, vor allem eine noch junge Erfahrung, nämlich den Sturz des Kabinetts Herriot. Nach der Kundgebung des Volkswillens, wie er sich bei den allgemeinen Wahlen vom 11. Mai 1924 geäußert hatte, gebildet, repräsentierte dieses Ministerium das Linkskartell. Der Senat, der antisozialistisch ist, machte ihm das Leben sauer, da es die Unterstützung der Sozialisten genoß und stürzte es schließlich.

Seit dieser Zeit gibt es eine ständige Ministerkrise.

Es ist gegenwärtig für den Präsidenten der Republik Doumergue, obgleich er sehr klug ist und im Gegensatz zu seinem Vorgänger Millerand seine Funktion sehr korrekt erfüllt, ohne dabei eine persönliche Politik zu verfolgen, es ist, wiederhole ich, für Doumergue sehr schwierig, ein dauerndes Kabinett zusammenzustellen in Hinblick auf den Senat.

Gewiß, es würde in Uebereinstimmung mit dem Geiste der republikanischen Institutionen stehen, wenn ein Kabinett, das die Unterstützung der Kammermehrheit hat, nicht wegen eines feindlichen Senatsvotums zurücktreten müßte. Allein in der Praxis ist das unmöglich. Ein früherer Präsident, Léon Bourgeois, versuchte es einmal, der Auffassung des Senates nicht Rechnung zu tragen, sondern sich ausschließlich auf die Kammer zu stützen, allein der Senat machte ihm das Leben unmöglich und er mußte sich schließlich zurückziehen.

Das kommt daher, weil die Machtbefugnisse des Senates in Frankreich, trotz eines Anscheins der Unterlegenheit, vorherrschend und gewaltig sind. In der Tat hat die Kammer das alleinige Initiativrecht in Finanzfragen. Allein wenn die Kammer das erste Wort bei den Finanzen hat, so hat der Senat das letzte. Er kann, ohne seine Rechte zu überschreiten, ohne Unter-

laß Nein sagen bezüglich der Einführung einer Steuer oder einer Ausgabe und die Kammer kann gegen dieses Nein nichts ausrichten.

Ueberdies kann der Senat den Präsidenten der Republik auffordern, die Kammer aufzulösen und ist dabei selbst nicht auflösbar.

Schließlich bietet die Verfassung im Falle eines Konfliktes zwischen beiden Kammern keinen Anhaltspunkt. Die Auflösung löst nichts. Wenn die Kammer in ähnlicher Zusammensetzung wiederkehrt, wenn sie ihren ursprünglichen Vorschlag aufrechterhält und der Senat seine ursprüngliche Weigerung, dann gibt es keinen Ausweg.

Dieses verfassungsmäßige Uebergewicht des Senates, obgleich er nicht aus einem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, gibt ihm die Macht, die allgemeine Politik Frankreichs zu bestimmen und, im Augenblicke, sie gegen den Willen, wie er durch die allgemeine Abstimmung ausgedrückt wurde, zu lenken.

Diese seltsame unerträgliche Situation kann nur durch eine Revision geändert werden. Da diese Revision nur durch Zustimmung des Senates selbst geändert werden kann und beide Kammern zu einer Nationalversammlung nur dann zusammentreten können, wenn jede von ihnen gesondert ihre Zustimmung dazu gibt, organisiert die Liga der Menschenrechte eine Kampagne in der öffentlichen Meinung durch Meetings und Zeitungsartikel, um einen Druck auf den Senat auszuüben und ihm zu Bewußtsein zu bringen, daß er mit seiner Existenz spielt, daß er eine revolutionäre Situation schafft, wenn er sich weigert, eine maßvolle Eindämmung seiner Rechte hinzunehmen, die ihm genügend Autorität lassen würde, um alles zu kontrollieren und alles zu verhindern.

Bei dieser Kampagne operieren die französischen

Linksrepublikaner stark mit dem Beispiele der klugen Bestimmungen der tschechoslovakischen Verfassung, die, von den französischen Fehlern profitierend, die Machtbefugnisse der oberen Kammer eingeschränkt und praktische Mittel vorgesehen hat, um jedem Konflikt zwischen den beiden Kammern vorzubeugen oder ihn aus der Welt zu schaffen.

Wir werden auch daran erinnern, daß der französische Senat im Jahre 1875 von der reaktionären Nationalversammlung von Versailles geschaffen wurde, mit dem klar ausgesprochenen Ziel, ein Gegengewicht gegen die Demokratie zu bilden. Obgleich die Art der Wahlen in den Senat seither ein wenig erweitert wurde, obgleich auch entschlossene Republikaner nach und nach in ihn gewählt wurden, beweist doch die verschwindend kleine Zahl von Sozialisten, die in ihm vertreten sind, daß diese Kammer infolge ihrer Wahlordnung hinter dem allgemeinen Wahlrecht zurückgeblieben ist.

Allein selbst wenn das französische Oberhaus auf dieselbe Weise gewählt werden würde wie die Deputiertenkammer, wäre sein Geist doch ein anderer; schon infolge des Umstandes, daß er eine andere Kammer ist. Man hat bereits während der französischen Revolution unter dem Direktorium gesehen, welche Gegensätze zwischen dem Rate der Alten und dem Rate der Fünfhundert entstanden, die beide von denselben Wählern gewählt worden waren. Wenn eine Kammer Prärogative hat, dann hält sie zähe daran fest und übt sie aus, und wenn es nur aus Korpsgeist oder aus Ehrgeiz wäre.

Das sind die Hauptgründe, weshalb die Linksrepublikaner in Frankreich, soweit sie der Liga für Menschenrechte angehören, eine Kampagne für die demokratische Revision der Verfassung einleiten wollen, mit

dem Ziele; die Machtbefugnisse des Senates zu beschränken. Die Hauptgrundlage dieser Kampagne ist, daß die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Kammer die Richtung der allgemeinen Politik wieder in die Hand nimmt und einhält.

Es gibt aber auch andere Gründe. Es ist die Verlangsamung der legislativen Tätigkeit durch das Verschulden des Senats. Da er keine Zeitgrenze einzuhalten hat, verwendet er zuweilen Jahre zur Prüfung eines dringenden Gesetzes. Es gibt von der Kammer votierte Gesetze, die in den Archiven des Senats liegen wie in einem Sarge und niemals wieder das Tageslicht erblicken.

Wenn er sich zu eingehenden Untersuchungen anschickt, dann ändern seine Abänderungen die Gesetzesprojekte in konservativem Sinne um und wenn er sich darauf kapriziert, dann ist die Deputiertenkammer schließlich verpflichtet, auf die Abänderungen einzugehen oder auf die Gesetzesprojekte zu verzichten.

Keine Resultate, verspätete Resultate oder falsche Resultate, das ist das Ergebnis eines schlecht geregelten Pseudo-Amerikanismus.

Nicht weniger dringend wird das Bedürfnis nach einer Reform der Arbeitsmethode der Deputiertenkammer empfunden, denn wenn ihre legislative Arbeit weiterhin so schlecht bleiben sollte, würde es nicht der Mühe lohnen, die Machtbefugnisse des Senates zu revidieren.

Die Kammer gibt ebenfalls das Beispiel der Langsamkeit. Sie gibt zuweilen aber auch das entgegengesetzte Beispiel, das der Übereilung, so, wenn sie in einer Nachtsitzung in einer fieberhaften Erregung sehr wichtige Finanzgesetze votiert.

Allzulange Debatten. Man spricht zu viel, es gibt zu viele Redner, die man nicht anhört und mit denen

man die Zeit verliert. Man sagt, das sei unser lateinisches Nationallaster, allein dem war nicht immer so. Im Nationalkonvent von 1793 und im Jahre II sprach man wenig in den Sitzungen und alle notwendige Arbeit wurde in den Dauerausschüssen erledigt. Ein Gesetz kam nur nach sorgfältiger Vorbereitung vor das Haus und es kam sogar so weit, daß ein so wichtiges Gesetz wie das vom 17. Juli 1793, das die feudalen Rechte radikal beseitigte, vom Konvent ohne Debatte angenommen wurde.

Es wäre auch notwendig, nicht-parlamentarische Kompetenzen obligatorisch bei der Vorbereitung jeden Gesetzes technischen Charakters zu befragen. So wäre das Gesetz über den Acht-Studentag viel besser ausgefallen, wenn der Allgemeine Gewerkschaftsverband von vornherein beigezogen worden wäre.

In Frankreich hat man, um das Ganze in einem Worte zusammenzufassen, die Empfindung, daß das parlamentarische Regime den gegenwärtigen Wünschen der Demokratie und den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der modernen Gesellschaft nicht angepasst ist und daß eine Modernisierung dieses Regimes unausweichlich ist, um es der Demokratie anzupassen.

Allein mit Ausnahme der Kommunisten und der um die „Action française“ gescharten Neo-Royalisten wünscht kein Franzose die Abschaffung des parlamentarischen Regimes, dieser natürlichen Form der Demokratie in einem großen Lande. Man wünscht nur ihre Verbesserung.

Ich möchte fast sagen, daß sich die Krise der Demokratie in Frankreich eher als eine Krise des Wachstums denn als eine solche des Niedergangs darstellt. Es ist nur erforderlich, daß eine gebildete Elite die Richtung der Bewegung an sich reißt, sie

zugleich zu fördern und zu lenken und daß man sich beeilt:

Man muß dem Faschismus, der ohne Skrupeln eine Diktatur anstrebt, nicht nur seine Vorwände, seine Gelegenheiten, sondern auch seine tieferen Ursachen nehmen.



DAS PARLAMENTARISCHE REGIME MUSS SICH UMBILDEN

Joseph Barthélémy

Professor an der Rechtsfakultät der Universität Paris
und Vizepräsident der Kommission für auswärtige
Angelegenheiten der Deputiertenkammer

Ich glaube an die parlamentarische Demokratie. Es ist eine Meinung, die nicht nach der Mode ist. Deshalb ist es nicht überflüssig, daß ich mich zu ihr bekenne.

Gewiß bringe ich dem Parlamentarismus nicht jenen passionierten und fast religiösen Enthusiasmus entgegen, der den Liberalen des 19. Jahrhunderts eigen war. Thiers sah die gesamte Freiheit in der gesetzgebenden Körperschaft. Der Herzog von Broglie fand lyrische Akzente zur Verherrlichung des Regimes Louis Philippe: „Dieser Mechanismus, der nicht von Menschenhand geschaffen ist“... Meine Zuneigung für die parlamentarische Demokratie ist nicht mystisch, sondern überlegt. In dem Zustande politischer Erziehung, bei dem die Völker angelangt sind, können sie nur mit ihrer Zustimmung regiert werden, von ihresgleichen oder solchen, die sie ihresgleichen zu sein glauben. Das allgemeine Wahlrecht erscheint dergestalt als das einzige Fundament, auf das die Macht sich dauernd stützen kann. Es ist somit, im tiefsten Sinne des Wortes, die große konservierende Kraft der Stunde. Diese Ideen sind für mich Ideen der Umstände, Artikel eines politischen Programms: ich habe sie mit dem Aufgebot von wissenschaftlicher Objektivität in meinem „*Traité de droit constitutionnel*“ dargelegt.

Das französische Volk scheint des parlamentarischen Regimes müde, von ihm beunruhigt und ihm abgeneigt zu sein. Dies ist eine Tatsache von großem Gewicht: denn es ist nicht nationale Eigenliebe, wenn man sagt, daß — sofern England die Mater Parlamentorum bleibt — Frankreich auf dem Kontinent die Mutter des gemäßigten und bürgerlichen demokratischen Parlamentarismus ist. Unsere Väter haben eine Serie von Revolutionen gemacht, haben ihr Blut für die Demokratie, das Repräsentantenregime, das System der Nationalversammlungen vergossen. Es wäre sehr ernst, wenn die französische öffentliche Meinung den Glauben an die konstitutionelle Republik verloren haben sollte.

In Wirklichkeit ist die Abneigung nicht durchaus allgemein, noch auch vielleicht sehr tief. Wenn die Institution des Parlamentarismus in Diskredit geraten ist, so liebt doch das Volk seinen Abgeordneten weiter: der Abgeordnete an sich, mag er welcher Partei immer angehören, bewahrt sich eine beneidenswerte und übrigens äußerst beneidete soziale Position. An Terrain verloren hat der Parlamentarismus in dem Pariser Milieu, in den intellektuellen Klassen, in der mittleren Bourgeoisie. Die Parlamentssitzungen bewahren sich ständig ihre Klientel ausdauernder und sogar leidenschaftlich interessierter Zuschauer.

Uebrigens findet dieser Skeptizismus in Hinsicht auf die bestehenden Institutionen nicht seine Ergänzung in dem, was naturgemäß seine Ergänzung sein müßte: in der Anhängerschaft an ein *a n d e r e s R e g i m e*.

Sofern man aber angesichts der parlamentarischen Institution kühl bleiben kann, so wird man ihr Anhänger, sobald man sie vergleicht. Zweifellos — und ich bin der erste, es zu sagen — ist der französische Parlamentarismus weit von der Vollkommenheit entfernt.

Wenn meine Zuneigung für ihn ins Wanken gerät, sobald ich ihn an sich betrachte, festigt sie sich, sobald ich ihn vergleiche.

Ich möchte an dieser Stelle von einer Würdigung des faszistischen Regimes Mussolinis absehen. Festzuhalten wäre bloß, daß Italien in einen Abgrund von Anarchie gestürzt war, den Frankreich nicht kennen gelernt hat und nicht kennen lernen wird; wir haben noch keine Arbeiter, die sich zu Herren der Fabriken aufwerfen, noch auch Gemetzel auf dem flachen Lande. Wir haben keinen Exzeß der Unordnung, der den Exzeß der Reaktion entschuldigt, keimen läßt und annehmbar macht. Ohne sonst dem in Freundschaft verbundenen Volke jenseits der Alpen nahezutreten, kann doch ruhig gesagt werden, daß das italienische Volk nicht die Stufe bürgerlicher Vollendung erreicht hat, wie sie dem französischen eigen ist: was eine Zeitlang in einem Lande möglich ist, wäre in dem andern als Totgeburt zur Welt gekommen.

Zweifellos haben wir die Napoleons, den Großen und auch den Neffen, denen die Geschichte sich nachsichtiger zeigt als der Victor Hugo der Chatiments. Frankreich bewahrt das treue und sogar stolze Gedächtnis „der apokalyptischen Erzählung, deren Held Napoleon“ war, aber unter der Bedingung, daß sie sich nicht wiederholen wird. Wahrlich außerordentlich und erstaunlich in die Vergeblichkeit der Erfahrungen eines Volkes für die anderen. Aber das betreffende Volk selbst erinnert sich der Erfahrungen, die es gemacht hat. Wir haben unsere blutigen Revolutionen und auch unsere Diktaturen gehabt, und das eben ist ein Grund, warum sie sich nicht wiederholen werden.

Es wäre nicht nötig, daß im Innern und vor allem jenseits der Landesgrenzen die Bewegungen an der Oberfläche aufgebauscht werden, von denen die Presse

viel Aufhebens macht, die aber die tiefen Schichten im Lande nicht erschüttern. An Kandidaten für eine Diktatur fehlt es nicht. Sie haben nicht einmal das Prestige, neue Männer zu sein: sie haben eine Vergangenheit und sie haben nichts gemein mit der Vergangenheit Napoleons zu Ende des Direktoriums. Es sind Journalisten der zweiten Garnitur, Schriftsteller, die nicht von erster Größe sind, Politiker, denen es nicht gelungen ist, die Schwelle des Parlaments zu überschreiten. Man macht um sie herum einen interessierten Lärm: ihre ein wenig aufgeregte Aktivität könnte einer antiliberalen Reaktion als Vorwand dienen. Indessen sind sie von viel zu geringer Flugweite, von viel zu beschränktem Ausstrahlungsvermögen, von viel zu trübem Prestige, um die parlamentarische Demokratie einer wirklichen Gefahr aussetzen zu können. Wenn es für sie eine wirkliche Gefahr gibt, so ist es die Gefahr der sozialistischen oder kommunistischen Diktatur. Ich bin übrigens überzeugt, daß sie nicht länger als einen Tag dauern würde. Aber ich würde Wert darauf legen, meinem kriegswunden Lande die Gefahr einer Konvulsion zu ersparen.

Ich glaube nicht an die Gefahr. Ich fürchte sie nicht. Immerhin darf man nicht die Augen schließen. Das Uebel könnte so groß werden, daß das Land in die Versuchung käme, sich einem Anfall völliger Gleichgültigkeit hinzugeben.

Das parlamentarische Regime macht gegenwärtig eine schwere Belastungsprobe durch: es ist die Finanzkrise. Es muß sich fähig erweisen, diese Krise zu beschwören.

„Es gibt nichts“. „Es gibt niemand“, schrieb neulich der begabte Journalist Eugene Lautier, der der kartellierten Majorität angehört.

Vor wenigen Tagen habe ich mit einem ausgezeich-

neten Manne gesprochen, dem alle Ehren mit Ausnahme jener eines Volksvertreters zuteil wurden: Botschafterstellen, das Vizekönigtum in Uebersee, die Akademie. Er hat Staatsmänner des Kaiserreichs wie Rouher gekannt und muß anerkennen, daß sie „messieurs“ waren. Aber in seinem fortgeschrittenen Alter bewahrt er sich den tiefen Eindruck seiner Beziehungen zu Thiers und Léon Say. Staatsmänner von diesem Wuchs, sagte er, gibt es noch, aber die Invidia Democratica verhindert sie, auf den ersten Plan zu treten. Die Männer der Generation, die auf Gambetta, Ferry, Waldeck-Rousseau folgte, erscheinen wie die Erinnerung an die großen Eichen in einem Walde, indem es nur noch Sträucher gibt. Es ist klar, daß jemand, der käme, um den Heroenkult, den von Carlyle erfundenen heroworship neu zu beleben, in den Ministerpersönlichkeiten der letzten Jahre wenig Stoff fände. Dennoch bin ich überzeugt, daß mein ausgezeichnete Gesprächspartner sich täuschte und daß uns zur Würdigung unserer Staatsmänner vor allem die Perspektive fehlt. Es gibt noch Führer. Was sie verhindert hat, ihre ganze Rolle zu spielen und ihr ganzes Vermögen zu entfalten, ist eine Art von Stolz, der sie glauben macht, daß es mit ihnen an sich genug sein müsse: daß mit dem Augenblick, wo sie an die Spitze des Kabinetts gekommen sind, das Wesentliche erreicht ist und nichts weiter zu tun bleibt, als die leeren Felder des Regierungsschachbretts mit beliebigen und auswechselbaren Läufern zu versehen. Es gibt eine Regierungselite. Sie ist bloß nicht zur Aktionsfähigkeit mobilisiert.

Unter solchen Bedingungen sind die sich selbst überantworteten gesetzgebenden Versammlungen nur noch eine amorphe Masse ohne Direktive, schwankend, unfähig, ein Vorhaben zu verwirklichen, Reformen ihrer Vollendung zuzuführen und in Krisen wie jener, die wir

jetzt durchmachen, das Land zu retten. Der Parlamentarismus der Gegenwart leidet an einer Krise der Regierungsautorität, einer Krise des Leadership.

Zu wiederholten Malen war von einer Retablierung eines öffentlichen Wohlfahrtsausschusses nach dem Vorbilde desjenigen die Rede, der 1793 im Namen des Konvents die Macht ausübte. Aber der Ausschuß war bloß die mit der Vollzugsgewalt versehene Kommission der Nationalversammlung. Dies aber ist nach dem Zeugnis der Kommentatoren der englischen Konstitution die Definition des Kabinetts im parlamentarischen Regime. Ebenso ist unser der Kammer entnommenes Ministerium nichts anderes als ein Parlamentsausschuß. Um die Rolle des öffentlichen Wohlfahrtsausschusses zu spielen, genügt es, ihm Energie, Willen und jene Autorität genannte psychologische Folgewirkung zu geben. Es genügt, sagte ich. Ich will nicht sagen, daß es eine leichte Sache ist. Und ich füge hinzu, daß es kein konstitutionelles Rezept gibt, um diese Reform zu verwirklichen.

Die neuen oder seit einigen Monaten wieder aufkommenen Sitten sind übrigens nicht angetan, der Regierungsautorität die erforderliche Gewalt einzuflößen. Das parlamentarische Regime scheint den Sitzungssaal verlassen zu haben, um sich in die Wahlausschüsse, die Gruppen oder die Kommissionen zurückzuziehen. Caillaux muß zurücktreten, weil der Kongreß von Nizza es will, ein radikaler Kongreß, wo sich die Militanten vereinigen, Personen ohne Mandat, voller Ambitionen, die die Gewählten die ganze Verärgerung ihrer unerfüllten Ambitionen fühlen lassen. Sobald ein Ministerium gebildet werden soll, versammeln sich die Kartellgruppen in der Verborgenheit ihrer Konferenzzimmer und beschließen dort den Ausschluß der bestqualifizierten Persönlichkeiten. Doumer kann nicht

Finanzminister werden, weil er sich als Senator und Mitglied des Obersten Gerichtshofes anscheinend für die Verurteilung Malvys ausgesprochen hat, weil er aus der Freimaurerloge ausgeschieden ist oder ausgeschlossen wurde, weil er nicht für das Ministerium Herriot gestimmt hat. Und dieser Ausschluß trägt uns die acht Tage Erfahrungen mit Loucheur ein, acht verlorene Tage, wo die Stunden schon kostbar sind. Raoul Pérot bekommt das Veto von François Albert, mit dem er in einem Departement Wahlkollisionen hatte, Loucheur wird gestürzt, ohne erst als Finanzminister die Rednertribüne bestiegen zu haben. Wir haben eine Imitation des parlamentarischen Regimes, ein parlamentarisches Winkelregime.

Inzwischen verschärft sich die Krise, das englische Pfund steigt, der Franc fällt. Die dissoziierten Elemente der Mehrheit suchen sich wieder zusammenzuschließen, ohne daß sie es verstünden, sich über parteiliche Erwägungen bis zur Höhe des allgemeinen Interesses aufzuschwingen. Wenn ich von Partei spreche, erhebe ich vielleicht die Sache über ihr wahres Niveau: es sind Wahlanglegenheiten, die die Kammer in Anspruch nehmen und sie außerstande setzen, die zur Rettung des Landes erforderlichen heroischen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Juli-Monarchie hat uns mit dem öffentlichen Votum der Deputierten ein beklagenswertes Geschenk gemacht. Wenn die dem Lande Opfer auferlegenden gewichtigen Entscheidungen im geheimen beschlossen würden, wenn man nicht wüßte, in welchem Sinne dieser oder jener Parlamentarier gestimmt hat, wäre die Krise in wenigen Tagen beigelegt.

Sie wäre es noch früher, wenn die Deputierten nicht wieder wählbar wären. Ich rede nicht das Wort dieser Lösung, aber ich sage bloß, daß die Perspektive

der Wiederwahl für das Parlament eine Ursache seiner Paralyse ist.

Man kann von der sozialistischen Partei denken wie man will, und wird doch ihrer Meisterschaft in Sachen der elektoralen und parlamentarischen Taktik Lob zollen müssen.

Als Parlamentspartei hat sie ihr reichliches Maß zur Verderbnis des Regimes beigetragen. Sie prätendierte, ein Bestandteil der Mehrheit zu sein, sogar ihr beherrschender Faktor, und hat es doch abgelehnt, an der Regierung teilzunehmen. Dies war eine völlig abnormale und an Wirren aller Art fruchtbare Situation, da die sozialistische Partei als dirigierender Faktor ihren lenkenden Einfluß mit der ganzen doktrinalen Intransigenz ausübte, deren Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten die Ecken und Kanten nicht eben abschleift. Viele Sozialisten geben sich in der jetzigen Stunde Rechenschaft darüber, daß die Stunde gekommen ist, in der Mitte der Realitäten hinabzusteigen, die sich dem aprioristischen Menschenwillen nicht so leicht fügen.

Als lenkender Faktor war die sozialistische Partei keiner von jenen Faktoren, in deren unerschütterlicher Treue eine Regierung die notwendige Stütze findet, um zum Besten des Landes zu handeln. Der sozialistische Süden hat brutal das Schlagwort ausgegeben, die Partei darf sich nicht kompromittieren. Sich nicht kompromittieren, heißt sich von der Votierung einer jeden unpopulären Maßnahme enthalten. Nun, es ist immer unpopulär, Steuern oder Ersparungsmaßnahmen zu votieren. Die sozialistische Partei hat stets zwischen der normalen Erneuerung der Kammer und der Auflösung manövriert. Jedesmal, wenn eine unpopuläre Maßnahme zu beschließen war, hat sie sich von der Majorität zurückgezogen, und die Regierung mußte zu Er-

satzmajoritäten ihre Zuflucht nehmen, die doch aus evidenten Gründen dem parlamentarischen Regime widersprechen. Es sollen Kredite für Marokko und Syrien bewilligt werden: die sozialistische Partei verläßt die Majorität. Es sollen einige Finanzmaßnahmen votiert werden, wie die Umstände sie erfordern: sie behält sich vielleicht den Wiedereintritt vor, bis der böse Schritt getan sein wird. Sie hält darauf, vor ihren Wählern in dem vollen Glanze ihrer Jungfräulichkeit zu erscheinen.

Ihre Verbündeten, die Radikalen, sehen sich in einer großen Verlegenheit. Sie möchten sich umso weniger kompromittieren, als ihr Bündnis mit den Sozialisten nicht frei ist von Verdruß, Rivalität, Mißtrauen. Und da die radikale Partei seit dem 11. Mai die Achse der Majorität ist, sieht sich diese Majorität durch eine solche wechselseitige Ueberwachung auf eine Art von Ohnmacht reduziert.

Was die außerhalb des Kartells stehenden, die sogenannten gemäßigten Parteien anlangt, so ist ihre Lage noch ganz anders als die der Radikalen. Ihre Mitarbeit war lange Monate hindurch mit einem Gefühl zurückgewiesen worden, dessen Heftigkeit einem heiligen Abscheu ähnlich sah. Aber heute wäre das Kartell nicht böse, wenn sie die Unpopularität der notwendigen Maßnahmen auf sich nähmen. Doch sie denken, daß in der gegenwärtigen Krise ein großer Teil von Verantwortung für die seit dem 11. Mai verfolgte Politik ist. Sie legen unter solchen Umständen keinen Wert darauf, die Kosten eines Frühstücks zu bezahlen, an dem sie nicht teilgenommen haben. Auch wünschen sie einige Bürgschaften: im Juli haben sie das Kabinett Painlevé gerettet und sofort kehrte Painlevé ihnen den Rücken und ging nach Nizza, um dem Kartell seine überfließende Aufwartung zu machen. Sie können diese

Lektion nicht vergessen. Sie können nicht darauf eingehen, als Maulesel zu dienen, die an den schwierigen Uebergängen schwere Lasten über schwierige Uebergänge tragen und die man mit Stockschlägen belohnt. Denn die Gemäßigten werden von den Exponenten der Regierung wie Feinde des Staates verfolgt. Sie sind der Meinung, daß sie um der Zukunft der von ihnen vertretenen Ideen willen nicht das Recht haben, sich foppen zu lassen.

Und dieses sind die Ursachen, warum das französische Parlament im Begriffe ist, die Symptome einer Ohnmacht zu verraten, die nicht bloß die Finanzlage, sondern auch das Regime der parlamentarischen Demokratie selbst kompromittieren könnte. Das Parlament hat gegenwärtig keine gute Presse. Man hört Worte, die man in der Geschichte schon vor dem achtzehnten Brumaire und vor dem zweiten Dezember vernommen hat.

Doch sei nichts übertrieben. Unser Land hat immer unvermutete Reserven. Es braucht bloß zuzulassen, daß der Regierungsmagier an einer günstigen Stelle mit seiner Rute auf den Boden schlägt und die Wellen werden springen.

Gegenwärtig will niemand die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, weil er fürchtet, daß der Nachbar ihm nicht folgen werde. Es muß deshalb auf das Regime der Parteien nach unbedingt veralteten Formeln verzichtet werden. Die unumgänglichen Maßnahmen müssen gemeinsam von allen ergriffen werden, von einer Anzahl, die sich so sehr, wie nur möglich, der Einstimmigkeit nähert, damit alle mit der gleichen Verantwortung vor das Land hintreten. Deshalb braucht es ein gemeinsames Ministerium, das zumindest für die Zeit der Krise die Unterstützung aller Parteien findet. Während des Krieges wußte Frankreich

gegen die fremde Gefahr sich zusammenzuschließen: es wird angesichts der inneren Gefahr die gleiche Energie bewahren.

Die selbstsüchtigen Bestrebungen, die Intrigen, die kleinen Rivalitäten, die Wortsintflut, die unfruchtbaren Agitationen, der Mangel an Methode, die Schwierigkeiten, zu einem Resultat zu gelangen, alle diese Mängel des parlamentarischen Regimes werden dem Publikum mehr und mehr offenbar. Das parlamentarische Regime muß sich umbilden: sonst könnte es leicht verschwinden. Dann würde man ihm aber sogleich nachklagen. Man würde zu ihm bestimmt zurückkehren. Aber mit welchem Preis wäre die Erfahrung erkaufte?



HIC RHODUS, HIC SALTA!

Dr. E. Beneš

Minister des Aeußern, Prag

Das Problem der Demokratie und hauptsächlich das Problem der demokratischen Autorität ist ein Problem der Erziehung zur Demokratie, ein Problem der Erziehung der Führer und der Massen. Wenn man schon nicht die Existenz natürlicher Tendenzen zur Oligarchisierung in den Institutionen der Demokratie wediskutieren kann, so ist es umso notwendiger, immer und überall zu verlangen, daß die Demokratie von reinen und wirklich demokratischen Persönlichkeiten und Führern geleitet werde. Mit anderen Worten: zur Demokratie erziehen wir uns erst. Um die wahre Demokratie kämpfen wir; wir kämpfen vor allem um die Schaffung und Erziehung demokratischer Massen und Führer. Müssen an die demokratische Masse hohe Anforderungen gestellt werden, umso größere Anforderungen müssen wir an die demokratischen Führer stellen.

Wir sind in der Uebergangszeit zwischen der monarchistisch-aristokratischen Gesellschaft in die demokratische. Die Demokratie ist, wie ersichtlich, erst im Werden, wir verlassen ein Stadium, haben aber das vollendete zweite Stadium noch nicht erreicht.

Spricht man von einer Krise der Demokratie und des Parlamentarismus, ist diese Tatsache des Uebergangsstadiums eine der Hauptursachen der Krise und keineswegs etwa der Umstand, daß die Demokratie

und der Parlamentarismus ihrer Grundlage irgendwelche ständigen Schwierigkeiten schaffen.

So besteht die Frage, wie und wann wir in der wahren und vollen Demokratie sein werden. Aus der Grundlage des ganzen Problems geht hervor, daß die Demokratie ein Ideal ist, dem wir ständig folgen, das wir ständig vervollkommen, dem wir uns ständig nähern. Und da die Organisation der Demokratie organisch oligarchische Tendenzen hat, beruht die allmähliche Erfüllung der Demokratie ausschließlich auf demokratisch denkenden, empfindenden, handelnden Persönlichkeiten, die sich immer voller und vollendeter zur Demokratie erziehen und durcharbeiten. Eine fertige Demokratie gibt es heute nicht: die Demokratie wird ständig geschaffen, muß ständig behütet, bewacht, aufrechterhalten werden, man muß ständig um sie kämpfen. Darin ist sie gerade ein Ideal, darin liegt gerade für wirkliche Demokraten ihre Größe und Erhabenheit, darin ist der wirkliche Demokrat Held, da er seinen schweren, ungleichen Kampf ständig in Ruhe und ohne Unterlaß führt. Von einem demokratischen Führer verlangt man nicht den Tod, wie schon Havlíček sagte, — im Gegenteil, man verlangt von ihm das Leben und ständige Arbeit während des ganzen Lebens ohne Rücksicht und ohne Unterlaß.

Darin konzentriert sich all das, was wir Schwierigkeiten der Demokratie nennen; es ist dies im Wesen ein ständiger und unendlicher Kampf um Schaffung demokratischer Führer, die die Staatsautorität auf nichtabsolutistischem und nichtaristokratischem Wege zur Geltung bringen könnten, sodaß diese Autorität frei und gern von den Massen hingenommen werden würde.

Fügt man dem die Forderung nach persönlicher Uneigennützigkeit hinzu und überhaupt eine größere Ent-

persönlichung des Politikers in öffentlichen Angelegenheiten und weiters die Forderung größerer parteilicher Objektivität, dann sind durch diese Forderungen alle sogenannten Schwierigkeiten der Demokratie ausgedrückt. Das Problem stellt sich daher komplizierter dar als es in Wirklichkeit ist.

Aber darin liegt gerade die Schwierigkeit, daß, wenn die Schwierigkeiten der Demokratie gelöst werden sollen, stets mit persönlichen Opfern begonnen werden muß. Hic Rhodus — hic salta! möchte ich jedem Politiker sagen, der mir die Frage nach den Schwierigkeiten der Demokratie stellen würde.



DIE LÖSUNG DER FRANZÖSISCHEN KRISE

Léon Blum

Mitglied der Deputiertenkammer, Paris

Man spricht von der „Krise des Parlamentarismus“. Man verwendet einen allgemeinen Begriff, um verschiedene Phänomene damit zu umfassen, die mit einander nur einen Zug gemeinsam haben, ihren Ursprung, denn sie sind alle Folgen des Krieges.

In den letzten Jahren hat der demokratische Parlamentarismus sich mit einer gesteigerten Geschwindigkeit durch Europa und die Welt verbreitet. Nun ist ganz Europa eine Beute der Zwischenfälle der Nachkriegszeit. Um von dieser Erscheinung aus von einer allgemeinen Krise der Demokratie und des Parlamentarismus zu sprechen: dazu genügt nur ein Schritt —

Heute ereignet sich in großem Maßstabe dasselbe, was sich in England nach den Kriegen des ersten Kaiserreiches ereignete. Von 1815—1825 geht England von Krise zu Krise. Jede Reform, sei sie parlamentarischer, religiöser, finanzieller Natur, ruft eine neue Krise hervor, die die vorhergehenden verschärft. Zu gleicher Zeit spalten sich die Parteien und ihre Zuckungen erwecken den Eindruck der Krankheit des ganzen Organismus. In Wirklichkeit ist es die Zahl und die Kompliziertheit der zu lösenden Probleme, die das ganze System ernstlich auf die Probe stellen.

Die finanzielle Krise, die Frankreich durchlebt, fügt durch ihre Dauer zweifellos ein Problem zu den übr-

gen hinzu. Es kommt ein Augenblick, da es unmöglich ist, sie alle zugleich zu lösen. Dann spricht man von einer „Krise des Parlamentarismus“.

Die Wirklichkeit ist folgende.

Die gegenwärtige Lage ist zweifellos die ernsteste, die Frankreich seit einem Jahrhundert gekannt hat. Weder das Konsulat nach der Revolution, noch die Monarchie nach dem Kaiserreiche haben sich in einer so schwierigen Lage befunden. Man müßte bis zum Jahre 1789 zurückgehen, bis zum Werke der Konstituante, um ähnlichen Schwierigkeiten zu begegnen.

Wir sehen uns eingeschlossen im Rahmen unserer nationalen Möglichkeiten, allein einem Problem gegenüber, das die Umstände unaufhörlich schwerer und zur Lösung schwieriger gemacht haben, so daß wir nicht nur schwierige und unangenehme Lösungen vor uns haben, sondern sogar nur teilweise und unvollkommene.

Zum Ueberfluß drängen sich in die Basis aller dieser Geldprobleme Phänomene der kollektiven Psychologie hinein. Die Politiker sind von nun an gezwungen, außer den Gründen, die nach ihrer Ansicht für dieses oder jenes Hilfsmittel sprechen würden, alles, was von ihnen abhängt, zu tun, damit die Panik der Geldbesitzer nicht die Oberhand in der öffentlichen Meinung gewinne.

Finanzkrise: Krise der kollektiven Psychologie. Große Ungewißheit, weitreichende Verwirrung. Ein Geisteszustand, den ich vor einigen Tagen in der Kammer definierte, indem ich sagte, daß die Periode des Glaubens an das Geld bereits vorbei sei, daß aber die Zeit der Panik noch nicht begonnen habe..

Man wollte glauben machen, daß die praktischen Lösungen, die seit langer Zeit von der sozialistischen Partei dargelegt und vorgeschlagen sind, einzig und allein vom Parteigeiste inspiriert waren und daher die Gefahr

bürgen, die Krise der kollektiven Psychologie zu erhöhen. Es ist dies keineswegs der Fall und jeder unparteiische Beobachter wird einsehen, daß in dem gegebenen Fall die Sozialisten wieder einmal die republikanischen Grundsätze aufgenommen, unterstützt und verteidigt haben, vor allem das Prinzip, demzufolge die nationale Souveränität, der Richter über die Interessen der Allgemeinheit, der Richter zwischen den kollektiven und privaten Interessen, durch nichts begrenzt werden dürfe.

Große Leiden bedürfen großer Hilfsmittel. Indem wir eine schwere Operation vorschlugen, hatten wir die ungeheure Mehrheit der öffentlichen Meinung hinter uns, die von allen Seiten erklärte: „Tut, was notwendig ist. Aber macht endlich Schluß“.

Die große Debatte über diesen Gegenstand in der Deputiertenkammer, wenn sie auch beweist, wie ernst das Finanzproblem ist, wird doch in der Zukunft dem Parlamentarismus zur Ehre gereichen.



SELBSTDISZIPLIN FÜR DIE PARLAMENTE

C. Bouglé

Professor an der Sorbonne

„Krise der modernen Demokratie und des Parlamentarismus? Ich kenne viele Menschen, die, um die so gestellte Frage zu beantworten, eine Unterscheidung verlangen würden. Sie würden verlangen, daß zwischen beiden Bezeichnungen ein Unterschied gemacht werde. Und hinreichend geneigt, Schlechtes vom Parlamentarismus auszusagen, werden sie doch nicht den Wunsch tragen, unter die Anti-Demokraten eingereiht zu werden.“

*

Proudhon, der keine Zärtlichkeit für die Demokraten hegte, sprach gern von einer industriellen Demokratie. Herr und Frau Webb haben das Wort aufgegriffen. Sie haben aus ihm den Titel eines den Trade-Unions gewidmeten Buches gemacht.

Tatsächlich ist der Syndikalismus, der Arbeiter syndikalismus neben dem Parlamentarismus oder als sein Gegenspieler eine demokratische Organisation, die nicht zu verschmähen ist.

Eine Demokratie, die ihre eigenen Sitten hat, die von Maxime Leroy mit solcher Sympathie studiert worden sind. Die Methoden der Handlungsweise und auch jene der Wahlen sind durchaus verschieden von den Methoden, mit denen der Parlamentarismus uns vertraut gemacht hat. Auch die syndikalistischen Funktionäre sind

zweifellos aus Wahlen, den Kongreßwahlen, hervorgegangen. Jedoch sind diese Kongresse, statt sich aus der Gesamtmasse der Produzierenden zusammensetzen, aus dem zusammengesetzt, was man eine Elite nennt: eine Elite, die sich von selbst hervorhebt. Um dort einzutreten, genügt es, ist es aber auch notwendig, syndiziert zu sein. Syndiziert zu sein, bedeutet eine gute Menge von Lasten, eine gute Menge von Gefahren, die der Arbeiter freiwillig auf sich nimmt, indem er befreit, daß er nicht bloß für sich selbst kämpft, sondern auch für die Menge jener, die man manchmal die Unbewußten nennt. Der syndizierte Arbeiter weiß, daß durch sein Bemühen das Leben der Arbeiter im allgemeinen sich hebt. Er weiß, daß die geschlossene Masse die sicherste aller Waffen gegen das eiserne Gesetz ist. Deshalb erachtet er sich gern als einen „Repräsentanten der Arbeiter“, einen Repräsentanten, der sein Mandat seiner Initiative, seinem Mut, seiner Beharrlichkeit verdankt. Und wenn es sich darum handelt, nicht bloß vor diesem oder jenem Arbeitgeber, sondern gegen die Regierungen selbst die Interessen des Arbeitervolkes zu verteidigen, in dem sich noch so viele passive Elemente finden, so sind die syndikalistischen Verbände die durch ein Art von spontaner Demokratie hiezu ausersehenen Organe.

*

Aehnliches könnte man von jenen andern spontan repräsentativen Organisationen sagen, den der Konsumvereine.

Charles Gide und Ernest Poisson haben oft genug betont, daß sie demokratische Organisationen sind, weil im Gegensatz zu dem in Verwaltungsräten gewohnten Vorgang jeder ihrer Beiräte nur über eine Stimme verfügt. Demokratische Organisationen sind sie aber vor allem deshalb, weil sie, indem sie der Preissteigerung

hemmend entgegentreten, den Ueberprofit des Zwischenhändlers zu eliminieren bestrebt sind, für den Verbraucher, d. h. für jedermann arbeiten.

Das Manifest, für das die „Revue des Etudes coopératives“ die Unterschriften von mehr als zweihundert Hochschullehrern zu vereinigen mußte, betonte diesen Punkt: es gibt ein allgemeines Interesse, das den Interessen der Erzeuger überlegen ist, nämlich das Interesse der Verbraucher. Wer immer sich bemüht, durch die Praxis der Kooperative die Kosten der Lebenshaltung herabzusetzen, ist der erklärte Diener der größten Zahl. Und weil er dieser Diener guten Willens ist, wird er sich leicht für einen offiziellen Repräsentanten halten. Er wird es natürlich finden, daß man an dem Tag, an dem man ernstlich wollen wird, die Besitzlosen den Fängen der Profitmacher zu entreißen, vor allem die Hauptleiter der Konsumvereine konsultiert.

Hier ist ein zweiter Pfeiler, der sich von selbst erhebt, um das Gewicht der „industriellen Demokratie“ zu tragen.

In den Ländern, wo diese beiden Kräfte, das Syndikat und die Kooperative, eine mächtige Entwicklung genommen haben, ist es natürlich, ist es unvermeidlich, daß sie für ihre Stimme öffentliches Gehör verlangen, so bald es gilt, die großen nationalen und internationalen Interessen aus einer Krise zu retten.

So erklärt sich die Einrichtung der Wirtschaftsräte. Sie vollenden eine spontane Bewegung. Sie geben die Antwort auf die Bemühungen der Demokratie, sich in einer wirtschaftlichen Ordnung zu organisieren. Und wer immer das Heil der Demokratie will, kann nur den Erfolg dieser Versuche wünschen.

*

Heißt dies soviel, als daß diese neuen Institutionen genügen werden, um uns die Mißbräuche zu ersparen,

die man heute dem Parlamentarismus zum Vorwurf macht? Die Heraufkunft der Techniker, von der schon Saint-Simon geträumt hat, wird sie auch die Dämmerung der Advokaten bringen?

Geben wir uns in diesen Dingen keinen übermäßigen Illusionen hin. Die Wirtschaftsräte sind gut, um die Parlamente zu unterstützen, nicht um sie zu ersetzen. Stets kommt eine Stunde, wo ein Gesetz mit der Mehrheit der Erwählten votiert werden muß: mit der Majorität der Gewählten, die selbst von der Majorität des Volkes gewählt sind. Das letzte Wort wird folglich in einer repräsentativen Demokratie stets das parlamentarische Organ behalten.

Es bleibt bloß zu wünschen, daß dieses Organ seine Funktion nicht mißbrauche und das Parlament nicht zu einer Schwatzstube degeneriere. Sollten die Parlamente nicht soweit gelangen, daß sie sich durch innere Regelung eine strenge Selbstdisziplin zu eigen machen und die Hochflut von Beredsamkeit eindämmen, die so viele Projekte ersäuft hat, so könnten wir ganz gut auch Zeugen anderer Erfahrungen werden, als jener mit den Wirtschaftsräten. Die omen avertant...



DIE KRISE DER PARTEI UND DES DEMOKRATISCHEN GEDANKENS

J. V. Brecht

Professor an der Universität Marburg, M. d. R., Vorsitzender
der Reichstagsfraktion der Deutschen Wirtschaftspartei

Man kann heute mit Recht von einer Krise der Demokratie und des Parlamentarismus sprechen. Wir sehen seine bewußte Negation in Rußland, in Italien und in Spanien. Wir sehen in Deutschland Kräfte am Werke, die ebenfalls auf die Beseitigung dieser Verfassungsform hinarbeiten. Wir sehen aber auch in den Staaten, die mit solchem Regimente arbeiten, daß hier nicht alles ideal ist, daß vielmehr der Regierungsapparat nur mit großen Reibungen notdürftig arbeitet. Man muß sich daher heute mit diesen Fragen grundsätzlich auseinandersetzen, wenn man in der großen Politik die Zeichen der Zeit verstehen will.

An sich war die Demokratie das Ziel, dem die innerpolitische Entwicklung durch den Krieg mit Naturnotwendigkeit zugetrieben wurde, nicht nur in Deutschland. Der Weltkrieg hat an die Völker Anforderungen gestellt, von denen die früheren Zeiten noch nichts wußten. Zu Zeiten Friedrichs des Großen waren die Kriege noch Sache der Kabinette und sie wurden wesentlich mit Söldnerheeren ausgefochten. Im neunzehnten Jahrhundert waren die Kriege zwar schon eine Sache der Staaten selbst, das heißt, also auch der Völker, aber es war doch eigentlich nur die aktive Armee,

welche am Kriege wirklich beteiligt war. Der Weltkrieg hat an das gesamte Volk die ungeheuerlichsten Anforderungen gestellt und im Grunde hat ein jeder auf seine Art Krieg geführt, sei es auch nur durch Darben und Entbehren. Daß diese Art der Kriegführung auch innerpolitische Folgen haben mußte, lag auf der Hand und diese Folgen konnten nur in einer völligen Demokratisierung bestehen. So ist denn auch die Umwälzung in ihrer Stärke von diesem Momente offensichtlich abhängig gewesen. Sie war am stärksten in Rußland, weniger stark in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn, sie war überhaupt nicht vorhanden in England und Frankreich. Allerdings waren diese Staaten auch Sieger und es fehlte der äußere Anlaß zu gärender Unzufriedenheit, aber immerhin bildete doch auch hier die völlig durchgeführte Demokratisierung und Parlamentarisierung die nötige Sicherheit gegen allen drohenden Umsturz.

Zunächst hat der demokratische Gedanke auf der ganzen Welt — ausgenommen nur Rußland — einen völligen Sieg davongetragen. Er wurde nirgends mehr bestritten und selbst für ausgesprochene Monarchisten in Deutschland war er das einzige Mittel, mit dem sie ihre Gedanken überhaupt noch propagieren konnten. Selbst die Kommunisten russischer Färbung sahen ein, daß sie wohl oder übel in die Bahnen der grundsätzlich bekämpften Demokratie einlenken mußten. Mit diesem Siege hatte der demokratische Gedanke aber auch seine Werbekraft zum größten Teile eingebüßt. Die Forderung von Demokratie und Parlamentarismus hatte keinen Sinn mehr, nachdem alles Denkbare erreicht war. Aus diesem Grunde ist zunächst die eigentliche Demokratische Partei in Deutschland nach ersten großen Erfolgen schon bei den nächsten Wahlen stark zurückgegangen. Parteien wie die Deutschnationalen, das

Zentrum, die Sozialdemokratie und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, haben neben dem heutigen demokratischen Gedanken noch einen eigentlich werbenden Gedanken, den sie vertreten. Der Demokratische Gedanke allein reicht nicht mehr aus, um ein Parteiprogramm auszufüllen.

Aber diese Krise der Demokratischen Partei ist noch keine Erklärung für die Krise des demokratischen Gedankens. Diese liegt vielmehr tiefer. Zunächst liegt sie zweifellos in der schwierigen wirtschaftlichen Lage der ganzen in Betracht kommenden Staaten. Die erklärliche Unzufriedenheit entläßt sich gegen Demokratie und Parlamentarismus genau ebenso, wie sie sich früher entlud gegen das herrschende monarchische Regiment. Die vielköpfige Demokratie mit ihrer Vielheit von Meinungen ist kaum in der Lage, in der Weise zu wirken, wie es unter den herrschenden Umständen notwendig ist. Es fehlt ihr die Klarheit und Schnelligkeit des Entschlusses, die hier nun einmal notwendig sind. So erklären sich die Notgesetze und Ermächtigungsgesetze, die in Deutschland ergangen sind, so erklären sich aber auch die Bestrebungen nach Errichtung einer Diktatur.

Nun hat sich aber auch weiter die Frage der Demokratie noch kompliziert durch die Auswirkung des nationalen Gedankens. Wenn ein Volk durch die Demokratie sich organisiert zu einem Ganzen, dann liegt der Gedanke nahe, auch eine nationale Kulturgemeinschaft anzustreben. In Italien, in Polen, aber auch in Ungarn sehen wir hier ganz seltsame Erscheinungen, die zeigen, daß nicht das ganze Volk, sondern nur das Volk einer bestimmten Nationalität zur Herrschaft berufen sein soll. Angehörige fremder Nationalitäten werden unterdrückt oder gar ausgewiesen. Demokratisch ist solcher Gedankengang bestimmt nicht. Will aber

eine wirklich demokratisch denkende Partei hier mit ihrem Gedanken Ernst machen, so gerät sie leicht in den Verdacht, in nationaler Beziehung nicht zuverlässig zu sein. In Deutschland hat die demokratische Partei unter diesbezüglichen Angriffen zu leiden; in Italien hat der Faschismus aus eben diesem Grunde die Demokratie überhaupt beseitigt. Auch der Parlamentarismus wird dabei in Mitleidenschaft gezogen, denn man will natürlich der nationalen Minderheit die parlamentarischen Machtmittel nach Möglichkeit nehmen.

Hierin scheinen die wesentlichen Gründe für die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus zu liegen. Ganz aber können sie dennoch zur Aufklärung nicht ausreichen. Man muß wohl annehmen, daß der Zug der Zeit überhaupt allmählich in anderer Richtung geht, daß neue Formen mit den alten um die Existenzberechtigung ringen. Für die Zeiten nach dem Weltkrieg waren Demokratie und Parlamentarismus die gegebenen Hilfsmittel. Ob sie es auch für die kommenden Zeiten sein werden, steht heute sehr dahin.



WAHRE DEMOKRATIE FÜHRT ZU GRÖßERER UND VOLLERER FREIHEIT

Nicholas Murray Butler

Präsident der Columbia University, New York

Es ist offensichtlich, daß die Unzufriedenheit mit der praktischen Auswirkung der Demokratie weit verbreitet ist; daß die bürgerlichen Freiheiten, die zu erreichen das Ziel der Liberalen des achtzehnten Jahrhunderts war, und welche die Liberalen des neunzehnten Jahrhunderts zu erweitern und zu sichern bemüht waren, den Menschen nicht mehr so kostbar erscheinen, als es einst der Fall war. Das Streben nach Gleichheit und namentlich wirtschaftlicher Gleichheit auf der einen und das Streben nach Tüchtigkeit auf der anderen Seite haben in den Gemütern die Liebe zur bürgerlichen Freiheit verdrängt, die die Wurzel der modernen Demokratie und allen modernen Fortschrittes gewesen ist. Man braucht nur nach Rußland zu blicken oder nach Italien, um zu sehen, wie weit diese Unzufriedenheit mit der Demokratie geführt hat. Und auch in anderen Ländern gibt es mehr bereits als bloßes Murren.

Es ist wesentlich, die Tatsache zu erfassen, daß es keine Alternative für die Demokratie gibt als die Tyrannei. Gleichheit, insbesondere wirtschaftliche Gleichheit, muß das Ergebnis der Tyrannei sein, wenn sie überhaupt erzielt wird. Diese Tyrannei mag die eines Individuums oder einer Klasse, sie mag eine Tyrannei

des Mobs sein, nichtsdestoweniger ist und bleibt sie Tyrannei. Bürgerliche Freiheit, individueller Fortschritt, Demokratie in des Wortes wahrster Bedeutung sind der Tyrannei ebenso feindlich wie der Menschenverstand es sich nur vorstellen kann. Ehe wir aber der Aufgabe der bürgerlichen Freiheiten und damit der wahren Demokratie zustimmen, wollen wir einmal sorgfältig die Alternative betrachten. Diese Alternative heißt: Tyrannei. Mit der Zeit wird die Tyrannei zur Revolution führen und das ewig rollende Rad der Veränderung und der Entwicklung wird sich wieder einmal umdrehen.

Die Schwierigkeiten und die Mängel der Demokratie können nicht behoben werden, wenn man vor ihnen davonläuft oder vor ihnen die Augen schließt. Noch weniger aber, wenn man einer Tyrannei, welcher Art immer, weichen würde. Nur dann kann ihnen entgegengetreten werden ohne Opfer an all dem, was den Menschen das Teuerste ist, wenn die Demokratie vervollkommnet, ihre Ausdrucksmethoden verbessert, ihr Standard gehoben und ihre Ideale geklärt werden.

Ganz besonders muß ein genauer Unterschied gemacht werden zwischen der wahren und der falschen Demokratie. Die falsche Demokratie schreit: Jeder Mann herab auf das Niveau des Durchschnittes. Die wahre Demokratie ruft: Alle Mann empor zur Höhe ihrer vollsten Leistungsfähigkeit in Dienst und Errungenschaften. Die falsche Demokratie führt geradenwegs zur Tyrannei, die wahre Demokratie zu einer größeren, vollkommeneren Freiheit. Diese beiden Ideale stehen immer und ewig im Kampf miteinander. Die Zukunft der Welt ist eng verbunden mit der Hoffnung auf eine wahre Demokratie, die sich auf Freiheit aufbaut.



PARLAMENT GEGEN DEMOKRATIE

G. D. H. Cole

Ehrenssekretär des Labour Research Department, London

Großbritannien ist das parlamentarischste aller Länder der Welt, und doch gab es selbst bei uns während der jüngstverflossenen Jahre reichliche Kritik der parlamentarischen Institutionen. Die Ursachen hiefür sind nicht weit zu suchen. Der viktorianische Engländer fand volle Befriedigung in dem Wirken der parlamentarischen Demokratie, weil er im ganzen von Grund aus zufrieden war mit der Basis der Dinge, wie sie eben waren, und mit der allgemeinen Richtung der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen. Im viktorianischen England wurden alle Klassen, einschließlich der arbeitenden, stetig vermöglicher. Das Anwachsen des Nationaleigentums brachte einen zunehmenden Ueberschuß an Einnahmen, die für Zwecke der sozialen Reformen verfügbar waren. Es gab keine Klasse oder Partei, die geneigt gewesen wäre, den allgemeinen Zug der Zeit zu bekämpfen. Unter diesen Umständen schien das Parlament, derart erweitert, daß es die meisten der am stärksten ausgeprägten Elemente des Volkes in den Reform-Akten von 1832, 1867 und 1884 vertrat, ein wunderbar geeignetes Instrument für die Erreichung des stufenweisen und geordneten Fortschrittes, den die überwiegende Mehrheit des denkenden Volkes erwartete. Einer endlosen Reihe von parlamentarischen Sessionen, Anfragen und Gesetzen entlang sahen sie die Vision des Landes der Verheißung.

Heute liegt die Sache anders. Der Glaube an eine beinahe automatische Annäherung an bessere Zeiten besteht nicht mehr. Er verschwand zu Anfang des Jahrhunderts, als andere Länder immer wirksamer Großbritanniens bevorzugte Stellung als Werkstatt der Welt anfochten. Er ist seit dem Schlusse des Weltkrieges nahezu völlig verschwunden. Denn nun fühlen wir selbst, daß wir die bessere Zukunft nicht auf der sicheren und unerschütterlichen Grundlage einer zufriedenstellenden Gegenwart aufbauen, vielmehr erschüttert sind durch die Beben des Erdbodens, auf dem unsere einstige Wohlhabenheit aufgebaut war.

Die so hervorgerufenen Befürchtungen machen uns den parlamentarischen Institutionen gegenüber kritisch. Denn das Parlament, das wohl dazu angetan ist, stückweise Reformen innerhalb einer unangefochtenen und ziemlich tiefwurzelnden sozialen Ordnung herbeizuführen, ist außerordentlich schlecht dazu geeignet, die Aufgabe der Rekonstruktion unseres Systems in umfassender Weise zu lösen. Es ist langsam, schwerfällig, verworren durch die Routine. Außerdem umfaßt es das Parteiensystem mit seinen alternierenden Regierungen entgegengesetzter Parteien und sein Hin- und Herschwanken zwischen konservativer und radikaler Tätigkeit. Es ist kaum vereinbar mit einem systematischen Kurs der Rekonstruktion, wie es für die Lebensdauer normal aufeinanderfolgender Parlamente notwendig ist und setzt eine langwährende Amts- und Machtperiode eines Kabinetts voraus, das eine kontinuierliche und weitreichende Politik verfolgt.

Dies sind zweifellos genau die Bedingungen, unter welchen in anderen Ländern das kontinentale System des Faschismus und des Kommunismus geboren wurde, die einander in der Ablehnung der orthodox demokratischen Theorien der Parlamentarier gleichen. Aber in

Großbritannien waren weder Kommunismus noch Faschismus von irgendwelcher Bedeutung. Unsere Kommunisten stellen nicht mehr als eine Handvoll dar, sie haben nur einen Vertreter im Parlament und nur sehr geringe Anhängerschaft in den Trade Unions. Unsere Faschisten sind, wenn auch ihre Zahl zunimmt, von weit weniger bösartiger Spezies als ihre kontinentalen Genossen, und sie werden immer noch mehr oder weniger als Scherz betrachtet. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Antiparlamentarismus nicht Wurzel gefaßt hätte; es bedeutet eher, daß er hier viel mildere und weniger doktrinäre Formen angenommen. Auf seiten der arbeitenden Klassen drückt er sich nicht so sehr im Kommunismus als in der Verstärkung des Prinzipes der direkten Aktion innerhalb der Trade Unions aus und in dem Steigen der Tätigkeit der linken Flügel-Gruppen der politischen Labour-Bewegung, die das Parlament eher als ein Gebiet für Obstruktionismus und Agitation als für konstruktive legislative Arbeit betrachten. Andererseits drückt er sich nicht in den Vorbereitungen für einen faschistischen Staatsstreich aus, sondern in einer Zurückhaltung gegenüber dem Trade Unionismus und der politischen Agitation, sowie in dem Ausbau der Organisation der oberen Klassen, die bestimmt sind, als streikbrechende Faktoren im Falle eines Labour-Aufstandes aufzutreten. In keinem Falle aber ist es bisher so weit gekommen, die traditionelle parlamentarische Form zu durchbrechen, in welche der Durchschnitts-Engländer immer noch sein politisches Denken zu zwingen gewohnt ist. Aber es kann noch viel weiter gehen.

Wie weit dies gehen kann, hängt größtenteils von den wahren Ursachen für diesen Zustand ab. Die ehrlichen Parlamentarier führen es gewöhnlich auf die durch vier Jahre währenden Krieg geschaffene Menta-

lität zurück. Die Soldaten im Felde und die daheim außerordentlich disziplinarischen Gesetzen unterworfenen Zivilisten haben beide, so sagen sie, in einem gewissen Grade ihre bereits erworbene Zivilisation in der Kunst der demokratischen Regierung verlernt und werden immer geneigter, Gewalt als die einzig richtige Methode der Ueberredung anzusehen. Wenn diese Ansicht richtig wäre, dann müßte man wohl annehmen, daß diese „Kriegspsychologie“ mit der Zeit verschwinden und die längere Gewöhnung sich in einer Rückkehr zu den parlamentarischen Traditionen geltend machen würde.

Aber obwohl natürlicherweise der Krieg ein erschwerender Umstand ist, bin ich nicht geneigt, diese Erklärung zu akzeptieren. Ich denke eher, daß die Wurzeln der Ursache in der Aenderung der wirtschaftlichen Situation liegen, die darauf ausgeht, die traditionellen kapitalistischen Methoden wirtschaftlicher Organisation außer Gebrauch zu setzen. Und ich sehe in der Auflehnung gegen den Parlamentarismus das Erwachen des Gefühls, daß die parlamentarischen Methoden wenn nicht unmöglich, so doch jedenfalls sehr plumpe und unbequeme Werkzeuge für den Uebergang zu einer sozialistischen Wirtschaft sind. Wie ich es sehe, hat der auf dem *Laissez faire* basierte britische Kapitalismus ausgespielt, und um uns selbst zu retten, müssen wir zu dem Sozialismus unsere Zuflucht nehmen in dem Sinne einer wissenschaftlichen Reorganisation unseres gesamten wirtschaftlichen Systems auf der Basis einer Revolution in den Besitzverhältnissen der Allgemeinheit. Diese Aenderung könnte in formalem Sinne durch die Tätigkeit des Parlaments erreicht werden, aber sie wird nicht früher erreicht werden, als das Parlament tatsächlich in ein revolutionäres Instrument umgebildet ist, wie dies im Jahre 1832 durch den

Druck einer von außen einsetzenden volkumfassenden nichtparlamentarischen und mächtigen antiparlamentarischen Agitation der Fall war.

Im ganzen, glaube ich, ist die parlamentarische Tradition allzutief verwurzelt in Großbritannien, um gar zu leicht durch Kommunismus oder Faschismus aus ihrem Boden gerissen zu werden. Aber ich denke, daß die treibende Kraft der bevorstehenden großen sozialen Umwälzungen nicht in der parlamentarischen Demokratie, sondern in äußeren Kräften gefunden werden wird, die das Parlament drängen werden, ihren Willen zu erfüllen. Das Parlament wird die Forderungen dieser Kräfte zur Kenntnis nehmen und so wird der parlamentarische Anstand gewahrt werden. Aber die wahre Macht wird die Assoziation sein, die zur Macht anwachsen wird in den Trade Unions und anderen freiwilligen Organisationen, die durch die Theorien des Parlamentarismus nicht anerkannt sind. Dies ist zumindest meine größte Hoffnung. Denn wenn es diesen Kräften nicht gelingt, ihren Weg zu vollenden und das Parlament ihren Zwecken geneigt zu machen, dann ist auch Großbritannien, wie ich fürchte, verurteilt, das Opfer eines Bürgerkrieges zwischen Kommunismus und Faschismus zu werden. Aber ich denke denn doch, daß es nicht dazu kommen wird.



ARBEIT ZUM HEIL DER DEMOKRATIE

G. L. Duprat

Professor für Soziologie und Politik an der Universität Genf

I. Die Ursachen der Krise des Parlamentarismus

Es gibt, um es richtig zu sagen, keine Krise der Demokratie, aus dem guten Grunde, weil das demokratische Ideal nirgends seine Verwirklichung gefunden hat und die Völker seine Erfordernisse nicht kennen, indem sie mit dem Triumph der Demokratie jenen der Gleichmacherei verwechseln, die nichts anderes ist, als die Karikatur des „Gesetzes ohne Ausnahme und Privileg“. Es gibt eine gewisse Krise des Parlamentarismus, d. h., eine allgemeine Mißachtung der politischen Institution, die eine Nachahmung dessen ist, was die Engländer als das Praktischste befunden haben, um die monarchische Willkür zu begrenzen. Die Institution steht nicht auf der Höhe der Erfordernisse der ihrer Verwirklichung zustrebenden Demokratie. Die Nichtkorrespondenz zwischen den Aspirationen der Völker, die sich selbst zu beherrschen suchen, und den Ergebnissen der parlamentarischen Institutionen bewirkt, daß diese hohe Gefahr laufen, vernichtet zu werden oder außer Gebrauch zu kommen, um vorübergehend Diktaturen Platz zu machen, die den reinen Gegensatz der demokratischen Konzeption bilden.

Der Parlamentarismus ist ein essentiell b r e m s e n d e r Vorgang; man forderte von ihm V o r w ä r t s b e w e g u n g; er hat sich als durchaus inferior für die animatorische Aufgabe erwiesen, die man ihm zu Un-

recht auferlegen wollte. Die soziale Zersetzung, die allgemeine Demoralisation, der gänzliche Mangel an Gleichgewicht als Folge des Weltkriegs, der ein wahres soziales Kataklysmata bedeutet, haben zur Evidenz dargetan, daß die parlamentarischen Körperschaften, außer, wenn sie sich als geschlossener Haufe von genialen Tribunen führen lassen, nicht einmal der Lösung der praktischen Probleme der inneren Politik fähig sind. In dem Staat der Gegenwart heißt es, eine bestimmte Richtung einzuschlagen; die der parlamentarischen Kontrolle unterstehenden Regierungen können sie nur dann einschlagen, wenn sie über eine stabile Majorität verfügen, die hinreichend stark sein muß, um den Abfalldrohungen standzuhalten, wie sie aus vorgeblich verkannten Privatinteressen entspringen. Diese starken Majoritäten findet man nur unter der Bedingung, wenn sich in einem ganzen Lande im Augenblick der Wahlen eine starke Strömung der öffentlichen Meinung zugunsten einer großen reformatorischen und richtunggebenden I d e e, einer die Gemüter in Anspruch nehmenden sozialen Evolution entwickelt. Aber die Parteiungen aller Art, die wir erfahren müssen, gestatten keinem großen belebenden und reinigenden Hauch — dem wahren Beleber der gesetzgebenden Körperschaften —, sich über armselige volkstümliche Agitationen zu erheben.

Der Parlamentarismus ist umso unfähiger, den Geboten der Stunde zu entsprechen, als er, wie alle Kranken, durch seine eigenen Fehler geschwächt wurde; die Repräsentanten des souveränen Volkes haben vermeint, daß ihr Mandat die Souveränität der gesetzgebenden Körperschaften in einem solchen Sinne bedeute, um ihnen eine ständige E i n m i s c h u n g i n d i e ö f f e n t l i c h e V e r w a l t u n g zu gestatten, die ebenso wie das Richteramt vor jeglicher Verwechslung

von „Rechten“ oder Funktionen geschützt sein müßte, leider aber viel zu oft ein Tummelplatz der Willkür ist. — Die Parlamentarier mischen sich in alles drein, im allgemeinen mit der universellsten Inkompetenz, in einem Geist lokaler Tyrannen, die an dem Erfolg ihrer kleinen Intrigen interessiert sind; das Parlament ist so ein geschlossener Bezirk geworden, wo Privatinteressen, persönliche Ambitionen, Rankünen und nicht einbekannte Hoffnungen oder zynische Forderungen aneinandergeraten und oberhalb der Parteien ebenso instabile wie vielfach skandalöse Koalitionen bilden.

Der Proporz hat die Unwirksamkeit des Parlamentarismus noch gesteigert. Nichts ist im Prinzip gerechter als die den Minoritäten verliehene Fähigkeit, ihre Stimme in den gesetzgebenden Debatten vernehmen zu lassen, da doch das Gesetz so beschaffen sein soll, um von allen vernünftigen Wesen akzeptiert werden zu können. Aber in der Praxis, infolge der parlamentarischen Neigungen zu Uebergriffen auf dem Gebiete der Regierungs- und Verwaltungsfunktionen, ja sogar des Geschichtswesens, infolge des Mangels an großen, belebenden und reinigenden Strömungen der öffentlichen Meinung, infolge des Spiels der Koterien, der allgemeinen Käuflichkeit oder Feigheit, der Machtfülle der der Plutokratie Zustrebenden oder der beherrschenden Finanzkonsortien der „Großpresse“ — zeugt der Proporz lediglich von der Ohnmacht des Parlamentarismus.

Um es zusammenfassend zu sagen: Der Parlamentarismus stirbt in seiner traditionellen Form an dem Mangel an Anpassung an die neuen politischen Forderungen und an konstanter Steigerung seiner eigenen Fehler, in der neuerster

Reihe stets die Unfähigkeit zu opportunen und fruchtbaren Initiativen zu nennen war. Seine Dekadenz wird beschleunigt durch seinen Mangel an Widerstandskraft gegenüber der Korruption der Geldmächte, einer Korruption, die sich im Wege der Presse in der öffentlichen Meinung auswirkt und bei allen Wahlen, bei allen parlamentarischen Abstimmungen in Dingen, die das Interesse der Großindustriellen und der Finanzleute betreffen, mehr und mehr in die Erscheinung tritt. Mehr und mehr scheint der Parlamentarismus einer pluktokratischen Bourgeoisie, nicht aber einer Demokratie zu entsprechen.

II. Die Gesundung der Demokratien

Die Völker mit demokratischen Tendenzen — diese Tendenzen variieren übrigens von Volk zu Volk und verschiedene Typen von Demokratien sind denkbar und verwirklicht — müssen sich somit zur Wehr setzen gegen die immer wieder auftauchenden Versuche einer individuellen oder oligarchischen Diktatur und gegen die „parlamentarische Verwesung“ oder einfach das Außergebrauchkommen nichtadaptierter und nichtadaptierbarer Formen des viel zu alten Parlamentarismus. Heißt dies so viel, als daß die Nationalversammlung verschwinden muß, daß das Amt der Gesetzgebung anderen Händen übertragen werden kann als den Repräsentanten des Volkes? Es wäre utopistisch, zu verlangen, daß das Gesetz von dem versammelten Volke gemacht werde. Eine Delegation der souveränen gesetzgebenden Macht ist durchaus zulässig, was immer ein von der Konzeption eines notwendigerweise richtigen allgemeinen Willens besessene J. J. Rousseau gedacht haben mag. Es gibt eine soziale Funktion zu erfüllen, die höchste von allen: es gilt, sie dem

höchststehenden, folglich dem mit der größten Machtfülle ausgestatteten und zugleich vollkommensten Organ zu übertragen. Ein Parlament ist notwendig für die legislative Aufgabe oder für die Behauptung der Volkssouveränität, wann immer diese Souveränität Gefahr läuft, mißachtet zu werden.

Aber das Parlament genügt nicht. Gesetze werden nicht improvisiert. Der Fehler des gegenwärtigen Parlamentarismus besteht darin, daß er eine chaotische Legislative und ein chaotisches Recht zuläßt, infolge der Hast und der Inkohärenz der gesetzgebenden Körperschaft. Die Gesetze müßten von konsultativen Ausschüssen vorbereitet werden, die fähig sind, sie auszuarbeiten und sie an das bestehende juristische System so anzuschließen, daß sie zugleich den neuen sozialökonomischen Forderungen entsprechen. Jeder Bürger kann die Initiative zu einem Gesetz ergreifen, und ganz ausgezeichnet ist das schweizerische Regime, das das Recht der Initiative einer unbeträchtlichen Anzahl von Wählern einräumt; die Initiative muß ebenso von Vereinigungen, Syndikaten, Ligen, Föderationen usw. ausgehen wie von der Regierung und den Parlamentariern. Aber nicht mehr diese parlamentarischen Ausschüsse, die ihr Geisteslicht in der Regel in die öffentlichen Aemter, die öffentliche Verwaltung suchen gehen, welche letztgenannte dergestalt in der Tat souverän bleiben. Die in den föderalistischen Staaten so sehr mächtige Bürokratie ist der Antagonist der Demokratie. Der erneuerte Parlamentarismus muß konsultative Ausschüsse anerkennen, die gewählt sind von großen beruflichen, wirtschaftlichen, juristischen, wissenschaftlichen und anderen Vereinigungen, denen die sie angehenden Gesetzentwürfe obligatorisch zu un-

terbreiten wären, bevor sie einem wirklichen, für die letzte Ausarbeitung verantwortlichen Staatsrat vorgelegt werden. — So wird man die öden parlamentarischen Debatten vermeiden und das letzte Wort in Sachen der Legislative wird doch den Repräsentanten der Nation bleiben.

Diese Repräsentanten werden es von nun ab nicht mehr notwendig haben, sich in zwei Kammern zu gliedern: das Zweikammersystem ist ein Ueberlebsel des alten Regimes, das die Klasseninteressen zueinander in Gegensatz stellte, um sich das entscheidende Gewicht besser zu sichern. Unerläßlich ist es aber, die von der Repräsentantenkammer votierten Gesetze einem obersten Tribunal vorzulegen, das ihre Uebereinstimmung mit der Verfassung zu prüfen hätte und befähigt wäre, dem obersten Repräsentanten des Volkes, dem Hüter der Konstitution, Präsidenten der Republik oder König seine Meinungsäußerung abzugeben. Im Konfliktfalle wird das Referendum obligatorisch sein. Die Praxis eines wohlverstandenen Referendums kann die Feinde des Plebiszit-Regimes nicht beunruhigen: dieses ist eine Duperie, weil ein schlecht unterrichtetes, überhitztes, irregeleitetes oder verwirrtes Volk sich nicht in einer hohen, unabhängigen und souveränen Person aussprechen kann. Aber wenn das Volk unterrichtet, durch eine genügend lange Praxis des Referendums selbst erzogen ist, wenn auf die Genehmigung oder Verwerfung durch das Volk eine genügend lange Periode nicht der Agitation, sondern der Prüfung folgt, gefördert durch die Heranziehung aller Kapazitäten, über die ein Land verfügt, wird das unmittelbar auf die Gesetzgebung angewendete Suffragium zu einer von einem wirklich demokratischen Regime unzertrennlichen Einrichtung. Vier Momente wären es demnach, durch welche die

gegenwärtig ausschließliche Prozedur in Sachen der Gesetzgebung, dieses Kardinalpunktes des demokratischen Lebens, zu ersetzen wäre: a) die Initiative und das Vorgutachten der konsultativen Ausschüsse; b) die endgültige Ausarbeitung durch den Staatsrat; c) das Votum des Parlaments; d) die Ratifikation durch das zur Wahrung der Konstitution berufene Tribunal, die Promulgierung durch das Staatsoberhaupt, mit oder ohne Volksreferendum, das durch ein detailliertes Exposé der Frage, durch ein wahres Erziehungswerk des Souveräns, vorzubereiten ist.

Was die Handhabung der Gesetze anlangt, so fordert ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber den Regierungen, der öffentlichen Verwaltung, der Rechtsprechung, die in der Regel konservativ, folglich rückschrittlich sind —, dem Parlament ein Kontrollrecht vorzubehalten, aber nicht durch das müßige Spiel von nichtigen, wirkungslosen oder ungesunden Interpellationen; es muß möglich sein, die exekutiven Organe unmittelbar durch das Parlament vor einen ständigen Obersten Gerichtshof zu zitieren, der nach dem System der Proportionalvertretung gewählt wäre und obwohl in Sachen der politischen Rechtsprechung judizierend, die Garantien der höchsten Unparteilichkeit und der Ergebenheit an das allgemeine Interesse bieten würde; dann aber würde die persönliche Verantwortung der Minister und administrativen Beamten aufhören eine Fiktion zu sein, und das Spiel der Ministerstürze wäre fortan nicht mehr das störendste Ereignis der Republiken.

III. Praktische Folgerungen

Um die Völker mit demokratischen Tendenzen vor dem sie bedrohenden politischen Rückschritt zu be-

wahren, muß der Parlamentarismus vervollkommen werden, nicht um ihm, wie manche es fordern, eine rasche Arbeit zu ermöglichen, sondern, um ihm seine wirkliche Tragweite zu geben und von ihm nicht das zu verlangen, was er nicht geben kann. Aber woher werden dann die heilbringenden Initiativen kommen, wenn sie notwendig sein werden, und die zeitgerechten Ausführungen, die sachgemäßen Entschlüsse? Bedarf man ihrer tatsächlich so sehr in einer Demokratie? Die Parteigänger der Diktatur verherrlichen die Raschheit in der Wahl der Mittel und in der Ausführung der Entschlüsse, weil sie Menschen sind, denen es darum zu tun ist, leidenschaftliche Revindikationen ihrer Auswirkung zuzuführen oder Machtinteressen zu dienen oder politischen Haß zu stillen. Die Demokratie aber ist viel eher die Herrschaft der Intelligenz ohne Leidenschaft, wie Aristoteles es gesagt hat, des klaren und geraden öffentlichen Gewissens, als die der raschen Repressionen und plötzlicher Gewaltsamkeiten oder überstürzter Lösungen. Der Krieg fordert einen Führer von schneller Entschlußfähigkeit: aber das öffentliche Leben in einer Demokratie ist weder Krieg, noch Klassenkampf, noch ewige Offensive oder zugleich vorsichtige und wagemutige Strategie; eine Demokratie hat gegen niemanden zu kämpfen, sie muß sich für den großen Tag der Gefahr zu bewahren wissen. Der ständige Fortschritt einer größeren brüderlichen Gerechtigkeit entgegen, durch die Herrschaft für jedermann gerechter Gesetze, dies ist das Ziel, dem ein politisch erzogenes Volk zustreben kann, ohne sich von den Korruptionsmachern und den Ausbeutern der volkstümlichen Naivität abwenden zu lassen.

Aber was wird sodann die Rolle der politischen Parteien in einer fortschreitenden Demokratie und einem regenerierten Parlamentarismus sein? Die Par-

teirivalitäten haben zu dem Niedergange des Parlamentarismus beigetragen, weil alle Parteien nacheinander den Verfall kennen lernen mußten, der sich an die Besitzergreifung der Macht aus Gründen des persönlichen oder privaten Vorteils heftet. In einer wahren Demokratie wird der „Teller mit Butter“ außerhalb der Reichweite der Ehrgeizigen sein, welche die pompös als Parteien bezeichneten Koterien bilden und verbilden. Eine wirkliche politische Partei ist eine Kollektivität, die beherrscht wird von einer hochherzigen Idee, einem Glauben an ein Ideal, einem Glaubensbekenntnis. Die Proportionalvertretung hat zur Schwächung des parlamentarischen Regimes beigetragen, weil man versucht hat, die Vertretung der falschen Parteien, der interessierten Koalitionen von Führern zu sichern, die Gläubige hinter sich einerschleppen. Um eine Volksrepräsentation zu verwirklichen, muß die Vertretung der großen Meinungsströmungen gesichert werden, die sich bilden, umbilden, entwickeln. Dies ist der Grund, warum die parlamentarische Vertretung ihren Wert in England hatte, solange es dort zwei große divergierende Strömungen gab: sie hat diesen Wert verloren, indem die beiden großen Gegenparteien zerbröckelten. In jeder großen Frage gilt es, ein klares Ja oder Nein zu sprechen. Das Volksreferendum rückt die beiden großen Strömungen Für und Wider ins Licht. Dies ist die solide Basis der großen Parlamentsparteien. Arbeiten wir, um die Koterien zu vernichten, die kleinen Parteien, die großen systematischen Tendenzen des kollektiven Gewissens freizumachen, und wir werden gearbeitet haben zum Heil und zum Triumph der Demokratie selbst.



DER GEIST DER DEMOKRATIE UND DAS SYSTEM DER REGIERUNG

A. Eleutheropulos

Professor an der Universität Zürich

Eine Krisis ist immer ein Kampf auf Leben und Tod, medizinisch gesprochen: ein Kampf zwischen der höchsten Entfaltung der Krankheit und der Widerstandsfähigkeit des Organismus. Gerade dieses Urbild aller Krisen ist es denn auch, das den Gedanken „Krise“ mit einem Schrecken verbunden zum Bewußtsein kommen läßt. Dagegen muß aber eine objektive Soziologie betonen, daß, da bei sozialen Krisen es sich höchstens um die Vernichtung des alten Systems handeln kann, dieser Schrecken nur Standpunktsache sein müßte und in der Regel auch ist.

Die Krise, welche die Demokratie durchmacht, muß nun aber alle objektiven Elemente, alle objektiv Denkenden und ethisch Empfindenden in Bewegung und in Schrecken setzen und veranlassen, Mittel und Wege zu finden, um die Krise derselben zu beseitigen. Denn nur aus einer blutleeren philosophischen Konstruktion oder aus Kurzsichtigkeit heraus kann der Demokratie irgend eine andere Verfassungsform vorgezogen werden. In Ermangelung eines objektiven Rechtes (zumal auch eine ethische Forderung wegen der Kollision mit materiellen Interessen sich nicht ganz in Rechtsnormen umsetzen läßt), und in Ermangelung eines objektiven Maßstabes zur Aufstellung eines Systems des allgemeinen Wohls — ist die Demokratie das ein-

zige ethische soziale Verhältnis, durch das jeder die Möglichkeit hat, seine eigenen Wünsche und Ansichten zu verteidigen.

Der Demokratie muß also zum endgültigen Siege geholfen werden. Denn eben nicht der demokratische Gedanke ist als solcher das Absurde, das Krankhafte, sondern es kann sich nur um einen Fremdkörper in der Demokratie handeln, der die Krankheit, die Krise verursacht.

In der Tat zeigt eine genaue Betrachtung der modernen Demokratie, daß die Ursache der Krise, ihre Krankheit, das Regierungssystem ist. Das bestehende Regierungssystem widerspricht dem Geiste der Demokratie. Das bestehende Regierungssystem ist nämlich (mit nur einer einzigen Ausnahme in der Schweiz) bekanntlich das, daß ein Kollegium (die sogenannten Minister), ganz gleich zunächst wie es bestellt wird, von sich aus Beschlüsse faßt und erklärt, fest entschlossen zu sein, dieselben durchzuführen. Man übersieht, daß es sich bei dieser Methode um einen monarchischen Geist handelt, der heimlich und wegen einer ursprünglichen Gedankenlosigkeit in die Demokratie hineingeraten ist, und nun eben einen Widerspruch, einen Fremdkörper im Organismus der Demokratie und somit eine Krankheit bedeutet. Innerhalb der Monarchie bestand ein so beschaffenes Regierungssystem mit Notwendigkeit; denn die Regierung vertrat dort (wenn auch eventuell nicht immer) die Wünsche des Monarchen und zwar nicht dem Parlamente, dem Volke gegenüber verantwortlich; das Parlament war, soweit es bestand, in Wahrheit doch nur ein Schein. Nun wurde aber die Regierung mit der Demokratisierung des Königtums und vollends mit der reinen Demokratie dem Volke, dem Parlamente

gegenüber verantwortlich. Hier war also eine Regierung, die von sich aus Beschlüsse faßt und erklärt, fest entschlossen zu sein, sie durchzuführen, d. h. dem Parlamente, dem Volke aufzuzwingen, ein Widerspruch in der Demokratie. Eine solche Regierung wurde somit zur Unmöglichkeit, d. h. es ergab sich mit Notwendigkeit der Vorgang des beständigen Sturzes der Regierungen, dieses Unglück für die Gesellschaft (für den Staat), eben als die äußere Form der Krise, welche nun die Demokratie durchmacht. Daß die Regierungen das Parlament auflösen können, um sich eventuell zu behaupten, ist gleichfalls ein monarchisches Manöver, das die Bedeutung hatte, ein gefügiges Parlament zu erreichen, durch das die (ethisch geforderte) Notwendigkeit der Bestätigung der Beschlüsse durch die Majorität des Volkes wenigstens dem Scheine nach gerettet wurde. Man denke aber an den Widerspruch, der innerhalb der Demokratie darin enthalten ist, daß eine Regierung, die vom Parlamente ausgeht und ihm gegenüber verantwortlich ist, dieses Parlament auflöst. Daß die Regierung, bzw. der Präsident der Demokratie in dieser Weise angeblich das souveräne Volk befragt, ist eine gar leichte Sophistik: denn erstens ist die Rolle eines Präsidenten der Demokratie in diesem Falle gleichsam als eine Aufsicht im Namen des Volkes und die Rolle des Parlamentes als die Vertrauensmänner des Volkes eine Komödie (als eine Aufsicht über die Vertrauensmänner, die auch nicht wirklich ist) und zweitens geht der Auflösungsgedanke doch von der Regierung aus, die, wie sie als System besteht, eben nicht objektiv ist. Das Volk müßte eigentlich vom Parlamente selbst befragt werden und diese Befragung kann auch ohne Störung des normalen Apparates der sozialen Gesetzgebung geschehen. Belanglos ist zur Rechtfertigung des bestehenden Regierungssystems,

dieses Ueberbleibsel alter Monarchie in der Demokratie, auch das Argument, daß die Regierung sich auf die Wünsche und Absichten einer Majorität im Parlamente stützt. Denn selbst innerhalb einer einzigen Partei sind die Meinungen und Wünsche nicht immer einheitlich, und der feste Entschluß der Regierung zur Durchführung ihrer von sich aus gefaßten Beschlüsse führt unvermeidlich oft den Sturz der Regierung durch die eigene Partei herbei. Man denke nur an die noch vor kurzem verbreiteten Gerüchte über Unzufriedenheit der sonst so gut geschulten (disziplinierten) und einheitlichen konservativen Partei in England mit ihrem eigenen Regierungsmanne, mit Baldwin, und über eine bevorstehende Regierungskrise.

Nicht also im Wesen der Demokratie liegt ohne weiteres eine Krankheit, — der demokratische Gedanke ist die einzig ethische Verfassung, die auch realisierbar ist, — sondern das grundsätzlich monarchisch geartete bestehende Regierungssystem verursacht als Fremdkörper in der Demokratie die Krankheit und die Krise im demokratischen System. Aber der Parlamentarismus mit den kleinen, fast unendlich vielen Parteien, die eine Arbeit, eine Regierung verunmöglichen! — wird man wohl sagen. Aber man sehe nur genauer zu. Der Parlamentarismus ist die einzige Möglichkeit eines demokratischen sozialen Systems innerhalb größerer Gemeinwesen. Doch die unendlich vielen kleinen Parteien sind nicht eine spezifisch demokratische Erscheinung, sondern sie kommen in ihrer parlamentarischen ständigen Vertretung dem Beobachter nur deutlicher zum Bewußtsein. Die Zersplitterung in viele kleine Parteien hat ihre Wurzeln in einer ewig menschlichen Schwäche und Kurzsichtigkeit, nämlich darin, daß gleichsam je fünf Menschen, in ihren Wünschen und Absichten vielleicht etwas genauer einig (verwandt), zusammenhal-

ten, eine Partei bilden (gründen), anstatt einzusehen, daß im sozialen Kampfe nur große Massen (große Parteien) sich geltend machen können und daß also aus Klugheit alle Kleinen sich zunächst in dem allgemeinen Gleichen zusammenschließen müssen, um et a p p e n m ä ß i g ihre spezielleren Wünsche zu verwirklichen. Die Zersplitterung in viele kleine (also speziellere) Parteien geschieht also nur zum eigenen Schaden derselben, sie verursacht aber prinzipiell keine Arbeitsstörung im Parlament, vorausgesetzt eben, daß die Regierung nicht die bestehende alte monarchische Form hat. Denn eben: ist eine Regierung ein von Anfang an fix und fertig ausgearbeitetes Programm, das entschlossen verwirklicht, eigentlich also aufgezwungen werden will, so wird sie nur durch eine absolut große Partei oder durch eine Koalition zustande kommen können und im übrigen doch nur eine Zeitlang unterstützt und beständig also bedroht werden. D. h. die parlamentarische Tätigkeit dreht sich hier notwendig hauptsächlich um das Bestehen der Regierung, positiv wird nur wenig und nur mit großer Mühe gearbeitet, abgesehen von der Mühe und vom Zeitverlust bis zur Bildung der eventuellen notwendigen Koalition. Liegt dagegen dem Parlamente gleichsam nicht eine „Regierung“, sondern jeweils nur ein Problem zur Behandlung vor — die Regierung mag dabei die Rolle des Vorbereiters und des Befürworters eines (ihres) Vorschlages spielen — so richtet sich die Aufmerksamkeit der Parteien nicht auf die Regierung, sondern auf das zu behandelnde Einzelgesetz und es wird sich dann immer eine Majorität bilden, die die betreffende soziale Angelegenheit eben irgend wie regelt.

Das Regierungssystem ist also die Krankheitsursache der Demokratie. Diese Erkenntnis deutet nun aber auch auf das Mittel zur Beseitigung des Uebels hin,

nämlich: die Regierung muß demokratisiert werden, sie muß im Prinzip buchstäblich nur zum Vollzieher der Beschlüsse des Parlamentes werden. Natürlich hat die Regierung in ihrer Eigenschaft als der Unmittelbare mit dem sozialen Mechanismus Gesetze auszuarbeiten, Vorschläge zu unterbreiten usw. Es ist aber Kinderei, daß sie ihre Ehre von der Annahme gerade ihrer Ansichten abhängig machen kann. In sozialen Fragen gibt es kein allein selig machendes Dogma, und gut muß genannt werden der Beschluß der Majorität, wie das von der Demokratie eben auch verlangt wird. Die Regierung muß also gleichsam neutralisiert werden. Und dies kann am einfachsten dadurch erreicht werden, daß im Anfang jeder parlamentarischen Periode aus den zahlenmäßig in Betracht kommenden Parteien proportionell die Mitglieder der Regierung durch das Parlament gewählt werden. Dann kämpfen die Parteien nicht um die Macht, sondern um ihre Ansicht über ein jeweiliges Problem. Die Regierung fügt sich nur dem Beschluß und vollzieht ihn. Gegebenenfalls kann das Parlament eventuell auch das Volk selbst befragen. Referendum und Initiative, wie sie von der schweizerischen Verfassung vorgesehen werden, sind zwar nach meiner Auffassung echte Gesetzgebungsmittel einer echten Demokratie, sie brauchen aber nicht als absolut notwendig angesehen zu werden.

Die so gestaltete Demokratie funktioniert von selbst und gibt auch keinen Vorwand zur Diktatur. Ich sage Vorwand; denn die Diktatur, die Tyrannis der alten Griechen, ist sonst in der Seele eines Individuums und in der Seele von Massenelementen begründet.



EINER NEUEN PHASE ENTGEGEN

Fr. W. Foerster

em. Professor an der Universität München, dzt. Zürich

Das tatsächliche Bestehen einer sehr eingreifenden Krise nicht nur des Parlamentarismus, sondern der ganzen demokratischen Entwicklung wird heute auch von den überzeugtesten Verfechtern des demokratischen Prinzips zugegeben. Diese Krise berührt natürlich nicht die wesentliche Berechtigung des demokratischen Prinzips. Dieses Prinzip ist zu tief in allen psychologischen Bedingungen der modernen Arbeitsleistung begründet und zu eng mit allen ethischen und sozialen Konsequenzen von zwei Jahrtausenden christlicher Kulturentwicklung verknüpft, als daß sein Eintritt in die Gesellschaftsentwicklung wieder rückgängig gemacht werden könnte. Wohl aber ist die Art, wie dieses Prinzip sich sozial und politisch ausgewirkt hat und wie dadurch andere, ebenso wichtige Forderungen gesellschaftlicher Kultur allzu einseitig in den Hintergrund gedrängt worden sind, einer eingreifenden Kritik und Revision bedürftig. In Carlyles Sinne, der die große Aufgabe unserer Zeit darin sah, „die unvermeidliche Demokratie mit der ebenso unvermeidlichen Aristokratie zu vereinigen“, ist zweifellos angesichts einer ganzen Reihe von innerpolitischen Erscheinungen unserer Tage die Stunde gekommen, wo das Verhältnis von Massenwillen und Führertum, von Laienstimme und Fachkompetenz, neugeordnet und gewisse Uebertreibungen und Kinderkrankheiten der sogenannten Volksvertretung einer Korrektur durch

gereifere Erfahrung unterzogen werden müssen. Sollte übrigens der tiefste Sinn der demokratischen Idee vielleicht gar nicht darin bestehen, die Tatsache der ungeheuren seelischen Ungleichheit der Menschen und die darauf begründete Notwendigkeit gesicherter Führerschaft zu leugnen und die Leitung der menschlichen Dinge der bloßen kollektiven Torheit in die Hand zu geben? Sollte jener tiefste Sinn vielleicht nur darin bestehen, daß die Auswahl der Führerelemente auf eine ganz neue Grundlage gestellt wird, sodaß Demokratie nur eine neue Methode wird, Aristokratie hervorzubringen, d. h. eine Aristokratie, die nicht als bloße Kaste mit ererbten Privilegien, ohne solide Garantie für wirkliche Führerqualitäten, ohne festgeordnete Verantwortlichkeiten, dem Volke von außen aufgedrängt wird, sondern die auf der Grundlage erprobten Vertrauens der Massen emporwächst, eine Aristokratie, aus der das alte Element des Herrenwillens und der Herrenmoral gründlich ausgeschieden worden ist? Handelt es sich also vielleicht nur um eine engere Verknüpfung der leitenden Funktion mit dem geweckten Gesamtleben des Volkes, statt daß der leitende Beruf isoliert bleibt von den lebendigen Menschen, die geleitet und von den wirklichen Zuständen, die geordnet werden sollen? Und ist es vielleicht wahr, daß die ganze neuere Revolte gegen die Autorität im allerletzten Grunde gar nicht wirklich „antiautoritär“, sondern nur eine als Auflehnung gegen ganz bestimmte Methoden der Führerfunktion, gegen den Mißbrauch der Autorität durch selbstsüchtiges Machtwesen, gegen eine Befehlsgewalt ohne soziale Kultur und ohne ritterliche Achtung vor der Würde des gehorchenden Menschen, bezeichnet werden darf?

Doch hören wir zunächst die Hauptbeschwerden, die auch von keineswegs reaktionären Soziologen gegenüber der modernen Demokratie erhoben werden:

Der bekannte britische Kulturhistoriker J. H. Lecky

bemerkt in seinem Buche „Democracy and Liberty“ einmal, es sei doch erstaunlich, daß man es als Fortschritt der Vernunft bezeichnen konnte, daß die menschliche Gesellschaft mehr und mehr unter die Kontrolle ihrer unaufgeklärtesten und unerzogensten Schichten gebracht worden sei. Und so unbestreitbar es bleibt, daß die Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit der Regierten an ihrer Regierung in irgend einer Form zum Ausdruck kommen muß, so unleugbar ist es andererseits, daß die demokratische Bewegung in der Art ihrer praktischen Auswirkung über die Grenze ihres Rechtes hinausgegangen ist. Aus der berechtigten Mitwirkung der Laien ist ein wahrer „Kultus der Inkompetenz“ geworden, der alle gesunde Rangordnung der Funktionen und der Seelen zerstört hat. Vielerorts hat sich dann unter der trügenden Hülle der Volksentscheidung heimlich die Autorität spezialisierter politischer Funktionen wiederhergestellt (der amerikanische „Boss“) — aber ohne klare Verantwortlichkeiten und Bürgschaften; so ist es fast unmöglich, inmitten all der erschlichenen Mandate und der verborgenen Nebenregierungen deutlich zu sagen, wer eigentlich in Wirklichkeit regiert. Aus der religiös-sittlichen Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott ist ein greulicher Aberglaube an das Recht jedes Beliebigen entstanden, in alles hineinzuschwatzen und über alles abzuurteilen. „Demokratie“ ist ein allgemeiner chaotischer Wettbewerb um die Machtausübung geworden, worin die schlimmste Cliquenherrschaft mit der Diktatur von epidemischen Massenstimmungen abwechselt. Die schreiendste und unhaltbarste Lage und die allergefährlichste Krise der Demokratie aber besteht darin, daß allmählich die großen wirtschaftlichen und politischen Interessengegensätze zu einem offenen oder versteckten Bürgerkriege zu entarten drohen, weil keine sittliche und politische Kraft der Synthese über ihnen waltet, durch die sie ausgeglichen und auf dem Boden einer höhe-

ren Gesamtanschauung zusammengeführt werden könnten. Aus dem immer stärkeren Bedürfnis nach solcher Einigung entsteht der unablässige und vergebliche Versuch der modernen parlamentarischen Demokratien, Koalitionsregierungen zustande zu bringen: da die Einigung hier immer nur eine mechanische ist, der jede höhere politisch-ethische Kraft der Zusammenordnung fehlt, so brechen alle diese Koalitionen immer wieder ohnmächtig zusammen. Dies offenbart sich heute speziell in den großen finanziellen und innerpolitischen Krisen aller abendländischen Demokratien.

Lucien R o m i e r sagte kürzlich im „Figaro“ einmal bei der Besprechung der amerikanischen Schuldeneintreibung gegenüber Frankreich: Von dem Regime der Massenherrschaft und ihrer Advokaten dürfe man überhaupt nichts anderes, als den tierischen und kurzsichtigen Zugriff erwarten. Großmut und Weitblick sei hier ausgeschlossen. Das Gleiche konstatierte in einem Vortrage in der „Dotation Carnegie“ in Paris der Präsident Butler von der Columbia-Universität: die Demokratie regiere durch Advokaten, deren Prinzip überall sei: „Macht die geringstmögliche Konzession“. Dieses Prinzip leitet nun aber auch jede einzelne Gruppe in ihrem Verhalten gegenüber der Volksgemeinschaft. Das zeigt sich gegenwärtig bei der Haltung des französischen Parlaments gegenüber der Sanierung der Finanzen. Niemand will opfern und jeder zur Macht Kommende schont vor allem seine Auftraggeber — und das Bewußtsein davon hält wiederum die Anderen zurück, selber aus der bloßen Selbstsucht herauszugehen. In diesem Sinne schreibt die Basler „Nationalzeitung“ in einem Artikel über die parlamentarische Lage in Frankreich:

Alle diese Inflationserscheinungen würden verschwinden, sowie die Parteien den Mut hätten, unpopulär zu werden, die Steuern allgemein zu ver-

teilen und nicht gerade immer ihre eigenen Wählerschichten schonen zu wollen. Aber daran fehlt es, und so retten sich alle Parteien in eine bequeme Negation gegen jedes Steuerprogramm. Und da der große gebietende Führer sich nicht zeigt, arbeitet die Notenpresse munter weiter . . . einstweilen halten wir bei schlechten Regierungsvorschlägen und produktivem Nein der öffentlichen Meinung, beim Triumph der Demagogie über die Demokratie.

Solcher Triumph der Demagogie, der Angst um die Popularität, der Politik des Gemüsemarktes, ist untrennbar von der Demokratie, so lange ihr nicht ein starkes Gegengewicht an Aristokratie, d. h. an unabhängiger Führerschaft entgegengesetzt wird. In L e n i n und in M u s s o l i n i hat sich diese große Notwendigkeit der Regeneration, diese Bedingung jeder konstruktiven Staatskunst großen Stils, zuerst stürmisch, gewalttätig und einseitig kundgegeben — und auch derjenige, der solcher Gewalt kein gutes Ende prophezeit, wird dennoch dem unabweisbaren Bedürfnisse gerecht werden müssen, das sich hier Bahn gebrochen und das sich eines Tages auch wieder mit der „unvermeidlichen Demokratie“ wird aussöhnen müssen.

Die Krise des Parlamentarismus besteht jedenfalls erstens darin, da das unsachliche Machtspiel der Parteien und deren Kampf um die Wählermassen jede Rücksicht auf das Zustandekommen eines konstruktiven nationalen Willens preisgegeben hat, und zweitens, daß hinter diesem unverantwortlichem Spiel lauter verkappte ökonomische Interessen ebenso unverantwortlich ihre Macht ausüben. Was wir brauchen, das ist ein berufsständisches, sachliches und fachmännisches Parlament, durch das jene Interessen legitimiert und verantwortlich gemacht würden. Das nötige Gegengewicht gegen diese Fachvertretung hätte dann eine L a i e n v e r t r e t u n g zu bilden, so wie in Erziehungsfragen der Rat der Lehrer und der Rat der Elternschaft einander zu ergänzen bestimmt ist.

Aber noch mehr ist nötig: So wie im alten Rom in schwerer Zeit mit Zustimmung des Volkes ein legaler Diktator ernannt wurde, und so, wie im Weltkrieg Wilson zweifellos auf dem legalen Boden der Demokratie eine Art von Diktatur ausübte, so müssen überhaupt in schweren Zeiten die Vertretungskörperschaften sich weit mehr darauf einstellen, außergewöhnlichen Führern außergewöhnliche Vollmachten, eventuell auf Jahre hinaus zu bewilligen. Was sollen alle die Vierwochenstaatsmänner machen, die nichts wagen können, was auf Zeit gesät wird, was zunächst den Schein gegen sich hat, was den Instinkten der stets wechselnden Majoritäten nicht schmeichelt oder irgend eine mächtige Clique vor den Kopf stößt? Hätte ein Colbert, ein Richelieu mit einem Parlamente ihre weitausschauende Politik machen können? Sind aber solche Männer nicht im tieferen Sinne Vertreter ihrer Nation als gewisse Jongleure, die zufällig durch die Gunst der Stunde oder der Masse obenauf kommen? Sieht man heute nicht überall das tiefe Verlangen nach höherer Synthese der Gegensätze? Wer aber wagt zu bestreiten, daß diese doch ganz unentbehrliche Synthese nur durch eine schöpferische und universal begabte Persönlichkeit und nicht durch die parlamentarische Maschinerie vollzogen werden kann? Wer will sich noch einbilden, daß in großen Zeiten der Zerstörung und Erneuerung der große Mensch, der immer auf das Wesentliche gerichtet ist, durch die stets im Unwesentlichen ertrinkende „Kommission“ ersetzt oder durch die ewig wechselnde Majorität der großen, ratlosen Hammelherde bevormundet werden dürfe?

Der italienische Soziologe G. Ferrero hat in seinen „Ansprachen an Taube“ harte Worte über die Anmaßlichkeit des modernen demokratischen Kollektivwesens gebraucht, dessen anspruchsvolles Stimmengewirr die Bildung eines großen politischen Willens und einer Staats-

kunst auf weite Sicht völlig ausschließe. Dieses Kollektivwesen sei ein „Ungeheuer mit riesigem Körper und sehr kleinem Kopf“, das sich meist in dumpfer Schläfrigkeit wälzt und dessen Intelligenz so beschränkt ist, daß es komplizierte Probleme überhaupt nicht begreift... In gleichem Sinne sagt der Berliner von einem törichten Menschen: „Er ist so dumm, wie eine ganze Kommission“.

In der Tat: Die gegenseitige Lähmung der Intellekte in den Kommissionen und in jeder Art von kollektivem Beschließen ist ein riesiges Fragezeichen gegenüber der gegenwärtigen Phase der Sicherstellung der Rechte der „unvermeidlichen“ Demokratie. Wir gehen zweifellos einer neuen Phase entgegen, wo die Sicherstellung der Führerkraft und die Sicherstellung der nationalen Geschicke gegen kollektive Dummheit und Leidenschaft als eine Aufgabe hervortreten wird, die mindestens von der gleichen Bedeutung ist, wie diejenige, die mit der Sicherstellung der Volksrechte und der Stimmrechte gegenüber dem privilegierten Uebermut der Individuen und der Einzelgruppen zu tun hat.



NEUE METHODEN

Georges Guy-Grand, Paris

Man spricht jetzt, zu Ende des Jahres 1925, viel von der Krise der Demokratie und des Parlamentarismus. Die Klagen sind nicht neu, denn es ist schon lange her, seit von den Gegnern des Regimes der „Demokratie der Prozeß gemacht wird“. Allein was symptomatisch ist, das ist die Tatsache, daß nicht mehr die Antidemokraten allein ihre Klagen hören lassen. Ueberzeugte Republikaner wie Aulard schreiben in einem großen Journal wie dem „Quotidien“, daß sich „die parlamentarische Republik diskreditieren werde, wenn man sie nicht reformiert“. Und die große französische Organisation, die Liga für Menschen- und Bürgerrechte fordert unter scharfer Wendung gegen die Verschwörer aller Schattierungen, daß man ihnen eine „durch eine Wandlung und eine Verbesserung des parlamentarischen Regimes gestärkte Demokratie“ entgegensetze.

In gewisser Hinsicht scheint diese Krise paradox, denn die Fortschritte des Gedankens der Demokratie nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt sind unleugbar. Der Weltkrieg hat sie, dadurch, daß er die letzten Bollwerke des Absolutismus stürzte, bedeutend gestärkt. Die Zeiten der absoluten Herrschaft, wenn schon nicht der Monarchie überhaupt, sind vorbei. Und die neuen Staaten sind Republiken. Wie sind die anti-parlamentarischen und antidemokratischen Kampagnen daher zu erklären?

Der erste Grund, der unmittelbarste, ist der Krieg

selbst. Eine so gewaltige Erschütterung mußte furchtbare Folgen haben. Die mehrere Jahre hindurch unter furchtbarem Druck stehenden Völker liessen sich, als der Frieden gekommen war, zu Exzessen der Freiheit und demagogischen Manifestationen hinreißen, die ihrerseits wiederum Reaktionen hervorgerufen haben. Aus diesem Anlaß stammen die Epidemien von Diktaturen, die man fast überall festgestellt hat und von denen die Völker noch nicht geheilt sind.

Frankreich, als ein Land, das sozial im Gleichgewicht ist, wo einander Industrie und Landwirtschaft die Wage halten und wo das kleine und mittlere Eigentum wichtiger sind als die großen Unternehmungen, hat den Ursachen der Wirren besser Widerstand geleistet als die stärker industrialisierten Völker oder jene, wo die Landwirtschaft den Großgrundbesitz zur Grundlage hat. Allein es hat ebenfalls Irrtümer begangen, die es jetzt büßen muß. Die „Mythen“, die man allzu stark gepflegt hatte, die zu häufige Verwendung von Anleihen, Krankheiten in der auswärtigen Politik und — man muß es frei voraussagen — der vorzeitige Bruch der finanziellen Solidarität, der die Solidarität der Waffen begleitete, — alle die Gründe sind nun zu einer starken Krise angewachsen, deren Folgen wir jetzt spüren. Und jeder weiß, daß die Perioden des Mangels, der Angst, der Ungewißheit, über das Morgen, und selbst das Heute, der Nährboden sind, auf dem sich die Aspirationen auf die Diktatur entwickeln.

*

Allein diesen unmittelbaren Ursachen müssen weitere und tiefere Ursachen hinzugefügt werden, die mit den Wandlungen der modernen Demokratien in Zusammenhang stehen.

Die historischen Demokratien, diejenigen, die unsere politischen Historiker, ein Montesquieu, ein Rous-

seau studiert haben, die Republiken des Altertums und die Schweizer Kantone waren von den modernen Demokratien vollständig verschieden. Sie waren klein, weshalb man in ihnen das, was man „direkte Regierung“ nennt, ausüben konnte. Und sie waren arm, wenig industrialisiert, was ihnen erleichterte, „tugendhaft“ zu bleiben. Die Historiker haben uns gelehrt, daß diese Republiken begannen korrupt zu werden, sobald territoriale Eroberungen, Zustrom von Reichtum und Luxus, Skeptizismus und heimische Unstimmigkeiten die ökonomischen, politischen und moralischen Grundlagen der alten Institution untergraben haben.

Die moderne Zeit ist hauptsächlich durch die Bildung großer Staaten, die märchenhafte Entwicklung der Großindustrie, die Verbreitung der Bildung und die Ausbreitung des kritischen Geistes charakterisiert. Die Demokratien von heute umfassen, neben mittleren Ländern, auch mächtige und ausgedehnte bevölkerte Staaten mit reicher Industrie, die immerzu auf der Suche nach Absatzmärkten ist, was einen ökonomischen und politischen Imperialismus begünstigt, und die größte Kriegsdrohung darstellt. Die „direkte Regierung“ ist nicht mehr möglich, man bedarf eines repräsentativen, parlamentarischen Regimes. Die antike Armut kann kein Ideal mehr sein, man muß eine weise Verteilung der Reichtümer durchführen, allerdings unter Disziplinierung der Wünsche. Die Unkenntnis oder der Mangel an Kommunikationen, unter dem die Völker früher standen, weicht mit jedem Tage der allgemeinen Schulbildung und der Vervielfachung der Transportmittel. Das trägt besonders zu dem bei, was Präsident Masaryk in einem seiner besten Aufsätze als die „Schwierigkeiten der Demokratie“ bezeichnet.

Fügen wir hinzu, daß die wichtigsten Institutionen der modernen Demokratien nach einer Neuregelung rufen. Das

Parlament, in der Form wie es sich in England im 18. Jahrhundert gebildet und später über den Kontinent verbreitet hat, ist eine rein politische Kammer, schlecht für die Lösung ökonomischer Fragen geeignet, die es nicht voraussehen kann und für deren Lösung es nicht ausgerüstet ist. Die Parteien, die Ausschüsse, die rein politischen Organisationen genügen nicht für die Lösung sozialer Fragen. Daher die Kritiken der Sozialisten und der Syndikalistens, die sogar so weit gegangen sind, zu behaupten, daß die Aera der reinen Politik vorbei sei und daß die Werkstatt, wie Proudhon sagte, die Regierung ersetzen müsse. Diese Kritiken werden heute von den Faschisten wieder aufgenommen, die weniger die Politik ausscheiden, als das Parlament seiner Macht berauben wollen, um einen Diktator einzusetzen.

*

Die Gründe wären nun dargelegt, die Gefahren aufgedeckt, welches Heilmittel wäre vorzuschlagen?

Man kann die These der Syndikalistens, der Kommunistens und der Faschisten nicht vollständig akzeptieren, wie wir bereits wiederholt nachgewiesen haben. Man kann nicht die politische Macht eliminieren, diesen Schiedsrichter für die Interessen, dessen legislatives Organ das Parlament bleiben muß. Allein es ist klar, daß das parlamentarische Regime, um sich den neuen Bedürfnissen anzupassen, tiefe Veränderungen erfahren muß.

Die Oekonomie soll nicht den Sieg über die Politik davontragen, denn es gibt im Leben des Volkes nationale, philosophische, moralische Aspirationen, die über die materiellen hinausgehen. Allein die Wichtigkeit ökonomischer Fragen ist so groß, daß man die politische Gewalt durch obligatorische Befragung der Interessen und aller sozialen Aktivitäten beleben muß. An die Seite der individuellen Vertretung der Meinungen

muß heute, wo alle Formen der Betätigung sozialen Charakter annehmen, eine konsultative Vertretung aller sozialen Realitäten treten. Der ökonomische Arbeitsrat ist ein erster Schritt auf diesem Wege.

Diese Befragung der „Kompetenzen“ darf sich jedoch nicht auf die Volkswirtschaft beschränken. Bei allen politischen Fragen jeder Art muß man Politik und Moral von Wissenschaft und Technik unterscheiden. Den Spezialisten, den Fachleuten obliegt es, die Kammerdebatten, die Entschließungen der Regierungen, die Meinungen der einfachen Bürger zu beeinflussen. Auf diese Art aufgeklärt, können sich die Bürger, die Gesetzgeber, die Regierenden mit voller Ueberlegung reiflich erwogene Ueberzeugungen bilden, denn letzten Endes sind die großen Fragen der Politik solche der Moral.

Schließlich ist klar, wie dies übrigens alle Republikaner fordern, daß die parlamentarischen Methoden verbessert werden müssen, damit man nicht mehr das betrübende Schauspiel feststellen muß, das unsere schwankenden Körperschaften so häufig gewähren. Es ist notwendig, daß die Regierenden bei Beobachtung der Rechte es verstehen, ihre legitime Autorität auszuüben und die Probe eines festen Charakters ablegen, denn die Mehrzahl unserer Uebel kommt weniger von den Institutionen als von den Schwächen des Charakters. Allein darüber ist eine Verbreitung überflüssig. Präsident Masaryk in seiner autoritativen Stellung als Staatsmann und Apostel hat darüber die folgenden entscheidenden Worte gesagt: „Die Demokratie ist eine Weltauffassung und eine Lebensregel.“ Wenn jeder davon durchdrungen sein wird, dann wird es keine „Krise der Demokratie“ mehr geben.



DER WEG DER DEMOKRATIE IN EUROPA

F. J. C. Hearnshaw

Professor am King's College, London

I.

Mussolini, der Begründer des Faschismus und Trotzki j, der bolschewistische Kommissär, haben nicht viel gemeinsam. Aber in einer Hinsicht stimmen die beiden vollkommen überein: daß es um die Demokratie geschehen ist. Im Juni des vergangenen Jahres publizierte eine englische Revue einen Artikel aus der Feder des italienischen Diktators mit der Ueberschrift „Der Wahnsinn der Demokratie“, in dem er sagte, die Volksherrschaft sei vielleicht erträglich, wenn es sich um die Wahl des Platzes handelt, wo man die Gemeindepumpe aufstellen soll. Allein wenn die höchsten Interessen des Volkes auf dem Spiele stehen, dann könnten es nicht einmal die ultra-demokratischen Regierungen wagen, sie dem Urteil des Volkes zu unterbreiten. Drei Jahre vorher hatte Trotzki j, damals als Kollege Lenins, auf der Höhe seiner Macht seine bekannte „Verteidigung des Terrorismus“ herausgegeben, eine lange und feurige Tirade gegen das ganze System der repräsentativen Regierung und den Gedanken der Herrschaft der Majorität. Er sagt darin: „Demokratie ist eine wertlose und elende Maskerade. Wir lehnen die Demokratie im Namen der konzentrierten Kraft des Proletariats ab... Dreifach mehr als hoffnungslos ist der Gedanke, daß man auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie zur Macht gelangen kann... Es gibt nur einen

Weg — die Macht zu ergreifen." Zweifellos würde auch Marquis de Estelle, der spanische Diktator dasselbe sagen, wenn man ihn ersuchen würde, den Sturz der spanischen Konstitution und die Errichtung einer militärischen Autokratie zu erklären und zu verteidigen. Selbst in Frankreich, dem Lande, das als erstes von allen die Grundsätze der Freiheit und Gleichheit proklamierte, ist ein verdächtiges Gemurmel hörbar und ein wachsender Ruf ertönt, daß das Chaos der einander befehdenden Gruppen und schwankenden Politik durch irgendeinen neuen Napoleon beendet werden müsse.

Durch die ganze Welt zeigt die Demokratie in der Tat Spuren des Niedergangs. Früher das Ziel aller Hoffnung und der Endzweck aller politischen Bemühungen, scheint sie nun in Mißkredit geraten zu sein. Die Leute haben in weitem Maße aufgehört, an sie zu glauben. Sie sind enttäuscht. Sie wenden sich anderen Arten der Regierung zu und versuchen verschiedene Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Selbst England, wo die demokratischen Einrichtungen festeren Fuß gefaßt haben als sonstwo in der Welt, fühlt die Stärke dieses neuen antidemokratischen Impulses. Auf der einen Seite haben die Trade-Unions eine bedeutende Tendenz gezeigt, die alte Art der parlamentarischen Legalisierung durch die „direkte Aktion“ zu ersetzen. Auf der anderen Seite ist, als Gegengewicht gegen die „direkte Aktion“ der Trade-Unions eine breite Körperschaft von Britischen Fasziisten als Werkzeug des Widerstandes entstanden. Zwischen diesen beiden Gruppen scheint das Prinzip der Volksherrschaft vermitteltst Diskussion und Abstimmung in großer Gefahr.

II.

Wenn wir uns fragen, warum die Demokratie in ganz Europa in Gefahr ist, dann werden wir finden, daß die Ursachen in den verschiedenen Ländern wechseln. In

Italien liegt die Erklärung für den Triumph Mussolinis darin, daß die italienische Demokratie — unerfahren, schlecht erzogen, verwildert, unentwickelt und korrupt — sich selbst und die schwachen Minister, die sie sich gegeben hatte, ganz unfähig fand, mit jener Bedrohung der Zivilisation und geordneten Lebens, das der Syndikalismus darstellte, fertig zu werden. Das italienische Volk hat sich, moralisch und geistig, als ungenügend vorbereitet erwiesen, ein demokratisches Regime zu ertragen. Es mußte den Rückweg zur Vormundschaft einer diktatorischen Autorität zurücklegen, um sich vor Zerstörung zu bewahren. In Rußland wiederum war die Ursache, weshalb Lenin und Trotzki auf die Demokratie verzichteten, nicht so sehr das Ungenügen der Demokratie, als der Anti-Kommunismus der Demokratie. Selbst bei einem so primitiven und politisch unentwickelten Volk wie den Russen, sind doch der Instinkt für Ehrenhaftigkeit, das Prinzip des gesunden Menschenverstandes und die Tradition der Religion zu stark, um den Bolschewiken die Hoffnung zu gewähren, daß sie jemals mit der Zustimmung der Allgemeinheit ihre Pläne durchführen werden. „Es gibt nur einen Weg, das zu tun und das ist, die Macht zu ergreifen.“

In Spanien war das System der Volksregierung durch die wütenden Parteikämpfe geschwächt und in Mißkredit gebracht worden. Die Parteien waren, in ihrem Bestreben, einander zu vernichten, bereit, selbst die vitalsten Interessen ihrer Nation als Ganzes zu opfern.

In Frankreich kommt die Bedrohung der Demokratie von der Spaltung der Politiker in eine so große Zahl von antagonistischen Gruppen, daß keine Mehrheitsregierung möglich ist. Daher ist jede Regierungsmehrheit naturgemäß eine Koalition, fußt nicht auf Prinzipien, sondern auf einem Kompromiß und ist von der Gunst eines halben Dutzend anmassender Cliques abhängig, mit denen sie handeln und verhandeln muß. Aus diesem Grunde

sind die französischen Ministerien durch äußerste Unstabilität gekennzeichnet. Ihrer aller Existenz ist kurz, ruhmlos und bewegt. Nach einigen wenigen Wochen oder Monaten wiederholter Krisen gehen sie in Niedrigkeit und Verachtung unter. Niemand, der das Verlangen nach Glück hat oder etwas auf seine Würde hält, kann es leicht wagen, sich in den Hexenkessel der französischen Politik zu begeben.

Was Groß-Britannien anlangt, dessen Parlament noch einen Teil seiner alten Autorität bewahrt hat, ist die niedergehende Tendenz zum Teil dem Verschwinden der alten und klaren Teilung der Politiker in zwei Parteien, die Liberalen und Konservativen, und dem Auftauchen einer dritten Partei und einiger Gruppen zuzuschreiben, zum Teil dem Wachstum der Bürokratie, zum Teil der wachsenden Bedeutung kapitalistischer Trusts und Industriekartelle, zum Teile der Ausdehnung der Freiheit und damit der konsequenten Einverleibung einer unwissenden und indifferenten Wählerschaft, zum Teile der wachsenden Kompliziertheit der Politik, die eine wirkungsvolle Behandlung ihrer Weltprobleme nur Spezialisten und Fachleuten ermöglicht. Kurz, überall sieht sich die Demokratie Fragen gegenüber, die sie nicht beantworten kann und Aufgaben, deren Lösung über ihre Kompetenz hinausgeht.

III.

Bedeutet das vielleicht, daß die Demokratie aufgehört hat, eine mögliche und wünschenswerte Regierungsform zu sein? Keineswegs! Die Erweiterung der Erziehung, das Wachstum der Volksorganisation, das wachsende Selbstbewußtsein des Proletariats machen jede andere Form als die demokratische letzten Endes unmöglich. Keine Diktatoren irgendwelcher Art, weder Faschisten noch Bolschewiken werden letzten Endes geduldet werden. Alles, was aus dem gegenwärtigen Niedergang hervorgeht, ist, daß

einzelne Länder für die Demokratie noch nicht reif sind und daß in anderen Ländern die Demokratie noch nicht die den Umständen angemessene Form gefunden hat. Die fundamentale Konzeption der Demokratie ist, daß der Wille der Mehrheit vorherrschen soll und daß dies durch eine verständige Diskussion und unbehinderte Abstimmung geschehen soll.

Das demokratische Ideal kann nur verwirklicht werden, wenn eine Nation hinreichend erzogen ist, um die fundamentalen Probleme ihrer Verwaltung zu verstehen; wenn sie genügend frei von Laster und Korruption ist, um ernstlich das zu wünschen, was recht und gut ist; wenn sie sich ihrer Zusammengehörigkeit genügend bewußt ist, um imstande zu sein, das Gute für alle ihre Mitglieder zu erwirken.

Es kann viele Jahre dauern, bevor alle Völker der Welt als ein Ganzes zur Demokratie reif sein werden. Es kann sein, daß sie erst durch manche Widerstände jene Höhe der Bildung und Moral erreichen werden, die zur erfolgreichen Durchführung der Demokratie unerläßliche Vorbedingungen sind. Nichtsdestoweniger kann niemand, der an die Menschheit glaubt, daran zweifeln, daß der Tag der universellen Demokratie kommen und dauern wird.



FÜR DIE POLITISCHE UND INDUSTRIELLE DEMOKRATIE

The Right Hon. *Arthur Henderson*
Sekretär der Labour-Party, London

Sonderbotschaft an die „Prager Presse“:

„Ungeachtet der kommunistischen Aktion einerseits und der faszistischen Aktion auf der anderen Seite, und trotz der Triumphe der reaktionären Tories in den letzten allgemeinen Wahlen, glaube ich, daß der Status der arbeitenden Klassen Großbritanniens an Macht und Wirksamkeit der politischen Aktion und der parlamentarischen Institutionen ebenso groß ist, wie er je war. Sie erkennen in der politischen und industriellen Demokratie die Mittel für die Kontrolle der Maschinerie der zentralen sowie der lokalen Regierungen, die sie instandsetzen werden, die radikalen Veränderungen und die großen Reorganisationspläne zu überdauern, die sie für notwendig und wünschenswert erachten für die Erreichung eines sozialistischen Staates.“



DIE SOZIALISTEN UND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

Morris Hillquit

Vorsitzender der „Socialist Party in America“

Die Frage ist die, ob es sich um eine Neigung handelt, sich von der Demokratie zu entfernen oder eher um einen zeitweiligen Zustand, der die unruhige Lage Europas spiegelt. Schließlich sind die Unzulänglichkeiten der Parlamente in den verschiedenen Ländern Europas technisch die Wirkung der Zersplitterung des politischen Körpers in unzählige Parteien, von denen keine eine ausgesprochen klare Mehrheit besitzt. Die Parlamente spiegeln die verschiedenen Interessen und Richtungen wider. In normalen Zeiten sind diese Richtungen im Prinzip wirtschaftlicher Natur und die politischen Parteien stellen den Reflex der wirtschaftlichen Phasen dar. Sie korrespondieren in der Hauptsache mit den drei wichtigsten wirtschaftlichen Gruppen: den Kapitalisten, den Arbeitern und der Mittelklasse sowie den Gewerbetreibenden. Die übliche politische Gruppierung in Konservative, Arbeiterpartei und Liberale entspricht diesen Klassen. Unter solchen Umständen liegt die politische Kontrolle zumeist in den Händen einer mächtigen oder höchstens zweier zusammengehender Parteien. Unter den besagten Verhältnissen ist die parlamentarische Regierung wirksam und das, was wir Demokratie in der Politik nennen, bedeutet schließlich ein arbeitsfähiges parlamentarisches Regime. Der Krieg und die Friedensverträge, sowie die

Aufteilung Europas, haben neue Interessen, wie die Probleme der nationalen und der Rassenminderheiten, die akuten Probleme von Krieg und Frieden, der internationalen Beziehungen usw. ins Leben gerufen und so zur Bildung neuer Parteien geführt.

Im gegenwärtigen Augenblick ist der Schwerpunkt des politischen Daseins von den wirtschaftlichen zu den politischen Problemen verschoben worden. Das Chaos in der Politik ist nichts weiter als ein Widerschein des allgemeinen Chaos, das sich nach dem Kriege eingestellt hat. Darum glaube ich, finden wir weit weniger politische Zersplitterung und parlamentarische Machtlosigkeit in jenen Ländern, die vom Kriege weniger tangiert wurden. Die Vereinigten Staaten sind ein hervorragendes Beispiel für diese Theorie.

Im gleichen Maße, wie die politischen Verhältnisse und die internationalen Probleme in Europa zur Ruhe kommen werden, werden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse wiederum die Oberhand gewinnen. Dies wird unzweifelhaft die Rückkehr der großen Klassenparteien in die Parlamente, die Wiederaufnahme der normalen parlamentarischen Tätigkeit im Sinne des Klassenkampfes bedeuten. Dies an sich wird, glaube ich, in großem Maße der Neigung der Diktatur entgegenarbeiten, sodaß und in immer stärkerem Maße die sozialistischen und die Arbeiterparteien überhaupt unaufhaltsam an Stärke gewinnen, zumindest soweit die westliche Welt in Betracht kommt. Sie sind mehr denn je in den Grundsätzen der Demokratie verwurzelt.



DAS PROBLEM DES PARLAMENTARISMUS

Hans Kelsen

Professor an der Universität Wien

Die sogenannte Krisis des Parlamentarismus ist nicht zuletzt hervorgerufen worden durch eine Kritik, die das Wesen dieser Form unrichtig deutet, und darum auch ihren Wert unrichtig beurteilt. Was aber ist das Wesen des Parlamentarismus? Das objektive Wesen, das nicht verwechselt werden darf mit der subjektiven Deutung, welche die an der Institution Beteiligten oder Interessierten aus irgendwelchen bewußten oder unbewußten Motiven herauszugeben versuchen. Parlamentarismus ist: Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, also demokratisch, gewähltes Kollegialorgan nach dem Mehrheitsprinzip.

Versucht man sich der Ideen bewußt zu werden, die dieses Prinzip der sozialen Ordnungserzeugung bestimmen, so zeigt sich, daß es der Gedanke der Freiheit, der Gedanke der demokratischen Selbstbestimmung ist, der hier dominiert. Das zweite Element aber, das eine Analyse des Parlamentarismus ergibt: die Mittelbarkeit der Willensbildung, die Tatsache, daß der staatliche Wille nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern durch ein allerdings vom Volk geschaffenes Parlament erzeugt wird. Hier verbindet sich der

Gedanke der Freiheit als der Gedanke der Selbstbestimmung mit dem unverzichtbaren Bedürfnis nach Arbeitsteilung, nach sozialer Differenzierung, mit einer Tendenz also, die zu dem primitivierenden Grundcharakter der demokratischen Freiheitsidee in Widerspruch steht. Der Parlamentarismus stellt sich somit als ein Kompromiß zwischen der demokratischen Forderung der Freiheit und dem allen sozialtechnischen Fortschritt bedingenden Grundsatz differenzierender Arbeitsteilung dar.

Das *i m p e r a t i v e M a n d a t* in seiner alten Form kann wohl nicht wiederkehren, allein es lassen sich doch die unleugbaren Tendenzen, die heute nach dieser Richtung drängen, bis zu einem gewissen Grade in Formen bringen, die mit der Struktur des modernen politischen Apparates vereinbar sind. Schon die Einführung des Proportionalwahlsystems hat die Notwendigkeit strafferer Parteiorganisation mit sich gebracht, als dies bei dem einfachen Majoritätssystem erforderlich war. Und darum ist heute der Gedanke einer ständigen Kontrolle des Abgeordneten durch die zur politischen Partei organisierte Wählergruppe keineswegs von der Hand zu weisen. Die Unverantwortlichkeit des Abgeordneten seinen Wählern gegenüber, die zweifellos eine der Hauptursachen für die Mißstimmung ist, die heute gegen die Institution des Parlamentarismus herrscht, ist durchaus nicht ein wesensnotwendiges Element des parlamentarischen Systems. — Könnte man sich entschließen, die politischen Parteien gesetzlich zu organisieren, dann stünde auch nichts im Wege, der zu einem Wesensbestandteil der Verfassung gewordenen Partei auch das Recht der *A b b e r u f u n g* ihrer Abgeordneten zu übergeben. Ja, dann könnte man auch dem Gedanken näher treten, die politischen Parteien nicht zu zwingen, eine gewisse, im Verhältnis zur Stärke der Partei stehende Anzahl von individuell bestimmten

Abgeordneten ins Parlament zu entsenden, die — stets dieselben — bei der Entscheidung aller, auch der sachlich divergierendsten Fragen mitzuwirken haben, sondern man könnte es der Partei überlassen, je nach Bedarf zur Beratung und Beschlußfassung über die verschiedenen Gesetze aus ihrer Mitte die ihr zur Verfügung stehenden Fachmänner zu delegieren, die jeweils mit der der politischen Partei nach dem Proporz zukommenden Stimmenzahl auf die Entscheidung Einfluß nehmen.

Für eine berufsständische Organisation führt man gerne an, daß erst sie die „wahren“, die „wirklichen“ gesellschaftlichen Kräfte zum Ausdruck bringen könne. Gemeint kann damit natürlich nur sein, daß die berufsständische Organisation gegenüber der demokratisch-parlamentarischen die bessere, richtigere sei. Aber gerade wenn es auf einen Ausdruck der tatsächlichen sozialen Machtverhältnisse ankommt, ist die parlamentarisch-demokratische Staatsform mit ihrem eine wesentliche Zweigliederung konstituierenden Majoritäts-Minoritäts-Prinzip der „wahre Ausdruck“ der heutigen wesentlich in zwei Klassen gespaltenen Gesellschaft. Und wenn es überhaupt eine Form gibt, die die Möglichkeit bietet, diesen gewaltigen Gegensatz, den man zwar bedauern, aber nicht leugnen kann, nicht auf blutig revolutionärem Wege zu überwinden, sondern friedlich und allmählich auszugleichen, so ist es die Form der parlamentarischen Demokratie



DIE HEUTIGE LAGE DER DEMOKRATIE IN DER WELT

Hon. J. M. Kenworthy

Lieut.-Commander. R. N., M. P.

In den Memoiren des Viscount Grey of Fallodon beschreibt dieser eine Bemerkung, die er gegenüber einem Freunde gemacht hat, da er von der Ueberschreitung der französischen Grenze durch deutsche Truppen bei Ausbruch des Weltkrieges erfuhr. Er sagte: „Die Lampen werden in ganz Europa ausgelöscht; sie werden nicht wieder angezündet werden, solange wir leben.“

Jeder Krieg versetzt der Demokratie einen Schlag, Der Weltkrieg von 1914 bis 1918 und die ihm nachfolgenden Kriege und Revolutionen haben nicht bloß keine Ausnahme gebildet, sie haben vielmehr der Demokratie den schwersten Schlag versetzt, den eine menschliche Bewegung jemals erlitt. Der Grund hiefür ist vor allem, daß, um heute erfolgreich einen Krieg auf nationaler Basis unternehmen zu können, sowie angesichts der Mittel, die in Anspruch zu nehmen sind, zahlreiche Sicherungen und Privilegien der Demokratie aufgehoben werden müssen. Irgendeine Art der Diktatur muß eingeführt werden. Und Diktaturen lassen sich eher einführen als abschaffen. Die Lage ist heute schlimmer als sie es früher war, da Kriege von kleinen Armeen von Berufssoldaten geführt wurden und das nationale Leben mit Ausnahme der eben besetzten Gebiete seinen Lauf ging wie in Zeiten des Friedens.

Die weitere Ursache ist der extreme Nationalismus, der als ein Ergebnis des Krieges überall zugenommen hat. Minderheiten werden unterdrückt und sogar persequiert. Feindseligkeiten gegenüber anderen Ländern und Ausländern keimten überall. Nur Zeit und Frieden werden diese zwei gegen die Demokratie wirkenden Einflüsse beseitigen können. Demokratie ist notwendig für den Fortschritt und die Zivilisation der Menschheit und wir brauchen nicht daran zu zweifeln, daß sie von selbst wiederkehrt.

Die Enttäuschung und das Leiden der Menschen im Kriege haben wiederum extrem-antidemokratische Bewegungen mit sich gebracht, wie dies die Reaktion in Frankreich, die bolschewistische Bewegung in Rußland und der Faschismus in Italien zeigen. Diese letzteren sind die Extreme der allgemeinen Bewegung gegen die Demokratie. Und es besteht eine Sympathie zwischen Faschismus und Bolschewismus, die sich gegen die Demokratie richtet. Die Tiefe ruft hier nach der Tiefe. Aber meine Informationen scheinen andeuten zu wollen, daß es gar bald einen furchtbaren Umschwung in der Geschichte Italiens geben wird, dem wahrscheinlich sogar eine Woche von Massacres folgen dürfte, infolge des Hasses, den die Volksmassen gegen die Faschisten empfinden. Andererseits schöpft die bolschewistische Bewegung in Rußland ihre Kraft aus dem Bauernstande, der unter der Herrschaft der Bolschewiken in den Besitz des Bodens gelangte, zufälligerweise in direktem Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus. Die bolschewistische Bewegung in Rußland befreit sich selbst. Und dieses System wird sich in aller Kürze zu einer Bauernrepublik mit demokratischen Formen entwickeln, wie es ja auch in Frankreich unter der dritten Republik vor dem Kriege der Fall war.

Der Grund, weshalb der Liberalismus in so man

chem Lande Europas heute wieder in den Schmelztiegel geworfen wird, liegt darin, daß er zwischen den Extremen des Faschismus und des Sozialismus eingeklemmt ist. Der beste Freund des Liberalismus ist der Frieden. Und der beste Weg für die Freunde des Liberalismus — der Freiheit — der Demokratie — Begriffe, die heute Synonyma sind, — seine Wiederbelebung zu unterstützen, ist, indem sie für den Frieden arbeiten und Freundschaft nicht nur gegenüber den fremden Nationen, sondern auch gegenüber den Minoritäten der eigenen Länder predigen. Dieser Prozeß muß notwendigerweise langsamer, aber wir, die wir Freunde der Freiheit sind, müssen geduldig und ausdauernd sein.

Die Regierungen in England, Frankreich und Deutschland haben unbewußt diese Bewegung durch den Pakt von Locarno unterstützt, insbesondere, wenn ihm, wie dies ja sein muß, Uebereinkommen hinsichtlich der Einschränkung der Rüstungen und augenblicklich auch ein weiteres Uebereinkommen folgen werden, die Tarifmauern zwischen den einzelnen Staaten niedriger zu machen, vor allem zwischen jenen neuen Ländern, die als ein Ergebnis des Krieges erstanden sind. Alles, was den Völkerbund stärkt, hilft auch der Demokratie; insbesondere in Europa.

In England sehen wir uns vor der eigentümlichen Situation, daß die Labour Party, mit Zunahme ihrer Kraft, immer mehr u. mehr von den Lasten des Liberalismus auf die eigenen Schultern lädt und ihre Politik dem unzweifelhaft liberalen und demokratischen Ausblick des britischen Volkes anpaßt.

Der aus dem Locarnopakt resultierende Prozeß kann durch erfolgreiche Versuche beschleunigt werden, ein besseres Einvernehmen mit Rußland herzustellen. Feindseligkeiten gegenüber Rußland, der Boykott Rußlands, Insulten Rußlands stärken nur die Lage der Ex-

tremisten in jenem Lande. Freundlichkeit, Handel, Zusammenarbeit zwischen Rußland und West- und Mitteleuropa aber stärken die Hände der Gemäßigten in Rußland, die darauf ausgehen, eine Demokratisierung des bolschewistischen Regimes herbeizuführen. Feindseligkeiten und Angst vor Rußland stärken also die Hand der Faschisten und der Reaktionäre in den Ländern des Westens. Wenn Rußland durch eine vorsichtige Politik nichts zu gewinnen hat, wird es eben die andere befolgen. Das heißt, es wird die Tätigkeit der Dritten Internationale ermutigen und es versuchen, den Kolonialmächten in Asien und dem nahen Osten Schwierigkeiten zu bereiten. Darum führt einer der Wege zum europäischen Frieden über Moskau. Es kann keine wirkliche Bewegung für die Abrüstung geben, solange Rußland nicht mittut. Der Völkerbund wird unvollkommen und schwach bleiben, solange Rußland ihm nicht angehört, und Europa wird seine eigene Rettung in dieser Sache suchen müssen. Die europäischen Völker müssen Freundschaft schließen untereinander, wir müssen auf das eine Ziel der Vereinigten Staaten von Europa hinarbeiten, wenn es der Demokratie gestattet sein soll, wieder aufzuleben, wenn die Freiheit und der Fortschritt der Menschheit wiederhergestellt und die Vereinigten Staaten von Amerika in den Völkerbund kommen sollen, zum Wohl der Erhaltung des Friedens für die ganze Welt.



DIE ZUKUNFT EUROPAS IM ZEICHEN DER SELBSTREGIERUNG

Erich Koch

Reichsminister a. D., Berlin

Das parlamentarische System war leicht zu handhaben, solange sich das politische Interesse auf eine aufgeklärte Schicht beschränkte. Seine Handhabung war um so leichter, als das Wahlrecht vielfach ausschließlich oder vorwiegend in der Hand dieser Schicht lag. Heute sind alle Schichten des Volkes politisiert und nehmen gleichberechtigt am Wahlrecht teil. Sie sind nicht nur politisiert, sondern auch politisch organisiert und beeinflussen und bestimmen von unten her in ganz anderer Weise die Tätigkeit der Parlamentarier, als es früher der Fall war. Früher suchte sich ein politischer Führer seine Gefolgschaft, heute sucht sich eine politische Organisation ihren Vorsitzenden. Es gibt zu viel Führer, die nach dem Grundsatz handeln, ich bin euer Führer, darum folge ich euch und zu wenige, die es wagen und verstehen, das Volk mit ihrem eigenen Willen zu durchdringen. Das parlamentarische Problem ist also in erster Linie ein Führerproblem. Wenn unsere Zeit noch geeignet ist, starke Persönlichkeiten hervorzubringen, so werden sie sich im parlamentarischen System als Führer durchzusetzen verstehen. Im Kriege haben unter dem parlamentarischen System der Westmächte sich verantwortungsbewußte Führer besser durchge-

setzt und gehalten als im monarchischen System der Ostmächte.

Das parlamentarische System wird weiter erschwert durch die Erstreckung der staatlichen Tätigkeit auf weite Gebiete des Wirtschaftslebens. Solange die Aufgabe des Staates nur in der Verteidigung der Grenzen und in dem Schutze des Bürgers bestand, war es leicht, sich über die Wahl von Männern zu einigen, die als die geeignetsten erschienen, für das Staatswohl im Parlament zu sorgen. Heute zersplittert sich die Aufgabe des Parlamentariers in eine Unzahl von Entscheidungen über wirtschaftliche Interessenfragen. Die Menge der Angelegenheiten, in denen er im Parlament Entscheidungen zu treffen hat, ist so groß und mannigfaltig, daß er immer einer großen Anzahl seiner Wähler mißfällt. Mit der Ausweitung der Zuständigkeiten des Staates Hand in Hand geht eine höhere Inanspruchnahme des Staates durch die Wähler. Die Zeiten, wo das Volk aus Bürgern bestand, die nichts wollten, als Schutz und Ruhe, sind vorüber. Eine materialistische Auffassung drängt sich vor. Der Einzelne will vom Staate materielle Vorteile erreichen. Sein Abgeordneter ist nicht Vertreter des Staates, sondern sein Vertreter, der ihm zu helfen hat, vom Staate Vorteile zu erringen. Wie der Einzelne, so arbeiten Berufsgruppen und Interessenvertretungen. Besserung wird nur eintreten, wenn der Staat seine Aufgaben einschränkt und das Volk zu der Auffassung zurückkehrt, daß sein Wohl mit dem des Staates untrennbar verbunden ist und daß die Staaten verfallen, in denen kein Staatsbürgersinn heimisch ist.

Die Erkenntnis dieser Mängel darf nicht dazu führen, das System zu bekämpfen, sondern die Mängel. Wir wären in der Bekämpfung dieser Mängel schon weiter, wenn nicht der unselige Krieg uns über-

all Völker zurückgelassen hätte, die verbittert und enttäuscht, verarmt und verelendet sind. Erholen wir uns geistig, sittlich und materiell von dem fürchterlichsten aller Kriege, so werden wir uns auch parlamentarisch davon erholen. Ich sehe kein System, das das parlamentarische ablösen könnte. In die Zeiten der alten Monarchie will kein Denkender zurück. Das Gebahren des Faschismus verlockt niemand. Wenn die Völker Europas überhaupt noch eine Zukunft haben, so haben sie diese im Zeichen der Selbstregierung.



VOM NEUEN STAAT, DEN WIR BRAUCHEN

Maxime Le Roy, Paris

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es eine Krise des Staatswesens gibt: hundert konkrete Details rechtfertigen das mehr oder minder lebhaft gefühlte Gefühl, das wir alle von ihr haben. Aber wenn auch kein Zweifel an der Existenz der Krise besteht, so zeigen sich doch zahlreiche Divergenzen, sobald es gilt, ihren Charakter und Sinn festzulegen, ihr Ausmaß und ihre Tendenzen zu deuten, die charakteristischen politischen Momente zu definieren, die unmittelbaren Folgen der Erscheinung und ihre nähere oder entferntere Behebung vor auszusehen.

Es gibt Betrachter, die in der Krise die unausweichliche Vorbereitung einer monarchistischen Restauration erblicken, und sie freuen sich der Störungerscheinungen: es gibt solche, die den Ernst der Umstände zu würdigen wissen und in seiner mehr oder weniger ausgedehnten Revision des konstitutionellen Systems oder auch nur ganz einfach in einer Reform der Geschäftsordnung der gesetzgebenden Körperschaften das Heilmittel für ein Uebel suchen, das in ihren Augen weder organisch, noch von Dauer ist.

Welche von diesen Meinungen ist die richtigere? Wir werden die Frage aus begrifflichen Gründen nicht beantworten wollen, bevor wir die Entwicklung der Kritiken geprüft haben, die uns dorthin geführt haben, wo wir sind. Die Kritiken sind alt: die Vorbereitung ist lang gewesen. Es sei mir die Bemerkung gestattet, daß ich ihre ersten

Symptome vor mehr als zwanzig Jahren in einem Artikel der „Grande Revue“ vom 1. August 1902 verzeichnet habe. Diese Erinnerung ist nicht ohne Nutzen, um eine Perspektive für die Tatsachen zu gewinnen, deren Zeugen wir sind: wir sehen uns keinem Theatercoup des politischen Schicksals gegenüber.

Die an das Parlament gerichteten Kritiken betrafen vor zwanzig Jahren lediglich die den übermäßig beweglichen Majoritäten entspringende Instabilität der Ministerien: scheinbar aufeinanderfolgend, boten die Kabinette den Bürgern — und dies ist es, was sie kennzeichnete — weniger den Eindruck einander ablösender Regierungen, die sich unter der Peitsche gerechtfertigter Interpellationen hastig vervollkommneten, als den Eindruck von Schiffsmannschaften, aus Parteigängern zusammengesetzt, die sich voll Ungeduld daran machten, das Staatsschiff aus Motiven zu beherrschen, die viel zu deutlich der Verbesserung der Regierungstechnik fernlagen.

Heute richtet sich die Kritik weniger an die Menschen als an die Funktionen des Parlaments selbst: dieser Umstand ist es, der die Sache ernst macht: man gewahrt, daß unsere beiden Kammern mehr und mehr unfähig werden Gesetze zu machen, unfähig im technischen Sinne. Es ist eine Krise der unzulänglichen Leistung: Mangel an Gesetzen oder schlechte Gesetze. Wie sollte man nicht die Institution selbst anklagen, wenn man sieht, wie die wichtigsten Interessen notleidend bleiben, weil das regelnde Wort des Gesetzes fehlt oder der votierte Wortlaut unvollständig oder dunkel bleibt. Ohne Kraft, ohne Bewegung. Papier, schlechtes Papier und keine Regelung des Lebens und der Arbeit.

Die Frage der Wohnungsmieten hat von allen Fragen, die seit Jahren ohne vernünftige Lösung geblieben sind, am klarsten diesen Mangel, diese Schwäche der Legislative, die schlechte Beschaffenheit der Institution vor

Augen geführt. Und die Inkohärenz aller Parteien in Finanzdingen hat, indem sie die Projekte vermehrte und der Ungeduld aller die Erbitterung der Techniker, der Ironie des Publikums zugesellt, die dumpfe Revolte einer Menge, die in Unordnung ins Leere unter einem ungnädigen Himmel einherstapft.

Gegenwärtig zeigt sich das Parlament unfähig zu guten Gesetzen über das Auktionswesen, die Sozialversicherung, die Staatsbeamten, den Schutz von Ländereien, die Ueberwachung der Verkaufspreise, die Organisation der städtischen und staatlichen Administrative, das Gesundheitswesen auf dem flachen Lande, den Schutz des Straßennetzes zu gelangen: es erschöpft sich in Projekten, Gegenprojekten und Berichten.

Wenn wir von der Gegenwart in eine wenig zurückliegende Vergangenheit schweifen, müssen wir feststellen, daß das Parlament die Verabschiedung der großen Gesetze über das Munizipalwesen und die Arbeitsunfälle — um nur diese zwei charakteristischen Fälle zu nennen — bloß nach einer Anstrengung geleistet hat, die in keinem Verhältnis zu dem Werte dieser Gesetze stand: zur Kodifizierung des Munizipalgesetzes von 1884 brauchte es fünfzehn Jahre, zu jener des Gesetzes über die Arbeitsunfallversicherung von 1898 mehr als zwanzig Jahre. Kostbare Stunden wurden durch wortreiche Diskussionen und unfruchtbare Zänkereien zwischen Deputiertenkammer und Senat vergeudet.

Dies ist die Wahrheit über den Staat: ruft sie bloß das Epitheton „parlamentarisch“ hervor?

Es wäre nicht richtig zu glauben, daß das Parlament für diese Situation ausschließlich verantwortlich ist: auch die Administrative hat ihren Anteil daran.

Die Mehrzahl der großen Gesetze waren ein Werk der Regierungsinitiative, und die Regierung hat auch alle der Initiative von Deputierten entsprungenen Gesetze einer

Umarbeitung unterzogen. Andererseits wurden zu allen halbwegs wichtigen Gesetzen Durchführungsverordnungen und Erlässe herausgegeben: diese die Gesetze ergänzenden Bestimmungen sind ein Werk der Behörden: infolge der ständigen Umarbeitungen taugen diese Bestimmungen nicht mehr als die Gesetze und sie fügen ihre eigenen Unsicherheiten zu jener der Gesetze. Wenn sie manchmal dem zögernden Interpreten die Hilfe der Klarheit bringen, so kann doch nicht gesagt werden, daß sie in ihrer Gesamtheit technisch höher stehen. Die schlechtesten Bestimmungen, die jemals erlassen wurden, sind die Kriegsverordnungen über die Mietzinse. Sie waren ein Werk des bürokratischen Apparats.

Wenn das Parlament an dem schlechten Funktionieren der Administrative seine Schuld hat, so haben auch die Behörden die ihre: und man sieht, daß eine Scheidung der Exekutive von der Legislative bloß in der Theorie möglich ist; in der Praxis ist ihr Zusammenwirken oder ihre Vermischung ständig.

In Wirklichkeit ermangelt die gesamte öffentliche Gewalt einer guten legislativen Technik: sie versteht es nicht besser Gesetze in den Ministerien vorzubereiten als in den parlamentarischen Kommissionen und sie versteht es nicht mehr, ihre Entschlüsse in öffentlicher Sitzung mit genügender Schleunigkeit zu fassen.

Ist die Jurisprudenz ihnen vielleicht überlegen? Ein guter Künstler kann mit mittelmäßigen Instrumenten, mit schlechten Werkzeugen eine schöne und gute Arbeit zustande bringen: die Jurisprudenz ist kein solcher Künstler. Das Unvermögen des Interpreten entspricht jenem des Gesetzgebers, zumindest im allgemeinen.

Wenn wir die Krise analysieren, so sehen wir, daß die Elemente, aus denen sie besteht, nicht alle der parlamentarischen Tätigkeit im eigentlichen Sinne entsprechen. Bloß ihr Zentrum und ihre augenfälligsten Besonderheiten

sind parlamentarischer Art, sonst aber würde man gegen alle Regeln der unparteiischen Beobachtung verstößen, wollte man nicht auf den Teil von Verantwortung hinweisen, den die Rechtsprechung und die Bürokratie trifft, da doch diese die Gesetze nicht bloß anwendet, sondern sie auch vorbereitet und ihre Anwendung regelt. Die Bürokratie ist Mit-Gesetzgeberin, ebenso wie es die Rechtsgewalt ist.

Die Erkenntnis dieser vielfältigen und verschiedenartigen Tatsachen gestattet uns den Schluß, daß wir einer Krise der Staatskunst gegenüberstehen, einer sehr allgemeinen Krise, die alle Zweige des Staatsdienstes erfaßt hat. Dieser Schluß ist auszudehnen, wenn wir an eine Untersuchung der Tätigkeit der großen Privatorganisationen schreiten: wir müssen hier durchaus ähnliche Gebrechen feststellen: die Industriellen und Kaufleute trachten ihre alten Methoden wiederaufzunehmen, dank dem Taylorismus.

Wir wollen diese Krise eine technische nennen: in einem Frankreich, dessen fieberhaftes Leben in dem Rhythmus eines ebenso fieberhaften Universums schlägt, erweisen sich unsere Regierungswerkzeuge immer unzulänglicher. Sie waren einem Frankreich, einem Universum gemäß, die in ihrer Gesamtheit vor allem landwirtschaftlichen und militärischen Aufgaben hingegeben waren, einem Frankreich und einem Universum, die unsere furchtbaren und immer imperativeren Abhängigkeiten zwischen Valutakurs und Gestehungspreis nicht kannten. Ebenso wie eine Maschine eine ständige Aufsicht notwendig macht, eine genaue, ja minutiöse Kenntnis aller ihrer Bestandteile, Pflege und einen unermüdlichen Willen der Vervollkommung bei Gefahr eines sofortigen Stillstandes oder Rückganges der Produktion, so rufen unsere Länder, die ohne jede symbolische Uebertreibung sehr komplizierten Maschinen zu vergleichen sind, nach einer Jieser me-

chanischen Kunst vergleichbaren minutiösen Verwaltungskunst. Der militärischen Kunst geziemt stets ein gewisses Ungefähr, und der Landmann von einst, Verkäufer der Getreidefrüchte seiner Gegend brauchte sich nicht mit dem Welthandel auseinanderzusetzen. Allmählich wird aber heute diesem Landmann unserer Zeit, dem Armeeführer, dem Staat, allen Bürgern, jede Verzögerung vernichtend.

Wenn die Privatindustrien, wenn die Bank von Frankreich und einige große Banken Auskunftsbüros organisiert haben, mit Hilfe von hochspezialisierten Technikern, die sich von Stunde zu Stunde mit allen wirtschaftlichen und politischen Phänomenen der ganzen Welt vertraut machen, wenn die Großindustriellen und Großkaufleute bei Taylor in die Schule gegangen sind und die Funktionen von Ingenieuren für Oekonomisierung des Betriebsanges, des Verkaufes, der Expedition geschaffen haben, um ihr Unternehmen mit den geringsten Kosten zu leiten, dank einer allen Arbeitsverrichtungen auferlegten tatsächlich chronometrischen Präzision, so ist es notwendig, daß auch der Staat, die Städte und die Departements solche Vervollkommnungen verwirklichen: Hier entspringt die Unzulänglichkeit ihrer Auskünfte, die zur Zeit der Verwertung nicht mehr den Gegebenheiten entsprechen, hier die Verzögerung und die Ungenauigkeit in den Anordnungen und manchmal die vollständige Unfähigkeit angesichts der Dokumente, die als ein Haufen vor die Ignoranz oder die Vorurteile der Verwaltung und des Gesetzgebers hingeworfen werden.

Wenn man nicht im geringsten vorbereitet ist für das Studium oder auch nur die bloße Lektüre der Kurven oder graphischen Darstellungen, die heute eine wirtschaftliche Enquête resumieren, wie soll man dann wählen und wie soll man dann vor allem praktisch die Regel organisieren, die, reich an dieser resumierten Erfahrung, der Unordnung eine lebendige Harmonie entgegenstellen wird?

Die Krise des Parlamentarismus wird ihre Lösung finden, sobald die öffentliche Gewalt sich in allen Gliedern ihres Aufbaues dem Gesetze der modernen Welt, der wissenschaftlichen Methode gefügt haben wird. Sobald die Bureaus aufhören werden über Verwaltungsberichten zu sitzen, vor allem über gerichtlichen, sobald die Kammern aufhören werden, stoßweise und redend Gesetze zu geben sobald Gesetz und Durchführung von technischen Bureaus vorbereitet sein werden, deren Informationstätigkeit wissenschaftlich gestaltet sein wird, d. h. mit Vorsicht, Schnelligkeit und Objektivität, wird der entscheidendste Fortschritt vollbracht werden.

Bewahren wir die politische Freiheit, die ein sehr wertvolles Werk des modernen parlamentarischen Regimes war: wir wollen keine neuen Autoritätsprivilegien zugunsten der Herrschenden verlangen, weil wir bedroht wären, unterzugehen durch den Willen festzuhalten die alten Formen des Regierens und der Autorität. Viel zu sehr Juristen, viel zu sehr Monarchisten sind wir taub geblieben für die Stimme der Wissenschaft. Die Krise kommt aus unserer Indifferenz für die neuen Formen, denen gegenwärtig jede Beobachtung, jede Handlung untertan ist und ohne deren Hilfe es nur Inkohärenz und fast nur noch Ohnmacht geben kann.

Krise des Parlamentarismus? Oder vielmehr der Demokratie? Ebenso wenig. Die Krise ist da, aber nicht etwa weil wir die Freiheit übertrieben hätten, sondern weil die in der Hand des Staates verbliebenen Zweige des öffentlichen Dienstes eine Scheingesetzgebung und Scheinverwaltung mit veralteten Methoden üben, die in Zeiten ausgearbeitet wurden, denen die Wissenschaft, die Großindustrie, die schnellen Verkehrsmittel, endlich der Internationalismus unbekannt waren. Fern davon Partei zu ergreifen, arbeiten wir an dem Kommen eines Staates, der in Harmonie stehen soll mit der Umwälzung, die von der

Wissenschaft in unserem Bewußtsein und auch in unserer Sensibilität vollzogen wurde. Eines wissenschaftlich informierten Staates, der verbündet sein soll mit den ihren Berufen nach gruppierten Bürgern und der von rascher Aktionsfähigkeit sein wird.

Dies ist der neue Staat, den wir brauchen, und sein Heraufkommen wird die Krise lösen.



IN WEITEREN SIEBEN JAHREN

Paul Loebe

Präsident des Deutschen Reichstages

Man kann die „Krise des Parlamentarismus und der Demokratie“, von der jetzt soviel die Rede ist, meiner Meinung nach gar nicht anders betrachten als im Zusammenhang mit der Krise der europäischen Wirtschaft und der geistigen Krise, die sich in der nationalen Jugend durch allerhand Ausschreitungen äußert. Alle diese sogenannten Krisen entspringen dem gemeinschaftlichen Boden der Nachkriegszeit mit der Umkehrung und Veränderung früherer Ordnungsbegriffe. Man kann nicht die erstere geringschätzig als einen Bankerott der parlamentarischen und demokratischen Ideen in die Welt rufen, ohne daß wir klarstellen müßten, wie sich der allgemeine Verfall, den die Verwüstung des Krieges herbeigeführt hat, eben auf vielen Gebieten äußern muß. Zuerst war es die Verwahrlosung der Jugend, über die geklagt wurde, dann der Uebermut der Lohnempfänger und diese ganze Karte schließt vorläufig mit den tiefgründigen Betrachtungen über die Krise des Parlamentarismus.

Was steckt in Wahrheit dahinter? Die unbefriedigenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa haben eine weitere Zersplitterung der Parteien, die Gründung neuer Parteien und auch Verschiebungen und Kämpfe innerhalb der alten Parteien herbeigeführt. In der Tschechoslovakei äußert sich das durch nationalistische Ausbrüche, in Italien durch vor-

übergehende Diktaturmaßnahmen, in Deutschland durch die schwer bestimmbaren Mehrheiten in Reichs- und Landtagen. Mit der Gesundung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage ihrer Bürger werden diese Erscheinungen wieder zurückgehen, sowie sie in den skandinavischen Ländern, wo wir auch einmal Minderheitsregierungen, also Krisen des Parlamentarismus, hatten, zurückgegangen sind. Mit der wirtschaftlichen Gesundung geht immer die politische einher. Das haben wir schon in den letzten sieben Jahren erfahren, und ich zweifle nicht daran, daß in weiteren sieben Jahren die Krise des Parlamentarismus ein vergessenes Schlagwort ist, wie ich hoffe, daß dann die geistige Krise einer verführten Jugend, die sich heute in Anschlägen und Attentatsversuchen in vielen Ländern Europas geäußert hat, vergessen sein wird.



BESSERE ERZIEHUNG DER WÄHLER UND GEWÄHLTEN

Josef Macek

Professor an der tschechischen Handelshochschule in Prag

Eine zweifache Krise erschüttert heute die gesellschaftliche Struktur der zivilisierten Staaten: Eine Krise der politischen Verfassung und eine Krise der wirtschaftlichen Ordnung. Die erste wird als Krise der Demokratie bezeichnet, die zweite als wirtschaftliche Unruhe (industrial unrest). Ist das ein Zufall, daß diese zwei Krisen zusammen kommen, oder besteht zwischen ihnen ein Zusammenhang?

Wenn wir die Krise der heutigen gesellschaftlichen Organisation beurteilen, so lehnen wir die Vermutung ab, daß das Prinzip der Demokratie — die Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk — verfehlt sei. Wir pflegen zu sagen: Das Volk regiert sich schlecht. — Aber das Volk ist unzufrieden, also ist es offensichtlich bestrebt, sich anders zu regieren, aber es vermag das nicht! In Wirklichkeit regiert sich das Volk nicht, sondern es wählt nur die Regierenden, und darin ist ein so großer Unterschied, wie in den Begriffen „sich selbst heilen“ und „sich einen Arzt wählen“. Man sucht den Fehler in den Führern. Warum hat sie das Volk gewählt? Wie kommt es, daß das Volk fast in allen zivilisierten Staaten so oft und massenhaft den Fehler in der Wahl (error in eligendo) begeht? Gibt es da keine anderen, besseren Führer, als die, über welche man sich beklagt?

Wenn es bessere Führer gibt — und das setzen alle Unzufriedenen voraus —, so ist es notwendig, daß das Volk sie zu wählen lernt. Darin besteht, wie es scheint, das Hauptproblem der Demokratie. Es leidet an einer Krise, nicht die Demokratie, sondern nur die schlechte, unfähige, unkompetente Demokratie. Es ist ein unbegreiflicher Irrtum, wenn manche Demokraten annehmen, daß der Staatsbürger bloß durch Erteilung des Stimmrechtes zur Wahl der Gesetzgeber und der obersten Verwaltungsbeamten befähigt wird. Wähler zu sein, ist eine gesellschaftliche Funktion, zu welcher Erziehung und Bildung notwendig sind. Und nicht minder tragisch ist der Irrtum, daß jemand durch bloße Wahl zum fähigen Gesetzgeber wird. — Nichtkompetente Führer in der Demokratie sind ein Beweis für nichtkompetente Wähler.

Die Mehrheit der Wähler hat keinen Begriff von der wahren Natur der Aufgaben, für deren Lösung sie die Abgeordneten wählen. Aber auch die Mehrheit der Kranken versteht nicht die Natur ihrer Krankheit, und doch wählen sie den Arzt vorsichtiger und im großen und ganzen mit besserem Erfolg als ihren Abgeordneten. Wäre es denkbar, daß ein Durchschnittsmensch sich einen Redner zum Arzt wählen würde, der „die Forderungen des Kranken“ recht rührend vortragen könnte, und immer das Versprechen zufügte, daß er dafür bürgt, daß diese Forderungen erfüllt werden, und daß er sein möglichstes tun wird etc. Warum besucht die überwiegende Mehrheit der Kranken heute nicht mehr Beschwörer und Zauberer? Und warum werden so viel Beschwörer ins Parlament gesandt? Die Wahl der Aerzte wird den Kranken heute leichter und sicherer gemacht dank den Schulen, welche die künftigen Aerzte erziehen, prüfen und ihre Qualifikation bezeugen. Diese Methode der Erziehung und Bezeugung

der Qualifikation wird heute weder bei den Wählern, noch bei den Kandidaten praktiziert (selten wird wenigstens die Kenntnis des Lesens und Schreibens gefordert).

Wie sieht unter diesen Umständen das Parlament aus? Es ist dort eine kleine Cruppe von Menschen, die ihre Abgeordnetenfunktion zu erfüllen imstande sind, aber neben ihnen eine große Mehrheit nichtkompetenter Personen, die die Arbeit nur hindern und stören, obzwar gerade diese in ihrer anmaßlichen Dummheit sich manches Recht aneignen, das dem Parlament nicht zukommen sollte. Der letzte Beamte und Angestellter muß vor seinem Eintritt in den öffentlichen Dienst eine gewisse Qualifikation nachweisen, nur die Abgeordneten und Minister nicht. (Es ist wahr, daß manche von ihnen die Qualifikation haben, obzwar sie keine akademischen Titel tragen. Qualifikation darf man nie bloß an Schulzeugnissen messen.)

Die Krise der schlecht organisierten und schlecht funktionierenden Demokratie kann nur durch Erziehung und Bildung der Wähler und durch bessere Qualifikation der Kandidaten dauernd gelöst werden.

In keiner Beziehung tritt die Krise der Demokratie so dringlich hervor, wie bei der Lösung des Problems der „wirtschaftlichen Unruhe“. Unsere Demokratien beginnen in der Wirtschaftspolitik mit denselben Fehlern, mit welchen der Absolutismus begann, als er sich mit Wirtschaftspolitik zu befassen anfang. Heute werden die Irrtümer des Merkantilismus wieder zur herrschenden Doktrin der demokratisch verwalteten Staaten erhoben, und „der Schutz der nationalen Arbeit“ wird durch die demokratischen Parlamente ebenso verkehrt und schädlich durchgeführt, wie sie ihn der „Roi-soleil“ und sein Minister Colbert im XVII. Jahrhundert durchführten. Heute wollen alle Nationen wieder mög-

lichst viel verkaufen und möglichst wenig kaufen. Die demokratischen Abgeordneten und Minister bedenken nicht, daß Verkaufen und Kaufen in wechselseitiger Beziehung stehen und das eine immer auch das andere bedingt. Die seichte Doktrin über die Handelsbilanz feiert ihre Auferstehung und legt die demokratisch regierte Welt ebenso lahm, wie sie einst die absolutistisch beherrschten Königreiche verwüstete. — Die Nationen glauben bis heute, daß das politische und wirtschaftliche Leben einer Kampforganisation bedarf, und daß die Völker „siegen“ und „gewinnen“ müssen. In Wirklichkeit handelt es sich in der Demokratie um die Einführung einer kooperativen Gesellschaftsverfassung, aber nicht mehr um eine anders geartete oder gerichtete Ausbeutung und Bedrückung. Sich zu bereichern, indem man die andern zu Bettlern macht, ist nicht das Wirtschaftsprogramm der Demokratie, wie es kein politisches Programm wäre, demokratisch mit Hilfe der Bajonette zu regieren.

Die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus hat tiefe Wurzeln: sie stecken in der mangelnden Erziehung und der schlechten moralischen Orientierung der „demokratischen“ Wähler und ihrer Repräsentanten. Die Besserung dieser Situation kann nicht eine Reaktion bringen, sondern eine bessere Erziehung der Wähler und der Gewählten. Die demokratischen Staaten bedürfen einer obligatorischen Fortbildungsschule für alle Bürger wenigstens bis zum zwanzigsten Jahre. Keine Verfassungs- und Verwaltungsreformen sind so wichtig wie diese.



GEDANKEN ÜBER DEMOKRATIE UND ELITE

Roberto Michels

Professor an der Universität Basel

Der Weltkrieg ist von drei wesentlichen Geistesrichtungen getragen worden. Die eine derselben wollen wir die eines unbesehenen Patriotismus nennen, der in der Annahme vom Kriege als einer vom Verhängnis gewollten Tatsache, die vom Menschen die absolute Hingabe an die Volks- (oder Staats-, oder Volks- und Staats-) Gemeinschaft auf Gedeih und Verderb ethisch fordern und nötigenfalls machtpolitisch durchsetzen müsse, gipfelte. Diese Kategorie war in beiden Lagern der Kriegführenden vorhanden. Die zweite Kategorie bestand aus bewußten oder unbewußten Imperialisten und Expansionisten, zum Teil aus psychologischer „Raubtier“-Anlage, zum Teil aber aus logischer Folgerung aus der akzeptierten Hypothese eines zwischen den Nationen bestehenden ewigen und unvermeidlichen Kampfes um die politische oder wirtschaftliche Existenz („Futtertrog“), die dann zu einem aggressiven Defensivismus (Präventivismus) weiterführte. Auch diese Kategorie war in beiden Lagern reichlich vertreten. Hinzu trat aber eine dritte Mentalität, die fast ausschließlich Eigentum der Entente-Völker war: der Glaube an die heilbringende Kraft der Demokratie, welche denen, die sie in Staatsordnung und Geistesverfassung besaßen, über die, welche sie nicht besaßen, ein natürliches kulturelles Uebergewicht verschaffte,

und deren Vorhandensein für das Gedeihen Europas von so grundlegender Wichtigkeit sei, daß ihre Einführung überall durchgesetzt werden müsse. Millionen Menschen haben während des Weltkrieges deshalb für demokratische Elemente, wie Freiheit, Verfassung, Selbstbestimmungsrecht, Geld, Zeit und Leben gegeben.

Wenn indes der Weltkrieg unter der Signatur der Demokratie gestanden hat, so ist umgekehrt die Nachkriegszeit wesentlich durch die Kritik an ihm gekennzeichnet. Unerbittlich rütteln heute viele und aberviele Millionen europäischer Menschen an den Grundfesten einer Ordnung, für deren Durchsetzung mit der Weltkrieg (denn wir abstrahieren hier von dem reinnationalen und dem rein-wirtschaftlichen Gedanken) geschlagen worden ist.

Ueber den Anti-Demokratismus der Zentralmächte verlieren wir kein Wort. Er erklärt sich leicht: die hier in Betracht kommenden Völker besitzen nur schwache demokratische Traditionen; überdies empfindet die Mehrzahl von ihnen, zumal die national Denkenden und Gebildeten, per fas aut nefas die ihnen gewordenen demokratischen Einrichtungen als Fremdkörper, wenn nicht gar als ihnen aufgezwungene Kuckuckseier, jedenfalls als Tochter ihrer Niederlage und Zeugen ihrer Schande. Bemerkenswerter und zunächst überraschender ist die Heftigkeit des Sturmlaufes gegen die Demokratie bei den opfervollen Kämpfen für die Demokratie selbst. Wir wollen hier einige Ursachen dafür angeben, soweit es die enggesteckte Zeit und der enggesteckte Raum gestatten, und ohne entschiedene Stellungnahme zu den Endproblemen.

Bei der auch nur summarischen Angabe der Kausalität der demokratischen Krise müssen wir von vornherein alle Akzidentien ausschalten, so außerordentlich stark sie zur Kritik der Demokratie auch beigetragen haben

mögen, nämlich die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit, zu deren Ueberwindung die Demokratie sich als unzureichend erwiesen hat, an denen sich heute aber auch andere Systeme, welche sich an die Stelle der entthronten Göttin gesetzt haben, mit ernstesten Sorgen und ohne absolut sichere Aussicht auf Erfolg quälen.

Die Kritik an der Demokratie ist, historisch genommen, natürlich nicht erst eine Nachkriegerscheinung. Ihre Genesis liegt vielmehr gleichzeitig in der Demokratie selbst. Nur zweierlei ist auffallend: das eben erwähnte, abrupte Auftreten unmittelbar nach dem Kriegsende und die Hochflut demokratischen Sieges und ihre Intensität, das Massenelement in ihr. Denn es ist in gewissem Sinne ein Massensebstmord: Massen setzen sich in Bewegung, um die Massenrechte abzuschaffen.

Unter aristokratischen Gesichtspunkten gesehen, trägt die Demokratie zwar in gewisser Hinsicht bereits ihr Korrektiv in sich. Sie ist kein Antidotum gegen Massenpsychologie. Eher ist sie umgekehrt der Massenpsychologie untertan, der sie sowohl in den Volkswahlen zur Legislative als in dem Functionement der Legislative selbst unterliegt. Die Demokratie ist somit, wie ich in meinem Werk über die Soziologie des Parteiwesens ausgiebig nachzuweisen versucht habe, in keiner Weise gegen Oligarchie gefeit. Da sie eines festen, berufsmäßigen, für das Geschäft der Massensuggestion brauchbaren Führertums bedarf, muß sie eben dessen Suggestionskraft unterliegen. Außerdem hat sie als Apparat, als „Maschine“, Mechanismus und Kompetenzen nötig. Die Führer gelangen ja gerade zum Teil durch diese in ihre Stellungen hinein, zum Teil freilich erwerben sie sie in ihnen oder vertiefen sie doch. Das ergibt eine Erweiterung der Distanz zwi-

schen den Führeroligarchien und den durch die Kämpfe des Berufslebens von politischer Fühlungnahme, Kenntnisbildung und zumal auch vom Erwerb politischer Routine ausgeschlossenen und folglich unberufen bleibenden, auf ihre „berufenen“ Führer angewiesenen Massen.

Die demokratische Führerschaft ist mithin eine Elite. Aber sie ist, in der Demokratie wenigstens, eine bunte Elite, ohne festen Halt in sich (denn die Führer heben den Kampf der Parteien nicht auf, sie führen ihn nur an) und sind, zumal eben vom Staate aus betrachtet, eine Vielheit. Die Eliten vermögen zwar Allianzen, Kartelle mit einander einzugehen, aber sie reißen sich doch um den Staat. Der Begriff Partei (pars, Teil) setzt logisch die Existenz von Gegenpartei (counterparts) voraus.

Der wahre Elite-Gedanke ist dagegen ein anderer.

Der wahre Elite-Gedanke, in allen seinen Verästelungen und seinen schroffen Gegensätzen im Einzelnen von Carlyles Heroworship bis zu Julius Stahl und Heinrich von Treitschke, dann wieder im französischen revolutionären Syndikalismus bei Georges Sorel, in der liberistischen Soziologie des Vilfredo Pareto (Gesetz der circulation des élites), endlich in den Versuchen praktisch orientierter Dogmatik bei den Bolschewiken in Rußland und den Faschisten in Italien — wäre eingehender zusammenfassender Analyse (und historisch-kausaler Synthese) wohl wert und verdiente größere Beachtung, als ihm bisher seitens der Wissenschaft zu Teil geworden ist. Soweit der Elite-Gedanke zeiträumlich sich innerhalb der Demokratie bewegt und sich mit ihm auseinandersetzt, dürfte er auf zwei wesentlich verschiedene Gedanken beruhen:


1. Majorität ist stets Zufall, Herrschaft der Schwar-

chen und Schlappen, der Unbewußten, und daher in letzter Analyse „Vorspiegelung falscher Tatsachen“. Auch in der demokratischen Camouflage sitzt der oligarchische Kern. Es gibt keine „Volks“herrschaft. Die Demokratie ist mithin Legende, unwissenschaftlich, unsittlich, falsch, weil utopisch orientierte Erziehung.

2. Es ist ein politisches Postulat: Herrschen soll der Wille, die kräftigste Vitalität des Einzelnen oder bewußter Minderheiten (Schmitt-Dovotič hat recht, wenn er bemerkt, die Diktatur brauche nicht immer nur Einzeldiktatur zu sein). Aber sie soll offen herrschen, nicht nur auf dem Umweg demokratischer Coulissen und Intrigen, die zu Zickzackkursen, Unsicherheiten, Kompromissen führen, sondern durch monopolistische Uebernahme der Macht. Das mag bei den Sozialisten syndikalistischer Observanz ausgehen von der Elite weltanschaulich, aber auch technisch und ökonomisch homogener Gruppen, wie den revolutionären Gewerkschaften, welche zugleich dynamisch und technisch die nötigen Voraussetzungen zur Eroberung und Erhaltung der Macht (Mythus des Generalstreiks) und immanente produktive Kapazität besitzen, oder aber wie bei den Bolschewiki und, reiner noch, weil ihrer sozialen Zusammensetzung nach, wie ich kürzlich nachgewiesen habe, weniger einheitlich, bei den Faschisten auf der eisernen Basis einer mit heroen-kulturellen Elementen durchsättigten und mit eiserner Disziplin zusammengehaltenen Parteiorganisation geschehen, immer ist die Elite — mit Mosch nicht im Sinne ethischer Auswahl zu verstehen — ihrer Natur nach einheitlich, unduldsam, allein herrschend.

Die antidemokratische, auf bewußtes Minoritätsprinzip eingestellte Elite unterliegt aber nun freilich ihrerseits dem Massenprinzip. Nicht nur dadurch, daß sie nun durch Masse zur Macht kommt und in der Macht

bleibt, also in ihrer praktischen Politik tagtäglich und stundtündlich mit dem Majoritätsprinzip praktisch und es entgegen ihren theoretischen Grundsätzen „umwerben“ muß, sondern auch, weil sie auch da, wo sie Siegerin ist, doch stets vor der Öffentlichkeit als Ausdruck des Volkswillens gelten will und (so stark „sitzt“ doch noch die demokratische Massenempfindung) gelten muß. Daher die Konsens-Theorie (öffentliche Meinung statt öffentlicher Abstimmung), welche gerade bei den antidemokratischen Eliteparteien zur Rechtfertigung ihrer Macht herangezogen wird. Gerade als ob eine wahrhafte Elite den Konsens der Massen bedeute! Und in dieser Antinomie liegt wiederum die Tragik des Antidemokratismus.



DIE DEMOKRATIE EIN ZIEL

P. N. Miljukov

ehemalig. russischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
dzt. Paris

Die Demokratie ist das große Faktum der Gegenwart. Die Demokratie hat jedoch nicht wenige Feinde. Ihre Feinde sind alle diejenigen, die durch die Entwicklung, Verstärkung und Befestigung der Demokratie in die Vergangenheit, aus der es kein Zurück mehr gibt, verdrängt worden sind. Ihre Feinde sind auch diejenigen, die meinen, die Demokratie (die „formelle“ Demokratie — lautet der übliche Zusatz) sei ein Hindernis auf dem Wege zur Zukunft. Beide Phalangen der Feinde der Demokratie unterscheiden sich in ihren Zielen, jedoch gleichen sie einander ziemlich in ihren Methoden. Die einen sehnen sich nach der individuellen Diktatur der Vergangenheit, nach der alten monarchistischen Macht, die gegen das Volk durch den Schein ihrer göttlichen Herkunft gewappnet war. Die anderen streben der Zukunftsdictatur zu, die gegen das Volk durch direkte Organisation der Gewalt und der bewaffneten Macht gewappnet sein wird, ohne dabei auf ein Mäntelchen von demokratischen Grundsätzen ganz zu verzichten. Faschismus, Bonapartismus, Leninismus oder wie diese Diktatur sich sonst nennen mag — sie unterscheidet sich von der Diktatur der Vergangenheit dadurch, daß sie nicht das Werkzeug der adelig-feudalen militärischen Klasse ist. Sie ähnelt

aber der Diktatur der Vergangenheit darin, daß sie eine Machtorganisation der Minderheit ist. In dem einen Falle sind es „130 Tausend Gutsbesitzer-Polizeimeister“, wie Nikolai I. sich ausdrückte und wie Stolypin es später bestätigte. In dem anderen Falle sind es 600.000 „kommunistische Parteimänner“ oder die entsprechende Anzahl von „Schwarzhemden“. Dies ist der „Verwaltungsapparat“, der unter der einen sowie unter der anderen Diktatur die Früchte der Machtergreifung der Minderheit sicherte und sichert.

Sowohl für die eine wie für die andere Kategorie ihrer Feinde ist die Demokratie nur ein Uebergangsmoment im Leben der Nation, — nur ein Uebergangsstadium von der einen Diktatur zur anderen. Die Demokratie will die Mehrheit repräsentieren, sagen sie: aber das ist Schwindel. Die Gewalt ist immer eine Gewalt der organisierten Minderheit, und auch die Demokratie ist nur die Fiktion einer Volksvertretung. In Wirklichkeit ist dies lediglich eine verkappte Form der Ausbeutung der Volksmassen. Sie unterscheidet sich in nichts von der Monarchie, nur will sie die Macht der alten regierenden Klassen unter dem Deckmantel von republikanischen Formen aufrecht erhalten. Sie ist der Kapitalismus, der durch Zugeständnisse an das sozialistische Ideal seine Position retten will. Letzten Endes ist die Demokratie ein vorübergehendes Kompromiß, das unvermeidlich in seine Bestandteile zerfallen und entweder zu vorübergehenden Restaurationen des alten oder zu seiner Ersetzung durch vollständig neue, bisher ungeahnte Formen führen wird. Die Erneuerung der mittelalterlichen Gilden (Zechen), der Aufbau des Staates auf der Sowjethierarchie, vielleicht sonst etwas in dieser Art, — das ist die Zukunft, vielleicht die nächste, in welcher der „Parlamentarismus“ und die „formelle“ Demokratie untergehen werden.

Die Stellung eines russischen Demokraten zu all' diesen historischen Analysen und politischen Prognosen ist eine ganz eigentümliche. Kaum hat der russische Demokrat die alte Diktatur von Gottes Gnaden besiegt, da wurde er selbst von einer Diktatur besiegt, die sich kühn als Diktatur der Zukunft bezeichnet. In den anderen Ländern der zivilisierten Welt gelang es der Demokratie, ein Faktum zu werden, ins Leben einzudringen und eine Reihe eigener Institutionen, die sich nach längerer oder kürzerer Praxis bewährten, zu schaffen. Wenn man hier für die Rückkehr zur Vergangenheit schwärmt, so beruht dies auf der Entfernung von dieser Vergangenheit, die groß genug ist, um eine Idealisierung zu rechtfertigen. Hingegen steht diese Vergangenheit mit allen ihren düsteren und negativen Begleiterscheinungen viel zu frisch im Gedächtnis des russischen Demokraten, um eine Idealisierung zu ermöglichen. Auf der anderen Seite beruht die Sehnsucht nach der Zukunftsdictatur in den Ländern mit einer stabilen demokratischen Ordnung auf den Erfahrungen mit der demokratischen Praxis, auf den erlebten Enttäuschungen, auf den wirklichen Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems. Aber Rußland hat die Wirkung dieses Systems noch nicht erprobt, obwohl Rußland potenziell ein durchaus demokratisches Land ist: es strebt zur Verwirklichung dessen, was die Snobs der demokratischen Länder als einen alten Lappen verwerfen.

In diesen wenigen Zeilen möchte ich nicht die große und komplizierte Frage der Weltkrise der Demokratie aufwerfen. Für mich würde eine derartige Krise, sollte sie eine erwiesene Tatsache sein, der Dämmerung Europas gleichkommen. Ich halte aber diese Tatsache für nicht erwiesen und vor allem verwechsle ich nicht die „Demokratie“ mit dem „Parlamentarismus“ noch

mit einem anderen bestimmten Wahlsystem. Ich bin fest überzeugt, daß der europäischen Demokratie noch ein langes Leben bevorsteht und daß die von ihr durchgemachte „Krise“ dank der technischen Vervollkommnung ihrer Institutionen wenn nicht ganz beseitigt, so doch bedeutend erleichtert und paralysiert worden ist. Was aber Rußland betrifft, so handelt es sich bei mir um keine Vermutungen und Ahnungen: ich sehe und empfinde, daß die demokratische Ordnung ein Stadium ist, welches uns unmittelbar bevorsteht. Daher ist meine ganze Tatkraft den beiden extremen russischen Gesellschaftsflügeln gegenüber — dem Monarchismus und Kommunismus — auf die Beweisführung eingestellt, daß zwischen beiden Diktaturen, der alten, die nimmer wieder kommt, und der neuen, die von sich fälschlich behauptet, sie würde nimmer aufhören, ein vernünftiger Mittelweg vorhanden ist und daß dieser Mittelweg die soziale und politische Demokratie ist. Ich bestimme nicht im voraus, welche Form der Demokratie in meiner Heimat Fuß fassen wird, da auch in den übrigen Ländern Europas (und ich zähle Rußland zu Europa, nicht zu Asien) die Formen der Demokratie nichts weniger als einheitlich sind. Ich gebe mich ebenfalls keinen Täuschungen über die Schwierigkeiten, mit denen die Verwirklichung der Demokratie bei uns verbunden ist, hin. Ich betrachte aber die Demokratie nicht als Mittel, sondern als Ziel an sich. Dieses Ziel ist kein künstliches, sondern ein reales, von den Volksmassen selbst entworfenes. Die Demokratie ist kein „Übergangsstadium“ vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern vielmehr der Höhepunkt, der unter den normalen Bedingungen des menschlichen gemeinschaftlichen Lebens erreicht werden kann. Ich kenne die Krankheiten und dunklen Seiten der Demokratie, ich bin jedoch überzeugt, daß die Demokratie in sich sel-

ber die Mittel zur Bekämpfung ihrer Gebrechen trägt. Und auf die Frage: Welches ist das beste Mittel zur Bekämpfung der „Krise der Demokratie“? antworte ich: Die Demokratie.



REALITÄT UND STARKE FÜHRER

A. P. Newton

Rhodes-Professor an der Universität London

Wenn in ferner Zukunft unvoreingenommene Geschichtsschreiber darangehen werden, die Geschichte dieses ereignisreichen Zeitalters zu schreiben, was werden sie dann wohl als die bedeutsamsten Geschehnisse des Jahres 1925 hervorheben und mit welchen historischen Bewegungen werden sie diese Ereignisse in Zusammenhang bringen? Es kann wohl nur wenig Zweifel darüber bestehen, daß sie die Verhandlungen und den Abschluß der Locarno-Verträge als auffälligstes Zeugnis für die Entwicklung der europäischen Völker in der Richtung zu normalen Friedensbeziehungen bezeichnen werden. Diese weniger klar abhebenden Bewegungen nach wirtschaftlicher Stabilisierung werden ebenso viel Aufmerksamkeit auf sich lenken wie die Wiederherstellung eines gesunden Geldstandards; die Fundierung der verschiedenen Auslandsschulden, und die Wiederausgleichung der finanziellen Lasten werden als bedeutsam für Europas allmähliches Hinübergleiten aus einer Epoche in die andere verzeichnet werden. Werden aber die Historiker der Ideen imstande sein, beachtenswerte Veränderungen in ihrer Sphäre zu finden oder werden sie die Zeit als eine Epoche von verhältnismäßig geringem Interesse mit ein paar Zeilen abtun?

Wer sich mit der Entwicklung von Institutionen befaßt, wird es weniger leicht finden, bedeutsame und scharfmarkierte Stadien in ihrem Gegenstand zu be-

zeichnen als der politische Historiker oder der Volkswirtschaftler. Alles institutionelle Wachstum geht langsam vor sich, denn es ist von stufenweisen Veränderungen in dem Strome der politischen Ideen abhängig und ein einziges Jahr ist eine viel zu kurze Zeit, um sichtbar zu machen, was geschieht. Die Merkmale des Ueberganges von einem Ideentypus zum andern sind nur erkennbar, wenn sie die Herrschaft über einen beträchtlichen Zeitraum ausüben und es ist immer schwierig, sie klar zu definieren und zu bezeichnen. Aber die Perioden des Wiederaufbaues nach zerstörenden Kriegen pflegten in der Vergangenheit stets durch rapidere Veränderungen in der Richtung des politischen Denkens gekennzeichnet zu sein, die sich manchenmal mehr noch bei den Besiegten als bei den Siegern bemerkbar machten. Wenn beide Seiten in gleichem Maße durch den Konflikt stark gelitten und beide alle Anstrengungen zu machen haben, um die Verwüstungen des Krieges gutzumachen, dann gibt es geringe Unterschiede zwischen beiden; ihre politischen Denker werden dazu getrieben, ihre Lieblingsideen mit den Wurzeln herauszureißen und auf Fehler zu untersuchen, die das Uebel verursacht haben, dem ihre Nation eben erst mit Mühe entronnen ist.

Den Kriegen der revolutionären und der napoleonischen Periode folgte ein Konflikt auf dem ideellen Gebiete zwischen den Bewunderern der parlamentarischen Demokratie nach dem Muster der britischen Konstitution und jenen, die behaupteten, daß Ordnung und eine gute Regierung nur durch solche Herrscher gewährleistet werden könnten, deren Rechte auf einer stabileren Grundlage als der schwankenden Volksstimme aufgebaut wären. Dieser Kampf füllte die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts aus und allmählich bahnten sich die Ideen des liberalen Parlamentarismus

den Weg überall hin mit Ausnahme von Mitteleuropa und Rußland. Die parlamentarischen Verfassungen wurden offensichtlich nach englischem Muster eingeführt, in der Tat aber nur aus zweiter Hand den Franzosen abgesehen. Die Regierungsmacht liegt in den Händen der Minister, die solange im Amte bleiben, als sie über das Vertrauen und die Stimmen einer Mehrheit von Abgeordneten in der Abgeordnetenkammer des Parlaments verfügen. Wenn es ihnen mißlingt, sich dieses Vertrauen zu erhalten, dann müssen sie zurücktreten und einem neuen Ministerium Platz machen. Dieses wesentlichste Moment des Systems hat sich stufenweise in England im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts herausgebildet und in der darauffolgenden Periode erweiterte es sich um ungeschriebene Konventionen, die festlegten, daß die Minister nicht nur der Abgeordnetenkammer, sondern der Wählerschaft als solcher genehm und von ihr akzeptiert sein mußten. In nahezu allen kontinentalen Verfassungen wird, wenn ein Ministerium unterlegen ist, die neue Mehrheit für das Ministerium in der bestehenden gesetzgebenden Körperschaft durch eine Umgruppierung der Parteien gesucht. In Großbritannien und den Dominions des britischen Reiches jedoch war dies nur selten der Fall. Die Niederlage eines Ministeriums oder eine merkliche Aenderung in der öffentlichen Meinung waren stets von der Auflösung des Parlaments und allgemeinen Neuwahlen gefolgt. Nur wenn die Minister an der Wahlurne geschlagen werden, treten sie zurück und übergeben die Regierungsmacht einem neuen Kabinett, das über die Mehrheit der neugewählten Volksvertreter verfügt. Dieses Mittel der Parlamentsauflösung hat während des vergangenen Jahrhunderts die parlamentarischen Regierungen in Großbritannien zu einem biegsameren Instrument gemacht und zu einer engeren An-

näherung an die Demokratie als in jenen Ländern geführt, wo ihre gesetzgebende Körperschaft oder Kammer für eine praktisch unabänderliche Reihe von Jahren gewählt wird und wo die Minister ihre Majorität durch Versöhnung ewig wechselnder Abgeordnetengruppen suchen müssen. Diese Aufgabe der Versöhnung hat im allgemeinen die Minister der Macht beraubt, mutig Entscheidungen zu fällen und hat sie zu Opfern von Intriguen und Egoisten gemacht.

Nun, da die Verheerungen des Krieges und seine Nachwirkungen die Nationen dazu gebracht haben, nach dem Maß des Erfolges zu fragen, den ihre politischen Institutionen in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse erzielt haben, ist das parlamentarische System zum Zielpunkt aller Angriffe geworden. In Großbritannien und seinen Dominions, sowie in ein paar nordeuropäischen Ländern hat es vollen Beifall gefunden als wahrhaft demokratische Institution, die es ermöglicht, den Willen des Volkes zu verwirklichen. Alle Angriffe, die auf die parlamentarischen Institutionen unternommen wurden, waren entbehrlich, denn in Großbritannien stimmen alle Parteien darin überein, dass sie nur die Majorität der Wählerschaft zufriedenzustellen brauchen, um an die Macht zu kommen. Das Labour-Kabinett ist nicht zurückgetreten nach der Niederlage, die es im Jahre 1924 im Unterhause erlitt, sondern erst, da es in den allgemeinen Wahlen, durch die es eingesetzt worden war, unterlag.

In Rußland, wo die parlamentarischen Institutionen dem Gestern angehören und wo sie inmitten der ersten Atemzüge der Revolution verschwanden, ohne daß ihnen jemand nachgeweiht hätte, haben die neuen Herrscher dem System wenig Beachtung geschenkt, sie haben sich aber gegen die Demokratie in allen ihren Formen gewendet, sodaß ihre politischen Doktrinen bei

den westlichen Völkern wenig Anklang fanden. Die heftigsten Vorstöße in der Sache des Parlamentarismus wurden wohl innerhalb der lateinischen Nationen unternommen. Sie hatten ihre Konstitutionen in den enthusiastischen Tagen des Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts akzeptiert, hatten aber bittere Enttäuschungen inmitten der Intriguen ihrer Politiker und der unaufhörlichen Balgereien unersättlicher Stellenjäger erlebt. Daß Mussolini zur Macht gelangte, geschah durch eine Erhebung des Volkswillens, der diese parlamentarischen Zänkereien mit einem Schlage durchschnitt und die streitenden Parteien beiseiteschob. Die Herrschaft des Duce hat es dem Parlament überlassen, eine einigermaßen impotente Existenz zu fristen und es sind Wahlmethoden eingeführt worden, die eine Wahlmehrheit für die Mitglieder der richtigen faszistischen Färbung sichern. Aber demokratische Institutionen haben im Italien von Heute wenig reales Leben, sie sind von einer Regierung ersetzt worden, die viel eher von den Präzidenten der mittelalterlichen Städte Italiens als von dem parlamentarischen Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts abstammt. Diese Regierung wird durch Methoden an der Macht erhalten, die oftmals außerhalb des Gesetzes stehen, aber sie haben die Zustimmung der gesamten Bevölkerung gefunden, weil sie Ordnung und eine starke Führerhand gebracht haben.

Die Absetzung der parlamentarischen Institution in Spanien wurde durch ein militärisches Direktorium durchgeführt und die Nation als Ganzes schien diese Veränderung willkommen zu heißen. Die Irrealität der spanischen Politik und der Mangel, die laufenden Probleme zu erfassen, haben die rapid aufeinanderfolgenden Ministerien davon entfernt, in irgendeiner Weise tatsächlich von dem Willen des Volkes abzuhängen und haben ihre parlamentarische Demokratie zu einem

Trugbild gestaltet. Von diesem Trugbild hat sich das spanische Volk einer autokratischen Regierung zugewendet, die zwar außerhalb der Verfassung steht, die aber imstande war, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Das Direktorium hat kürzlich an Stelle der zuerst militärischen Formen bürgerliche Einrichtungen gesetzt, aber es besteht wenig Wahrscheinlichkeit für eine Rückkehr zu voller parlamentarischer Regierung. In Portugal und Griechenland sind Ministerien, die ihre Macht auf die Majorität der gewählten gesetzgebenden Körperschaften stützten, durch revolutionäre Regierungen verdrängt worden, die auf militärischer Gewalt aufgebaut sind und der Parlamentarismus erscheint praktisch abgeschafft. Selbst in Frankreich wird ernsthaft angedeutet, daß die Nation von ihren Schwierigkeiten nur dadurch befreit werden kann, wenn das Parlament von einem mit diktatorischer Macht ausgestatteten Komitee für die öffentliche Sicherheit ersetzt wird.

Kann darum gesagt werden, daß die parlamentarische Demokratie fehlgeschlagen ist und durch irgendeine neue Regierungsform ersetzt werden muß? Es würde scheinen, daß die Antwort lauten müsse, dies sei nicht der Fall. Mißerfolg hat sich dort eingestellt, wo die parlamentarischen Institutionen nicht in engem Kontakt mit der öffentlichen Meinung standen. Die Völker fordern Realität und starke Führerschaft in ihren Schwierigkeiten und wo die parlamentarische Demokratie diese bieten kann, besitzt sie feste Grundlagen. Wo sie versagt oder wo sie bloßer Vorwand ist, um die Intriguen der Politiker zu vertuschen, dort wird sie abgeschafft oder verdrängt zugunsten einfacherer und direkterer Regierungsformen.



DAS RECHT DER SACHKENNTNIS

J. Oestrup

Professor an der Universität Kopenhagen

Die Welt, sagte Dr. Martin Luther, wird von Gott regiert durch Helden und fürtreffliche Leute.

Dieser alte Satz bewährt sich immer noch in der Geschichte. Glückliche sind die Länder, wo solche Persönlichkeiten im rechten Augenblicke da sind! Wo aber weder Helden noch fürtreffliche Leute vorrätig sind, entwickeln sich die politischen Formationen in schiefer Richtung: Parlamentarismus wird Parteiwirtschaft und Demokratie wird Demagogie. Denn die verschiedenen politischen Formen sind ja nur die Rahmen, innerhalb welcher die Persönlichkeiten den Inhalt, den wahren Kern bilden; wenn aber das Salz der Persönlichkeiten fehlt, womit soll dann gesalzen werden?

Die Begebenheiten während des Weltkrieges und nach dem Kriege sind meistens größer gewesen als die Menschen, die sich daran beteiligten. In dieser Tatsache liegt wohl größtenteils die Erklärung der Zerfahrenheit, welche jetzt für viele Länder in Europa charakteristisch ist. In der langen Friedensperiode vor dem Kriege wurde so lange an der furchtbaren Zerstörungsmaschine laboriert, daß, als endlich der Krach kam und die aufgespeicherten dämonischen Kräfte sich entfachten, die Menschen, die Schöpfer der Maschine, wie Goethes Zauberlehrling so ziemlich ratlos dastanden; von den tausenden Rädern ergriffen, wurden sie hilflos

hin und her geschleudert. Die alten Systeme zerbrachen, und es war eben keine Zeit neue zu schaffen.

Verhältnismäßig klar ist die Situation in Rußland, was vielleicht für einige überraschend klingt. Der Bolschewismus ist kein politisches System, sondern eine Religion, und darin liegt der Schlüssel zum Verständnis: Hier ist eine neue Lehre entstanden, wie die Menschen schon auf irdischem Boden glücklich werden sollen, und Lenin ist schon im Begriff, der Buddha dieser Religion zu werden. Wo aber von Religion und nicht von Politik die Rede ist, reicht der Maßstab der gewöhnlichen Vernunft nicht länger hin.

Indem Rußland aus dem Bereiche unserer Beobachtung und Beurteilung ausscheidet, bleibt das übrige Europa. Am kläglichsten hat sich die Demokratie in Deutschland entwickelt. Hier kam sie eben nicht durch eigene Kraft empor; als das alte System durch äußere Kräfte fiel, entstand ein Vacuum, ein leerer Raum, wo die Demokratie sich einrichtete; was man aber besitzen will, muß man erwerben, und die deutsche Demokratie hat durch eigene Kraft nichts erworben.

In vielen Ländern gibt sich der Ueberdruß des Volkes der parlamentarischen Demokratie gegenüber in einer Erstarkung des Konservatismus Ausdruck. Ob dieser neubelebte Konservatismus sich dauerhafte Formen schaffen kann, wird die Zukunft lehren. Die Diktatur als Ablösung des parlamentarischen Systems darf man wohl nur als vorübergehende Erscheinung betrachten; wahrscheinlich wird man in den meisten Fällen durch glimpflichere Formen die Fehler des Parlamentarismus zu entfernen suchen. Sein Hauptübel ist das Kompromiß als beinahe unvermeidliches Ergebnis der Zusammenarbeit oder viel mehr des Gegeneinanderarbeitens der Parteien; denn das Kompromiß

bedeutet meistens Aufopferung oder Verstümmelung der Sachkenntnis.

Dieser Sachkenntnis ihr Recht zu verschaffen bei den Erwägungen und Abstimmungen der gesetzgebenden Körper, das eben wird die Hauptaufgabe der politischen Systematiker der Zukunft sein. Man könnte sich eine Verfassung denken, wo die Gesetzentwürfe in beratenden Komitees Sachverständiger vorbereitet würden, und die eigentliche Volksvertretung nur das Recht anzunehmen oder zu verwerfen hätte, aber keine Änderungen vornehmen dürfte.

Wie auch immer die Entwicklung sich gestalten wird, das eine steht fest: Alle Verfassungen bleiben immer Formen und die lebenden Persönlichkeiten bilden den Inhalt, ohne welchen alle Formen schal und bedeutungslos bleiben.



DIE ZENTRALISATION DES STAATES MUSS FALLEN!

Franz Oppenheimer

Professor an der Universität Frankfurt a. M.

„Wer weiß, erleb ich noch die neue Welt,
Ob sie dem fränkischen Edelblut gefällt?“, —

so läßt Konrad Ferdinand Meyer seinen Hutten sprechen. Was ihm damals als das Ideal erschien, war die Freiheit von päpstlicher Bevormundung, Aufklärung, vielleicht auch schon eine erste flüchtige Ahnung von Volks-Selbstverwaltung: wir sagen heute Demokratie. Möglicherweise hat Meyer, der ja oft aus dem Munde seines Helden eigene Gedanken ausspricht, für die Huttenzeit kaum schon reif gewesen ist, schon selber solche Zweifel an der inzwischen scheinbar vollendeten Demokratie gehabt, als er jene resignierten Verse niederschrieb. Darüber ist nun wieder mehr als ein Menschenalter hingegangen, und man kann heute, wenn vielleicht noch nicht von einem Bankrott, so doch sicherlich von einer schweren Krise der politischen Demokratie sprechen. Nicht nur die Gewaltpolitiker aller Welt treiben zu dem Faschismus, den Mussolini in Italien und Primo de Rivera in Spanien bereits an die Stelle des sogenannten verfassungsmäßigen Staates gesetzt haben; die sozialdemokratische Partei hat jetzt eben einen Mann wie Leonard Nelson, den man nicht mit Unrecht als den „Platon des Sozialismus“ bezeichnet hat, aus ihren Reihen ausgeschlossen, weil er sich mit einer Respektlosigkeit über De-

mokratie und Parlamentarismus ausgesprochen hatte, die nicht zu dulden war. Und Nelson ist strengster Kantianer, Verfechter des rigorosesten Rechtsstaates in seinem allerschönsten und reinsten Sinne! Man sieht also, daß die beiden „praktischen“ Wissenschaften vom Staate: die Realpolitik auf der einen Seite und die philosophische Politik auf der anderen in ihrem Verdammungsurteil übereinstimmen.

Und die öffentliche Meinung, soweit sie sich uninteressiert äußern und kundgeben kann, denkt offenbar nicht so sehr viel größer von der Institution und ihrer Verfassung. Selbstverständlich will man keinesfalls zurück zum absolutistischen oder feudalistischen Staatswesen; selbstverständlich will man auf die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz keinesfalls wieder verzichten; aber zufrieden ist niemand. Das geht am klarsten daraus hervor, daß in den Ländern der wirklich durchgeführten politischen Demokratie, Frankreich und den Vereinigten Staaten (England ist ein Feudalstaat mit demokratischer Fassade), der berufsmäßige Politiker bis zum Beweise des Gegenteils für einen Nichtgentleman, und die Politik im allgemeinen als ein beträchtlich schmutziges Handwerk gilt. Zahlreiche Erscheinungen der letzten Periode Deutschlands, seitdem es die politische Demokratie wirklich erreicht hat, deuten daraufhin, daß auch bei uns sich in einiger Zeit eine ähnliche Einstellung gegenüber den Berufspolitikern und der Politik herausbilden könnte. Jedenfalls finden sich entfernt nicht mehr in dem Maße wie früher Männer, die höchste geistige Bildung mit unzweifelhafter Charakterfestigkeit verbinden, bereit, in die Parlamente einzutreten. Soweit wir sehen können, liegen die Dinge in den neu entstandenen Staaten Osteuropas nicht wesentlich günstiger. Der durchschnittliche Parlamentarier ist heutzutage nur noch mit

seltenen Ausnahmen ein Mann von eigenem Wuchs und eigenen Anschauungen, sondern ein Angestellter, sei es der kapitalistischen, sei es der ihnen entgegengesetzten proletarischen Verbände: ein Handelskammersyndikus oder Gewerkschaftssekretär; und die beiden Klassen von Menschen, die Auguste Comte als die Verderber aller Politik und Wirtschaft, als die echten Vertreter des „metaphysischen Zeitalters“, am grimmigsten haßte, die Journalisten und Advokaten, stellen ein Kontingent, das weit über ihre Zahl und noch mehr über ihre geistige Bedeutung hinausgeht, wenn es auch leider dem von ihnen ausgeübten Einfluß entspricht: Politik ist zum Geschäft geworden, und die Prinzipien dieses Geschäftes entsprechen ungefähr denen aller anderen. Man weiß, daß sie sich in dem letzten Jahrhundert nicht gerade gebessert haben: der Mammonismus hat sie aufs stärkste beeinflußt.

Indem wir Comte zitierten, haben wir bereits den Finger auf den Springpunkt der Erklärung gelegt. Er zuerst hat, im Gefolge seines größeren Meisters Saint-Simon, des Begründers sowohl der neuzeitlichen Soziologie, wie des neuzeitlichen Sozialismus, das metaphysische Zeitalter als einen krisenhaften Übergang vom theologischen zum positiven Zeitalter, hat, mit anderen Worten, die ganze Periode seit Beginn der Neuzeit, daß heißt seit dem Auftreten des Drillingsgeschwisters: moderner absoluter Nationalstaat, Kapitalismus und Nationalismus, als eine Krisis begriffen. Wem das, angesichts der Länge des Zeitraums — der Beginn ist auf das Ende des XIV. Jahrhunderts anzusetzen — für eine pathologische Erscheinung allzulange dünkt, mag bedenken, daß eine Generation im Leben der Völker gleich etwa einem Tage im Leben der Individuen zählt: denn es braucht immer eine neue Generation, um einen noch so kleinen gedanklichen Fort-

schritt anzunehmen. Und so wäre denn diese Krisis nur ungefähr 18 Menschheitstage alt, und das ist im weltgeschichtlichen Aspekt eine wohl zu rechtfertigende Annahme.

Wenige Menschen wissen, daß der zentralisierte Staat so jung ist. Was ihm voranging, war eine lockere Verbindung von Ländern, Landschaften und Gauen, deren jedes sein eigenes Leben lebte, eine eigene „Gemeinschaft“ darstellte und eine eigene Kultur entwickelte, die freilich mit der Kultur der größeren Verbände in enger organischer Verbindung stand. Ehe der Kapitalismus aufkam, war das ein überaus befriedigender Zustand, dessen Reste wir heute noch neidisch in der wunderbaren Kunst jener Periode bewundern. Trotz aller feudalen Fehden und Ausschreitungen bestand doch ein ziemlich vollkommener „Consensus“ des ganzen Komplexes, das will sagen: ein wenig gestörtes Zusammenspiel aller Organe und Funktionen, politisch, wirtschaftlich und sozial. Die Kluft zwischen den Ständen war nicht sehr tief eingerissen, die einzelnen Glieder politisch im wesentlichen Herren ihrer selbst, wenig von den machtlosen Zentralbehörden reglementiert und kontrolliert, und die wirtschaftliche Allgemeinlage war die einer uns heute als unmöglich erscheinenden Gleichheit der Vermögen und Einkommen. Solange dieser Consensus bestand, trug er unerschütterter seinen ideologischen Oberbau, den Katholizismus.

Leider konnte dieser Zustand nicht von ewiger Dauer sein. Das Gemeinwesen trug von seinem Anbeginn an in sich den Keim der schweren Krankheit, an der wir noch heute leiden. Die Krisis ist im allgemeinen die Krisis des Staates überhaupt und im besonderen die Krisis des zentralistischen Staates der Neuzeit.

Ich habe diese Dinge in meinem soeben erschienenen

Werke „Der Staat“, dem zweiten Bande meines Systems der Soziologie, in großer Ausführlichkeit dargestellt. Hier nur in aller Kürze das Folgende:

Wir müssen in der Urzeit sorgfältig unterscheiden zwischen den innerstammlichen Beziehungen der Mitglieder der gleichen Horde oder des gleichen Stammes auf der einen Seite, und den zwischenstammlichen Beziehungen zwischen den Horden und ihren Mitgliedern untereinander. Innerhalb der Horden usw. herrscht durchaus Recht, Gerechtigkeit und brüderliche Hilfe: sie sind das, was Ferdinand Tönnies als „Gemeinschaft“ bezeichnet. Zwischen den Verbänden aber besteht zwar nicht die „absolute Feindseligkeit“, die Epikur, Hobbes und ihnen folgend heute Ratzenhofer annehmen, wohl aber ein Zustand der Rechtlosigkeit, in dem Sinne, daß der Ungenosse kein Recht, daß man ihm gegenüber keine Pflicht hat. Aus diesem Nebeneinander der Gemeinschaften wird nach dem „Zeitalter der Wanderung und Eroberung“ ein Miteinander. Der Staat entsteht durch Unterwerfung einer Gruppe durch die andere, als eine Rechtsinstitution, der besiegten Gruppe einseitig aufgezwungen zu dem zunächst einzigen Zwecke, die Besiegten zu Gunsten der Sieger so hoch und so dauernd wie möglich zu besteuern. Der Staat ist seiner Essenz nach ein Klassenstaat. Mit seiner Entstehung tritt die Sünde in die Welt: jetzt sind auch die Untertanen zu Genossen einer größeren Gruppe geworden, die sich den Außenstehenden gegenüber als Einheit empfindet; jetzt sollte man ihnen das Recht der Gerechtigkeit, der Gleichheit geben, aber man tut es nicht. Und dieses Gift der Ungerechtigkeit gärt im Supraorganismus, macht ihn zur „Gesellschaft“ im Sinne von Tönnies.

Nach Abschluß der wilden, Menschen und Güter zerstörenden, primitiven Feudalzeit entwickelt sich in

Nordeuropa überall jener erfreuliche Zustand des Consensus, den wir soeben geschildert haben. Das Gift ist sozusagen eine Zeitlang neutralisiert. Aber es hat in Gestalt der Ständescheidung und des Großeigentums an Grund und Boden dauernde Institutionen geschaffen, die von dem Augenblicke an ernste und immer ernstere Symptome schwerer Krankheit hervorbringen, wo mit der geldwirtschaftlichen Produktion von Waren für einen Markt der Kapitalismus beginnt. Das ist, wie gesagt, gegen Ende des 14. Jahrhunderts der Fall. Von da an tritt an die Stelle des Consensus der Dissensus; der kapitalistisch entartete Feudalismus führt zu immer schwererer Zersetzung der Gemeinschaft, und in den folgenden Kämpfen werden sozusagen alle ihre Knochen zerbrochen. Es gibt nur eine Möglichkeit der Heilung: ein sozusagen Gipsverband in der Gestalt des absoluten zentralistischen Staates, der alle lokalen Unterschiede niederpflügt und das Ideal der Gerechtigkeit, der Gleichheit, zwar noch sehr unvollkommen, aber doch immerhin insoweit verwirklicht, daß die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetze zum formalen Rechte wird.

Aber — einen Gipsverband muß man abnehmen, wenn die Knochen zusammengeheilt sind. Der starre Verband wird zu einem immer unerträglicheren Hemmnis der Entwicklung, und der absolute Staat fällt, um dem Staate der Demokratie und des Parlamentarismus Raum zu geben. Aber damit ist die Revolution, die die Krisis beendigen muß, soll Europa nicht zugrunde gehen, noch längst nicht vollendet. Zwei Dinge sind noch zu leisten. Das erste ist folgendes: Von jenen zwei Institutionen, die der Staat bei seinem Werden schuf, ist erst die eine durch die bürgerliche Révolution abgebaut, die Ständescheidung. Geblieben ist noch die zweite, das große Grundeigentum, und ich habe zeigen können, daß der Kapitalismus mit ihm steht und fällt.

Aber das gehört nicht hierher. Wohl aber gehört das zweite hierher, was noch zu leisten ist: die Zentralisation des Staates muß fallen!

Unter Staatstheoretikern und Staatsphilosophen, die den Pulsschlag der Zeit zu fühlen verstehen, besteht heute kaum noch ein Zweifel darüber, daß alle die politischen Wirren unserer Zeit nichts sind als die Wehen, unter denen der zentralistische Staat, der unmittelbare Nachkomme des Absolutismus, den föderalistischen Staat gebären will. So sehen es Männer, wie Hobhouse, wie Harold Laski, und so sah es schon vor einem halben Jahrhundert der große Denker, den Marx so lange überstrahlt hat, und der heute als Stern erster Größe mit eben der Sonnenhelligkeit aufsteigt, wie der Stern erster Größe Marx sich dem Horizonte zuneigt: Proudhon.

Der Föderalismus, das ist eine Ordnung der Gesellschaft, in der alle Macht, alle Souveränität, an der Basis der Pyramide liegt: in den lokalen Gruppen und in den Berufsverbänden. Der Gildensozialismus ahnt etwas davon. Ueber dieser machtstrotzenden Basis baut sich ein System von Organisationen und Behörden auf, die ein immer größeres Gebiet mit immer geringerer Machtvollkommenheit zu übersehen und mit all den Dingen zu versorgen haben, die über den Interessenkreis der kleineren Gruppen hinausreichen. Ganz oben stehen Zentralbehörden, zunächst wahrscheinlich nationale, dann übernationale, zuerst der Vereinigten Staaten Europas, dann vielleicht der Welt, deren Kompetenzen kaum noch größer sind, als die etwa der internationalen geodätischen Kommission: beamtete Sachverständige, die von unten her ganz bestimmte Aufträge erhalten und nur innerhalb des Rahmens dieser ihrer Aufträge eine gewisse Macht der Kontrolle und des weiteren Einflusses besitzen.

Erst hier wird die Demokratie, wenn sie in der wahren Bedeutung ihres Wortes gefasst wird: als die Selbstregierung und Selbstverwaltung des Volkes, Wahrheit werden. Hier ist der Druck des zentralisierten Staates mit seiner Macht verschwunden — und damit hört die Politik auf, das eintragsreiche und nicht sehr saubere Geschäft berufsmäßiger Fachmänner zu sein, und wird Mitregierung jedes einzelnen Bürgers an allen den Dingen, die seine Interessen angehen.

Es ist im Rahmen dieser Skizze unmöglich, zu zeigen, wie mit dieser notwendigen, segensreichen und dicht vor unserer Türe stehenden Umwälzung auch alle die übrigen Schäden unserer Politik auf ein Nichts zusammenschrumpfen, unter denen wir heute leiden. Wir haben im Schlußkapitel unseres „Staats“ zeigen können, daß das Problem des internationalen Freihandels, das der nationalen Minderheiten, das der Abrüstung, daß die Schwierigkeiten eines übernationalen Verbandes hier schlechthin nicht mehr existieren. So z. B. wird die Frage, ob ein solcher Verband als Bundesstaat oder Staatenbund bestehen wird, hier geradezu sinnlos: denn es handelt sich bei dieser Frage darum, wer die oberste Souveränität haben soll, und diese hat im Föderalismus eben nicht die Spitze, sondern die liegt unangreifbar und unerschütterlich an der Basis. Ebenso verliert die große Frage hier ihre Bedeutung, wie man den übermenschlich weisen, gerechten und gütigen Regierenden soll finden können, der als Repräsentant des reinen Rechtes herrscht: hier ist die Selbstregierung auf so unzählige kleinste Kreise verteilt, und hier sind die Möglichkeiten ihres Mißbrauchs so unendlich beschränkt, daß die Frage gleichfalls ihren Sinn verliert. Und sogar das letzte aller Probleme, das Simmel mit so großer Liebe herausgearbeitet hat: das des Verhältnisses von Staat und Individualität, verliert hier alle

seine Schrecken. Hier lebt der Mensch in einer kleinen, leicht übersehbaren, durch keine Klassenscheidung mehr zerspalteten, durch keine groben wirtschaftlichen Verschiedenheiten mehr zerklüfteten Gemeinschaft; und hier wird sich gerade die überlegene, „suprasoziale“ Persönlichkeit ohne jede Schwierigkeit durchsetzen, die heute von den gierigen, ellenbogenstarken, rücksichtslosen Geschäftsdemagogen zur Seite gedrängt wird, wenn sie nicht schon von vorherein viel zu vornehm ist, um sich in dieses ekle Drängen um die Futterkrippe hineinzubegeben.

Das ist unsere Zukunft — wenn wir überhaupt noch eine Zukunft haben. Man kann es auch folgendermaßen ausdrücken: es hat bisher noch niemals eine Demokratie gegeben (wie es, nebenbei gesagt, auch noch niemals eine freie Konkurrenz gegeben hat). Demokratie unter den Verhältnissen krasser Klassenscheidung, krasser Verschiedenheiten des Einkommens und Vermögens, ist Pseudodemokratie, und der ganze „Konstitutionalismus“ des sogenannten Verfassungsstaates von heute ist nichts Besseres als ein auf Stelzen gestellter Kompromiß zwischen Feudalismus und wirklicher Freiheit. Erst mit dem Abbau der letzten feudalen Institution, des großen Grundeigentums, und seines sekundären Triebes, des Kapitalismus, werden wir wirklich freie Konkurrenz, und als ihre Folge wirkliche rationale Gleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Lage, und werden wir wirkliche Demokratie haben. Und diese wird kein Faschismus mehr anzugreifen die Kraft oder auch nur den Mut besitzen.



DER PARLAMENTARISMUS UND DER VERTRAG VON LOCARNO

Paul Painlevé
Kriegsminister, Paris

Krise des Parlamentarismus? Was will das besagen? Zuerst muß man sich über das Wort „Parlamentarismus“ klar werden.

Das Parlament ist eine Versammlung, die die Nation repräsentiert. Das Parlament ist gewählt und faßt unter der Kontrolle der Presse und der öffentlichen Meinung seine Entschlüsse. Das ist das System.

Vor dem Kriege wies ein glänzender französischer Schriftsteller darauf hin, daß unser Parlament nichts mehr fürchte als den Sieg, weil es angesichts einer siegreichen Armee keine Dauer haben könne. Die Folge hat gezeigt, was diese Voraussage eines Anti-Parlamentariers für einen Wert hatte.

Heute: jedes Parlament schlägt sich mit großen Schwierigkeiten herum. Die Gegner des parlamentarischen Regimes ziehen daraus Argumente gegen den „Parlamentarismus“. Allein ihre Sophismen könnten nicht einmal ein Kind in die Irre führen.

Jedes politische System hat seine Unzulänglichkeiten. Das parlamentarische hat die seinen. Allein schließlich muß man doch zwischen Autokratie und Demokratie wählen, zwischen einem Regime der freien Diskussion und einer Diktatur.

Wir sind für das Regime der freien Diskussion ohne Rücksicht auf das dabei entstehende Risiko. Die Nation

macht ihre Lehrjahre durch. Sie macht ihre Erfahrungen. Harte Erfahrungen. Strenge Erziehung. Mit der Zeit reift die Frucht.

Wir haben soeben eine gepflückt.

Nach fünf Jahren einer langen Krise beginnt Europa endlich eine neue Politik, eine Politik des offenen Tages, ein Gleichgewicht, das auf weithin proklamierten Grundlagen ruht, auf der Unterwerfung unter die Prüfung des Völkerbundes, dem endlich die allgemeine Anerkennung zuteil wird.

Eine Krise des Parlamentarismus! Allein, mir genügte es, den Akt der Unterzeichnung der Verträge von Locarno in den Salons des „Foreign office“ zu betrachten, um eher Stolz als Befürchtungen zu empfinden.

Welcher Vertrag wurde je vor aller Augen unterzeichnet? Und doch sind die Außenminister der sechs Nationen, die sich um den Tisch drängten, die Erwählten der betreffenden Völker, die Vertreter des parlamentarischen Regimes.

Der demokratische Geist hat die französische Republik von 1871 bis 1914 durch eine Reihe von Hindernissen und verschiedenen Gefahren hindurchgeführt. Der demokratische Geist wird es dem parlamentarischen Regime ermöglichen, noch viele andere Krisen zu ertragen und zu lösen.

Allein, vergessen wir nicht das Wort des Präsidenten Masaryk: Die Demokratie ist nicht etwas Naturgegebenes. Man erreicht sie nur durch Arbeit und Anstrengung.



GROSSBRITANNIENS ERFAHRUNGEN

The Right Hon. *Lord Parmoor*
ehemals Lordpräsident des Privy Council, London

„Ich erachte eine parlamentarische Regierung, sofern sie durch wirksame Wahlmethoden gestützt ist, welche die Gleichheit der Vertretung der verschiedenen Interessenklassen gewährleistet, als die einzige Sicherung und Garantie der Stabilität demokratischer Institutionen. Wenn ich den Ausdruck Demokratie anwende, tue ich dies nicht in einem beschränkten Sinne, als Bezeichnung eines besonderen Teiles der Allgemeinheit, sondern als Bezeichnung der Allgemeinheit als Ganzes. Der Einfluß der gesamten Allgemeinheit, in der sowohl Mehrheit als auch Minderheit richtig verwertet sind, ist der richtige Weg, um partikularistischen Extravaganzen Einhalt zu gebieten. Mit anderen Worten, der wahre Weg zur Eindämmung partikularistischer demokratischer Extravaganzen ist in dem Einflusse aller Sektionen eines adäquaten Systems parlamentarischer Regierungen zu finden.

Großbritannien befindet sich in einer außerordentlichen Lage, da seine Erfahrungen hinsichtlich parlamentarischer Institutionen, die mehr als 800 Jahre alt sind, sich durch eine allmähliche Erweiterung der Privilegien von Zeit zu Zeit stabilisierten, bis sie in der Substanz zum allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen geführt haben.

Ich blicke ohne Befürchtungen in die Zukunft. Bei einer tiefen Würdigung des allgemein bekannten ge-

sunden und soliden Charakters der britischen Bevölkerung und bei vollem Vertrauen in die Gesundheit seiner Ansichten und die vernünftige Auffassung der verschiedenartigsten Probleme der allgemeinen Politik, habe ich keinerlei Angst vor einem extravaganten Kommunismus und ich glaube, daß wir der Vernunft einer großen Mehrheit des Volkes vertrauen dürfen, zu welcher Klasse immer es gehören mag.

Ich hoffe, daß die Neujahrsbotschaft Friede und guten Willen verkünden wird: eine Botschaft freundlicher Uebereinkunft, ob nun im nationalen Leben oder auf dem Gebiete internationaler Politik mit dem auf richtigen Wunsche, daß das Neue Jahr das Nahen einer langdauernden Herrschaft ruhiger Entwicklung und Versöhnung zwischen den Nationen verkünden möge.“



DIE LÖSUNG DURCH INITIATIVE UND REFERENDUM

Albert H. Putney

Professor an der American University, Washington

Die Krisis, auf die sich das zur Diskussion stehende Problem bezieht, erstand vorerst aus der Zahl und der Kompliziertheit der modernen politischen Fragen. Eine erfolgreiche Arbeit des Vertreter- oder Parlamentssystems der Regierungen erfordert, daß die Wähler, die Kandidaten für den Kongreß oder das Parlament wählen, für solche Kandidaten stimmen, die die gleichen Ansichten vertreten wie die Wähler. In führenden politischen Tagesfragen wirkt dieses System in Zeiten, da ein politischer Gegenstand alle anderen in den Schatten stellt, überaus einfach und zufriedenstellend. Jeder englische Wähler weiß, was die seine Ansichten vertretenden Kandidaten zu Zeiten von Konflikten zwischen dem Unterhause und den Stuartkönigen tun werden. Das Gleiche kann von den amerikanischen Wählern in den Tagen Jeffersons und Hamiltons, oder auch später bei der Slavenfrage gesagt werden.

Heute jedoch ist in den Vereinigten Staaten und in allen anderen Ländern das Problem überaus kompliziert, sodaß es für die Wähler oftmals unmöglich ist, so zu stimmen, daß ihre Stimme auch dieser politischen Ueberzeugung Wirksamkeit verleihen kann. Eine Illustration hiefür ist, daß es nun zumindest sechs wichtige politische Fragen gibt, welche unsere Wähler in verschiedene Gruppen teilen. Das ist vor allem die Frage der Erbschafts-

steuer, zweitens die der Prohibition, die dritte ist die unselige Religionsfrage, das vierte Thema der Völkerbund. Das fünfte Problem stellen stets die Tariffragen, das sechste die Entschlossenheit der Regierung in Preisfragen der landwirtschaftlichen Produkte. Dies ist ein einfaches arithmetisches Problem, das beweisen soll, daß, wo die Wähler durch sechs verschiedene Fragen auseinandergeteilt werden, selbst wenn jede dieser Fragen nur zwei Seiten hätte, vierundsechzig verschiedene Gruppen möglich sind, deren jede von einer Reihe der Stimmberechtigten gestellt wird. Wenn man bezüglich all dieser sechs Probleme die gleichen Aussichten hat, ergibt sich die Frage, wie es möglich ist, die Wahl einer legislativen Versammlung so zu sichern, daß sie in korrekter Weise die Wünsche der Majorität der Wähler in allen Problemen vertrete. Bis jetzt wurde keine allgemeine Antwort auf diese Frage gefunden und im gegenwärtigen Augenblick ist die politische Situation in nahezu allen Ländern eine überaus chaotische. Das in den Vereinigten Staaten übliche Parteiensystem steht unter einem starken Druck, so daß es unmöglich ist, eine Parteiplattform zu bilden, die der Zustimmung der Mehrheit der Wählerschaft in allen Punkten sicher wäre. Wenn es zur Präsidenten- oder der Kongreßwahl kommt, kann nur der exzeptionelle Wähler einen Kandidaten finden, mit dessen Ansichten er vollkommen übereinstimmt. Er ist daher genötigt, für einen Kandidaten zu stimmen, der seine Wünsche wenigstens in einer oder einigen Fragen vertritt, die er als die wichtigsten betrachtet, wenn er auch in anderen Fragen den diametral entgegengesetzten Standpunkt vertritt. Es kann leicht geschehen, daß zwei Leute, die in jeder wichtigen politischen Frage übereinstimmen, dennoch entgegengesetzten politischen Parteien angehören, während Menschen, die in jeder einzelnen Frage anderer Meinung sind, Mitglieder der gleichen Partei sein können.

Unter solchen Umständen bedeutet das Resultat der Volkswahlen in den Vereinigten Staaten wenig oder gar nichts hinsichtlich der Haltung des Volkes. In der oder jener besonderen Frage kann eine kleine Minderheit ausserordentlich großen Einfluß üben, wenn sie ihre Stimmen geschlossen einem Kandidaten zukommen läßt, der ihre Ansichten in irgendeiner Frage ohne Rücksicht auf seinen Standpunkt in anderen Fragen vertritt. Dies erklärt die ungeheure Macht, die in diesem Lande gewissen Gruppen eigen ist, zu denen die überwiegende Mehrheit der Wähler in schroffem Gegensatz steht. In den meisten Ländern des europäischen Kontinents haben die fundamental gleichen Bedingungen sehr verschiedene, aber gleich unselige Verhältnisse zur Folge gehabt, in ihren Versuchen, sich Vertreter zu sichern, die für ihre Ansichten in allen politischen Fragen eintreten. Die Wähler haben die Zahl der Parteien derart vervielfacht, daß es oftmals notwendig ist, ein halbes Dutzend und mehr Parteien zu einem Regierungsblock zu vereinigen. Das verworrene Zweiparteiensystem oder die Ueberzahl kleiner Parteien bringen die gleiche Situation hervor, wo der Wille des Volkes kaum weniger nachdrücklich geltendgemacht werden kann. Wo die Macht in die Hände eines klugen politischen Machers gelangt, ist die bestehende Krise mehr als nur eine Krise. Unter der bestehenden Regierungsform hat sie den Status einer ererbten chronischen Krankheit erreicht. Die Ursache liegt darin, daß einer gesetzgebenden Körperschaft die Macht über viele verschiedene Klassen von Untertanen gewährt wird. Nur eine praktische, wenn auch nur teilweise Lösung ist bis jetzt gefunden worden, durch die Initiative und das Referendum, die in Australien eingeführt wurden und nun auch von vielen Staaten Nordamerikas in Anwendung gebracht worden sind. Viele politische Fragen können direkt durch Volksabstimmung entschieden und so der Erwägung der legis-

lativen Körperschaft entzogen werden und jedes derart gelöste Problem führt zur Klärung der Lage in größerem oder geringerem Maße. Niemand wird bestreiten, daß dies allein eine Lösung des Problems darstellt, wie die Wünsche der Mehrheit der Wählerschaft sich am besten in der Legislation eines Landes spiegeln können. Die Frage muß gelöst werden, wenn eine freie Regierung vollkommen erfolgreich sein soll. Die richtige Lösung muß aber erst gefunden werden.



DIE DEMOKRATIE KANN GESUNDEN

Philipp Scheidemann

Reichskanzler a. D., M. d. R., Berlin

Knapp ein Jahr nach dem Krieg fragte ein Franzose mich im Couloir des Reichstags, ob es in der deutschen Reichswehr noch monarchistische Offiziere gebe. Ich antwortete ihm so: „Die deutsche Republik ist fünfzig Wochen alt, die französische fünfzig Jahre. Gibt es in der französischen Armee monarchistische Offiziere nicht mehr?“ Er gab das ohne weiters zu und kam auf seine Frage nicht mehr zurück.

Der letzte deutsche Kaiser hat am 28. September 1918, zehn Tage vor seiner Flucht, die vom Verfassungsausschuß des alten Reichstags vorbereitete Reform endlich durch seine Unterschrift akzeptiert. Als Vorsitzender dieses Ausschusses weiß ich, wie ein Hindernis nach dem andern aufgerichtet worden war, damit alles beim alten bleiben könnte. Zu den geflügelten Worten des letzten Kaisers gehört auch dies: „Wo meine Garde auftritt, da gibt's keine Demokratie!“ Der Kaiser ist längst fort, die Demokratie ist längst da, aber — sieben Jahre böser Erfahrungen lehren es — der Kaiser ist noch nicht lange genug weg und die Demokratie nicht lange genug da.

In anderen Ländern ist die Demokratie wohl auch etwas gebremst worden. Ein von 25 Landesvätern beherrscht gewesenes Volk von sechzig Millionen Menschen ist in wenigen Jahren nicht restlos demokratisch umzugestalten, namentlich dann nicht, wenn die Um-

stände, unter denen sie sich bei uns durchsetzen müssen, unvergleichlich schwierig sind. Andere Demokratien haben sich entwickelt unter dem wohlwollenden Beifall, teils sogar unter mehr oder weniger aktiver Hilfe anderer Völker. Der deutschen Demokratie hat es die Welt verflucht schwer gemacht, auch nur über die ersten Krankheiten hinwegzukommen. Sobald ein Stein aus dem Wege gewälzt war, schwangen Staatsmänner anderer Länder unter Berufung auf Versailles wieder den furchtbaren Hexenhammer. Weder Poincaré noch Lloyd George noch irgend ein anderer aktiver Staatsmann der Entente hat sich darauf berufen, daß im Krieg tausendmal versichert worden ist: „Wir führen Krieg gegen den deutschen Kaiserismus und den preußischen Militarismus, nicht aber gegen das deutsche Volk“ Sobald die von heftigen Krisen geschüttelten Demokratien Europas und Amerikas sich auf diese Worte besinnen und dementsprechend handeln, wird Deutschland aufatmen, und die deutsche Demokratie wird leben können. Die Demokratie der ganzen Welt macht eine schwere Krise durch — sie kann aber gesunden, der gesamten Menschheit zum Heil, wenn sie will.



DER ENDSIEG DER PARLAMENTARISCHEN INSTITUTIONEN

The Right Hon. *Philip Snowden*
ehem. Schatzkanzler, M. P.

Sonderbotschaft an die „Prager Presse“:

„Ich fühle die Gewißheit, daß die parlamentarischen Institutionen alle Angriffe, die gegen sie unternommen werden, überdauern werden. Europa hat jetzt eine Periode der Unruhe zu überwinden, die hauptsächlich das Ergebnis selbstsüchtigen Nationalismus ist. Bei einem besseren Verständnis für die internationalen Schwierigkeiten, denen die Nationen heute gegenüberstehen, bin ich gewiss, daß die Völker Europas nicht zustimmen werden, daß ihre Ansichten für sie ausgearbeitet, daß sie vielmehr endgültig darauf bestehen werden, selbst zu urteilen in allen Angelegenheiten, die ihr tägliches Dasein betreffen.“



ARBEIT ZUM FRIEDEN UND ZUM GLÜCK DES VOLKES

Th. Stauning
Dänischer Ministerpräsident

Der Parlamentarismus hat die Allein-Herrscher abgelöst: die Kaiser, die Könige, die Fürsten oder was immer sie für einen Titel führten. Er war eine Konsequenz, die sich aus der Erklärung der Menschenrechte ergab. Er war eine Anerkennung des Standpunktes, daß die Menschen, die zur Mitarbeit an der menschlichen Gesellschaft geboren werden, auf die Gestaltung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft auch Einfluß haben müssen. Daß die Gesetze, denen sich das Volk unterwerfen soll, auch unter seiner Mitwirkung und entsprechend den jeweiligen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zustandekommen müssen. Im Laufe der Zeiten hat der Parlamentarismus, wie die Gesellschaftsordnung überhaupt, einen Entwicklungsprozeß durchgemacht. Die Idee der Volksverwaltung hat Anklang gefunden und die Völker haben sich dieser gesetzlichen Ordnung angepaßt, gerade weil die Gesetze immer mehr und mehr ein Ausdruck für den Willen der Mehrheit des Volkes wurden. Hie und da hat man zwar Seitensprünge vom Wege der Entwicklung versucht, aber überall, wo solche Seitensprünge zu dem Zustande früherer Zeiten zurückführten, hat der Volkswille früher oder später die Rückkehr auf den Weg der Entwicklung und der Volksverwaltung erzwungen. Es würde daher keine dauernde Freude gewähren, auf solche Sprünge zu warten, wie sie für die faszistischen Abend-

teuer bezeichnend sind, und es ist auch sehr zu bezweifeln, ob sich solche Sprünge in unserem Lande überhaupt durchführen ließen, wo Demokratie und Rechtsgefühl in den breitesten Schichten des Volkes stark entwickelte Begriffe sind. Der kleine Schritt aus der Bahn des Parlamentarismus heraus, den wir 1920 erlebten, rief eine solche Erbitterung hervor, daß diejenigen, die die Macht an sich gerissen hatten, nach wenigen Tagen das Abenteuer aufgaben und wieder den Parlamentarismus walten ließen.

Zumeist sind es die oberen Klassen — der Hof, die Hochfinanz, die Militärs — die sich veranlaßt fühlen, die Aufhebung der Volksverwaltung, oder, so erscheint es uns in Dänemark, gewisse Privilegien für die Oberklassen wieder einzuführen versuchen. Es ist dies jedoch ein gefährlicher Weg für diese Klassen selbst. Solche Versuche müssen unweigerlich in der Bevölkerung auf Widerstand stoßen, die, wenn man sie der politischen und sozialen Rechte zu berauben versucht, die sie auf gesetzlichem Wege errungen hat, sich sicher dagegen auflehnen wird; und in einem solchen Falle wird in der Regel die Bevölkerung der stärkere Teil sein. Aber bei solchen Kraftproben ist die Gefahr für die besitzenden Teile der Gesellschaft am größten, und es ist daher unklug von diesen, sich in Experimente einzulassen, bei denen sie riskieren, daß das Resultat ihre eigene Vernichtung ist. Der Großteil der dänischen Arbeiterschaft wünscht dem gesetzl. Wege der Entwicklung zu folgen und man kann nicht erwarten, daß sie sich ohne weiteres in die Einschränkungen ihrer Freiheit finden, die von den reaktionären Kreisen verkündet werden. Die politische Gleichheit, die bei uns durch das Staatsgrundgesetz, das Wahlgesetz und die parlamentarische Praxis erreicht wurde, kann nicht wieder eingeschränkt werden ohne Gefahr für die ruhige Weiterentwicklung. Und die Diktatur, wie sie

anderwärts bekannt ist, oder vielleicht eine den dänischen Verhältnissen angepaßte, weniger persönliche Diktatur bestimmter Klassen, die sich mittelst eines Staatsgrundgesetzes oder Wahlgesetzes wieder mit besonderen Privilegien ausstatten, wird nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Würde man dies versuchen, würde man die Bekanntschaft mit einem politisch reifen und wachsenden Volk machen, das sehr wohl imstande ist, sich einer solchen Reaktion zu widersetzen. Für eine unaufgeklärte Bevölkerung, für eine zurückgebliebene Nation kann man eine Diktatur schaffen und es kann dies unter gewissen Umständen auch angebracht erscheinen, aber bei einer aufgeklärten Bevölkerung soll man den Parlamentarismus weiter ausbauen, die Volksverwaltung weiter entwickeln, die Intelligenz und Tüchtigkeit des Volkes pflegen, gerade dadurch, daß man die volle verantwortliche Mitarbeit des Volkes in den vielen Funktionen der Gesellschaft unterstützt. Ein jeder Schritt nach rückwärts muß einer Abweisung begegnen und ein jeder Versuch, das Volk zurückzuzwingen, bedeutet einen Bruch in der Linie der ruhigen Entwicklung und diesen Bruch haben die Oberklassen mehr zu fürchten als die andere Gesellschaft.

Für die Arbeiterklasse ist der Parlamentarismus kein Ziel, sondern er ist Mittel zu Nutz und Frommen einer gesunden Politik und die Basis, auf welcher die Arbeiter um größere Rechte, als sie der Kapitalismus bietet, zu kämpfen wünschen. Diesem Kampfe kann man nicht entgehen; er wird — wie die Geschichte schon jetzt zeigt — geführt werden, ganz ohne Rücksicht darauf, was für ein Verfassungssystem man einführt. Aber mit Rücksicht auf die Gesellschaftsordnung wäre es zweckdienlich, wenn dieser Kampf ohne Gewalt geführt würde und man erreicht dies am besten dadurch, daß man dem Volke auf breiter demokratischer und parlamentarischer

Grundlage gleiche politische Rechte für jeden Bürger und für jede Bürgerin einräumt.

Die Diktatur der Könige und Kaiser mit ihrer leidigen Diplomatie hat der Welt genug Unglück gebracht, als der Weltkrieg ausbrach. Europa liegt in Anarchie und seine Völker erleben die fürchterlichsten Leiden mit der Aussicht auf ein sorgenvolles Los durch viele Jahre hindurch; alles infolge der Diktatur, die in der Praxis für den Kapitalismus herrschte.

Eine Reihe von Völkern hat die kaiserliche oder die Diktatur der oberen Klassen abgeschafft und hat sorgenvoll die Verwaltung einer großen Konkursmasse übernommen. Die Volksverwaltung wird sich aber trotz allem als stark genug erweisen und wird sicher auch siegreich vordringen, selbst wenn es den ehemaligen Herrschern für eine Zeit gelingen würde, wieder zur Macht zu gelangen und das neue System zu stürzen. Die Reaktion ist bestrebt, sich einen Weg zu bahnen und früher oder später werden die Menschlichkeit und der Rechtssinn der Arbeiter die rohen Instinkte überwinden und man wird weiter bauen auf dem sicheren Grunde, den das allgemeine Wahlrecht geschaffen hat, — auf jener Basis, die die Sozialdemokratie nicht verlassen will, die aber verlassen wird, wenn andere Mächte Uebergriffe gegenüber Völkern begehen und diese dadurch aus der ruhigen Bahn der Entwicklung herauszwingen.

Die aufgetauchte Krankheit, die man Parlamentsmüdigkeit nennt, kann sicher bei den nächsten Wahlen geheilt werden und der Weg, den das dänische Volk zu gehen hat, führt nicht über die Diktatur oder über eine Privilegierung der oberen Klassen, sondern über die verfassungsmäßige Demokratisierung, über die Aufhebung aller künstlichen Schranken, über eine gesunde Volksverwaltung, weiter zur Arbeit, zum Frieden und zum Glücke des Volkes.

DER PARLAMENTARISMUS IST DIE VERNEINUNG DER GEWALT

Wickham Steed

Herausgeber der „Review of Reviews“, London

Die Krise, welche die parlamentarischen Institutionen eben in den meisten, wenn nicht in allen zivilisierten Ländern mitmachen, ist allzu bedeutsam, als daß sie übersehen werden könnte. Während des größeren Teiles des neunzehnten Jahrhunderts wurde die Einrichtung der gewählten parlamentarischen Vertretungen als der Höhepunkt des liberalen Fortschrittes betrachtet; selbst bis zum Ausbruch des Weltkrieges war das parlamentarische Regierungssystem nirgends ernstlich als Ausdruck demokratischer Tendenzen angefochten. Heute wird es bekämpft und bedroht durch zwei große Bewegungen, deren eine als Bolschewismus, die andere als Faschismus bezeichnet werden kann. Beide dieser Bewegungen haben sich einen Grad von Unterstützung erworben, der einen weitverbreiteten Unglauben an die Wirksamkeit des Parlamentarismus als Instrument sowohl der Regierung als auch demokratischer Kontrolle beweist. Wenn man die abnormalen, aus dem Kriege resultierenden Verhältnisse entsprechend berücksichtigt, scheint es unwahrscheinlich, daß der Parlamentarismus so viel an Boden verloren haben könnte, wenn er nicht Unzulänglichkeiten gezeigt hätte, die in seiner Natur begründet, vielleicht aber auch zufällig sein können. Kein Problem in der politischen Philosophie ist interessanter oder dringlicher

als die Aufdeckung der Ursachen, warum die parlamentarischen Institutionen so diskreditiert sind.

Diese Ursachen zerfallen, meiner Ansicht nach, in zwei Hauptkategorien, solche die zufällig und vorübergehend sind und solche, die grundlegend und dauernd sind. In die erste Kategorie reihe ich die psychologischen Umstände ein, aus denen die bolschewistische ebenso wie die faszistische Bewegung hervorgegangen sind, wenn auch diese Umstände in gewissem Maße in allen Ländern dauernd sind. Das parlamentarische System ist zugleich empirisch und vernünftig — empirisch, weil es ein Produkt der Erfahrung ist und vernünftig, weil es auf den Erkenntnissen der praktischen Relativität aller politischen und sozialen Ideen aufgebaut ist. Es setzt einen Geist der Duldsamkeit auf seiten der Mehrheit der Bürgerschaft voraus, das heißt einen Glauben, daß, wie hoch auch die Gesichtspunkte der öffentlichen Angelegenheiten sein mögen, die Existenz und der Ausdruck anderer Ansichten gerechtfertigt ist. Dieser Geist der Duldsamkeit ist in größerem Maße nur mit einem Zustand des Friedens vereinbar. Der Krieg ist im wesentlichen unduldsam. In ihm überstimmt der absolute Wille, zu siegen, alle anderen Rücksichten, und die Anwendung der extremsten Form der Unduldsamkeit — physische Gewalt — ist sanktioniert und organisiert. Gerade die Wirksamkeit, die solche Organisationen jeglicher Aktion eines in einen Krieg verwickelten Staates geben, erscheint einer unendlichen Masse in jeglicher Allgemeinheit als ein angenehmer Unterschied gegenüber der Untätigkeit der Friedenszeit. Vergleiche zwischen disziplinierten Armeen, die arbeiten, und undisziplinierten Versammlungen, die nur sprechen und streiten, fallen selten zugunsten der letzteren aus.

Psychologisch macht es nicht viel aus, ob es ein

Krieg gegen einen fremden Feind oder ein Klassenkampf zwischen Parteien oder Gruppen zu Hause ist. Die Doktrin der Gewalt ist in beiden Fällen die gleiche, und in beiden Fällen verkörpert sie eine absolute Idee, die Idee der Gewaltanwendung zum Zwecke, anderen einen Glauben oder eine Lebensregel aufzuzwingen. Aber Krieg jeder Art hat seine Nachteile, deren einer ist, daß Gewalt die Stützung durch mehr Gewalt erfordert, bis jegliche Opposition niedergeschlagen ist. In zivilisierten Gemeinwesen hat der Zustand der Gewalt seit langem aufgehört der normale zu sein. Früher oder später muß die Sehnsucht nach den Relativitäten des Friedens unausbleiblich kommen. Dann tritt überraschend eine Geistesverfassung auf, die jeder Form des Parlamentarismus geneigt ist. Darum erachte ich Phänomene, wie es der Bolschewismus und der Faschismus sind, als vorübergehende, nicht als dauernde Faktoren in der Krise des Parlamentarismus.

Es bleiben noch die dauernden Faktoren übrig. Diese erstehen aus absoluten Tendenzen anderer Art, unter anderem aus der Neigung zur absoluten Demokratie. Seitdem der Parlamentarismus zu dem Zwecke geschaffen wurde, eine gewisse Vertretung des Volkes, oder einiger Schichten des Volkes als ein Hemmnis für die Schiedsmacht der Monarchen zu sichern, ist es nicht das Ideal der Demokratie, eine absolute Vertretung aller Klassen der Bevölkerung zu schaffen? In der Theorie sicherlich. In der Praxis sicherlich nicht. Wenn Gemeinwesen, die so klein sind, daß alle ihre Mitglieder in der öffentlichen legislativen Vertretung teilnehmen können, außer acht gelassen werden, dann besteht überall die Notwendigkeit der Vertretung. Meines Erachtens fließt die augenblickliche Krise des Parlamentarismus aus fundamentalen Trug-

schließen in der Frage der Vertretung. Die Theorie, ein parlamentarischer Vertreter sei einfach ein Mandatar seiner Wähler, ist, so glaube ich, vollkommen unrichtig. Sie setzt voraus, daß jene, die einen Vertreter gewählt haben, berechtigt und imstande sind, ihm einen endgültigen Kurs für seine Aktionen aufzuzwingen, ohne die Erwägungen zu kennen oder auch nur kennen zu können, die für ihn ins Gewicht fallen, wenn er als Mitglied der gesetzgebenden Versammlung vor die Aufgabe gestellt wird, eine Entscheidung zu fällen oder seine Stimme in irgend einer öffentlichen Frage abzugeben. Der richtige Begriff der Vertretung ist, denke ich, daß die Vertretung eine generelle Vertrauensstellung ist, die Menschen zugewiesen wurde, die voraussichtlich geeignet sind, sie auszufüllen, — eine Vertrauensstellung, wohlgemerkt nicht nur gegenüber der Mehrheit der Wähler in bestimmten Distrikten, die dieses Amt zu verleihen hatten, sondern nach der Verleihung gegenüber sämtlichen Wählern jenes Bezirkes und selbstverständlich auch gegenüber der ganzen Nation, deren Teil jener Distrikt darstellt. Jede andere Auffassung der parlamentarischen Vertretung neigt dazu, die Vertreter lediglich zu bloßen Delegierten der Mehrheit des Wahlbezirkes zu machen, der sie gewählt und das Parlament zu einer Ansammlung menschlicher Atome ohne kollektive Verantwortlichkeit zu gestalten.

Die Grundlage gesunden Parlamentarismus ist, daß die Mitglieder des Parlaments sich kollektiv als Betraute der Wohlfahrt des ganzen Landes betrachten. Ihre Ansichten mögen auseinandergehen hinsichtlich der besten Mittel, diesen Vertrauensposten auszufüllen, dürfen es aber nicht bezüglich der Verpflichtungen, die diese Vertrauensstellung auferlegt. Auch dürften ihre Wähler von ihnen nicht erwarten, daß sie lokale

Forderungen der Berücksichtigung höherer und allgemeinerer Forderungen voranstellen. Der Kern des parlamentarischen Systems ist Vertrauen — Vertrauen auf der Seite der Wähler gegenüber ihren Vertretern, Vertrauen auf der Seite der Nation gegenüber dem Parlament. Wenn die parlamentarischen Institutionen in ihrer ursprünglichen Form als ein Hemmnis für den absoluten Monarchismus betrachtet wurden, also als Ausdruck des Misstrauens gegen eine absolute Regierung, so setzten sie Vertrauen in die Männer voraus, die berufen waren, als dieses Hemmnis zu wirken. Aber wenn man einen Schritt weitergeht in der Richtung der „absoluten Demokratie“ und einwendet, daß, nachdem sie einen Vertreter gewählt hat, die Wähler ihm bis zu dem Maße mißtrauen sollten, daß sie ihn im Voraus verpflichten, in einer bestimmten Weise vorzugehen, dann heißt das, Mißtrauen auf Mißtrauen häufen, eine Negation der andern anzufügen, ohne etwas Positives zu schaffen. Meiner Ansicht nach kann die absolute Demokratie ebenso schädlich für die politische Freiheit sein, wie es jeder andere Absolutismus ist; und das wahre Ziel des Parlamentarismus ist, das größtmögliche Maß der Freiheit für die größtmögliche Zahl der Staatsbürger zu sichern.

Eine andere dauernde Ursache für den schlechten Ruf des Parlamentarismus war die Willfährigkeit wichtiger parlamentarischer Gruppen gegenüber mächtigen wirtschaftlichen oder Klasseninteressen. Die Sicherung gegen dieses Uebel ist eine möglichst weite Wahlfreiheit, die politische Erziehung der Wähler und die Sorge dafür, daß die allgemeine Öffentlichkeit auch den Angelegenheiten des Staates entsprechende Aufmerksamkeit schenke. Das parlamentarische System ist nicht für die politisch unaufgeklärten Massen noch für Menschen geeignet, die den öffentlichen An-

gelegenheiten indifferent gegenüberstehen. Es kann nicht gesund sein, solange die über die Volksvertreter während der Wahlen geübte Kontrolle nicht wirklich und sorgfältig ist, solange nicht zwischen Auflösung und Neubildung die parlamentarischen Vorgänge nicht weitestmögliche und stetige Öffentlichkeit erhalten. Eine wichtige Funktion der parlamentarischen Vertreter ist es, zu dieser politischen Erziehung der Wählerschaft beizutragen, nicht bloß während der Wahlkampagne, sondern immer wieder während ihrer Amtsdauer. Man hat den Parlamentarismus als ein vielseitiges System der Kooperation in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten betrachtet. Wenn die Wähler ihren Vertretern vertrauen sollen, dann müssen diese Vertreter das Vertrauen pflegen, indem sie der Wählerschaft dauernd Aufklärungen und Informationen geben.

Ich will nicht die Licht- und Schattenseiten der Proporzvertretung analysieren — umsoweniger, als ich selbst persönlich ein Gegner des Proporzsystems bin. Auf dem Papier sieht es wunderschön logisch aus — und darum ist es überaus wahrscheinlich, daß es sich in der tatsächlichen Auswirkung als sehr unzulänglich erweist. Es scheint mir ein Schritt in der Richtung der „absoluten Demokratie“ zu sein, die, wie ich schon erwähnt habe, der Freiheit verhängnisvoll sein könnte, es neigt auch zur Verminderung des individuellen Verantwortlichkeitsgefühls bei den Mitgliedern des Parlaments. In den meisten Ländern, wo man versucht hat, es einzuführen, hat es eine Masse kleiner Parteien geboren, während gerade jene parlamentarischen Institutionen am besten arbeiten, in denen nur wenige Parteien vertreten und damit die Gelegenheiten für parlamentarische Händel selten sind. In England, dem Lande mit dem stärksten parlamentarischen Instinkt und

den ältesten Erfahrungen in praktischer parlamentarischer Regierung, waren die Verteidiger der Proporzvertretung niemals imstande, ernstlich etwas zu erreichen. Grund dafür ist, daß die Vernunftwidrigkeit und die zugestandene Ungerechtigkeit des englischen Wahlsystems ohne zweiten Wahlgang immer noch als geringeres Uebel angesehen wird, als die Einführung von Methoden, die in der Theorie bedeutend gerechter, in der Praxis aber von zweifelhafter Wirkung sind. Vielleicht ist die unterbewußte Ursache des Widerstandes, den man in England gegenüber der Proporzvertretung empfindet, darin begründet, daß diese Vertretung dem gesunden Prinzip entgegensteht, daß ein Parlamentsmitglied der Vertrauensmann aller Wähler seines Wahlkreises, ohne Unterschied der Partei, und nicht nur der Mandatar der Mehrheit ist.

Es kann auch Länder geben, und zweifellos gibt es solche, für welche dieses Prinzip nicht anwendbar ist, Länder, wo die proportionelle Vertretung oder irgendeine andere Form der vorerwähnten Aufteilung der Wahlkreise den öffentlichen Erfordernissen eher entspricht als das scheinbar zufällige englische System es tun könnte. Und doch bin ich engherzig genug, um zu glauben, daß das englische System viel eher die Postulate des Parlamentarismus erfüllt als es irgendeine der Erweiterungen oder Verbesserungen tut, die anderwärts erprobt werden. Diese Postulate, von denen man selbst in England etwas abgekommen ist, lauten, daß die Mitglieder des Parlamentes eine politisch geschulte Wählerschaft vertreten, daß sie dies aber in gutem Glauben und in Übereinstimmung mit ihrem Gewissen und nicht sklavisch tun sollen, — daß die Ausdehnung des Stimmrechtes nicht in Befolgung abstrakter Theorien erfolgen soll, sondern im Verhältnis zu dem Ausmaß der politischen Schulung, — daß die

Zugehörigkeit zu einer Partei nicht die höhere Pflicht gegenüber der Allgemeinheit als Ganzes ausschließen oder überflügeln darf, — und daß parlamentarische Debatten und politische Kontroversen im allgemeinen von der Achtung für die Ansichten der andern beseelt und davon frei bleiben sollen, den anderen unlautere Motive zu unterschieben. Ein Parlamentarismus, der diese Postulate befolgt, hätte keinen Grund, weder den Bolschewismus noch den Faschismus zu fürchten.

Die Wahrheit ist, daß der Parlamentarismus die Verneinung der Gewalt und unduldsamer oder willkürlicher Herrschaft ist. Obstruktionistische Taktik ist ebenso unvereinbar mit ihm wie die Idee, sich an ihm nicht zu beteiligen. Er setzt Mäßigung voraus auf Seiten der Mehrheit und Fügsamkeit bei den Minderheiten unter die Herrschaft der Mehrheit, solange diese Herrschaft fair und gemäßigt ist. Er ist ein System von Kompromissen, von Beziehungen, sowie Verantwortlichkeiten, die erkannt und über ihre formellen Grenzen hinaus auch beachtet werden. Mit einem Wort, seine erfolgreiche Auswirkung erfordert einen hohen Grad politischer Schulung, und gerade in jenen Ländern, in denen die politische Schulung die mangelhafteste war, ist er mit Erfolg bekämpft und zeitweise selbst gestürzt worden.



WAS VERLANGT DIE DEMOKRATIE VON UNS?

Emil Svoboda

Professor an der Karls-Universität in Prag

Jede Form des staatlichen Lebens weist mehr oder minder schwere Mängel auf. Alle Staatsformen sind nur Menschenwerk und Organisationen von Menschen. Wenn die Menschen als Individuen unvollkommen sind, vermag auch ihre Organisation nicht vollkommen zu sein. Es ist nur ein großes Vorurteil, daß die Organisation besser sein kann, als der Durchschnitt ihrer Mitglieder. Die Frage müßte daher lauten, ob die Demokratie verhältnismäßig reicher an Mängeln und Störungen ist als andere Staatsformen. Aber da weist unsere Untersuchung im Vergleich zu Forschungen auf naturwissenschaftlichem Gebiete einen großen Mangel auf: es gibt keine Möglichkeit eines Experiments. Wir können z. B. eine Monarchie oder eine Oligarchie nicht zu Versuchszwecken in ganz identische Verhältnisse stellen, wie sie die Demokratie eben durchzumachen hat. Ich glaube nicht, daß sich die Geschichte wiederholt. Nur die Dinge „wiederholen“ sich (*cum grano salis*) und man muß ungemein vorsichtig sein, damit die Geschichte nicht zu einem sehr schlechten Lehrer des Lebens werde und das Problematische ihrer Analogien vergesse.

Ich sehe — einfach gesagt — keine Krise der Demokratie oder des Parlamentarismus, ich sehe bloß eine Krise der westlichen Zivilisation. Die moderne Demokratie hat ein furchtbares Schicksalsgeschenk mit auf den Weg be-

kommen: ihren eigenen Bau aufzurichten und zugleich eine wirtschaftliche und soziale Krise, eine Krise von Religion und Moral durchmachen zu müssen, die selbst die Grundlagen alter, festgewurzelter und in Sturm und Wetter stahlhart gewordener staatlicher Organismen erschüttert und erschüttern muß. Lächerlich, wenn nicht böswillig ist die Behauptung, daß es unter der theokratischen Monarchie der Hohenzollern, der Habsburger und Romanows besser war. Freilich wars in gewissen Beziehungen besser. Aber vermögen wir uns vorzustellen, wie diese Monarchien von dem Wellenschlag der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise hin und her geworfen worden wären? Vermögen wir uns vorzustellen, wie sich die Demokratie entwickelt hätte, wenn sie ohne den Weltkrieg zur Welt gekommen wäre? Dabei darf man nicht vergessen, welch ungeheuere Nervosität die Menschheit durch den Krieg und durch all das was ihm nachfolgte, erfaßt hat. Direkt verhängnisvoll wirkte der Chiasmus der leidenden Menschheit: Was alles hat man nicht vom Ende des Krieges und von dem neuen Regime erwartet! Gesundheit, Wohlstand, Frieden. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Eine unsichere Zukunft hängt in der Luft. Andere wiederum sahen viele um sich reich werden — die Inflation warf ihnen vorübergehend auch große Massen Geldes in die Hände. Jetzt ist das Geld rar, das Leben hört aber nicht auf zu locken und gar viele suchen auf den wildesten Wegen das Ziel, rasch reich zu werden und den Lebensstandard zu erhalten, welchen sie eine Zeit lang ohne eigenes Verdienst erzielt hatten.

Die Industrialisierung hat zur Ueberindustrialisierung der Länder geführt — daher der zähe Kampf um die Eroberung der Auslandsmärkte, daher die Krise der Industrie und der Arbeitslosigkeit. Die Valutaschwankungen haben den Handel vielfach dem Börsenspiel angenähert und die Folge waren zahlreiche Falliments. Die

furchtbar hohen Ziffern der Staatsvoranschläge, der fort-dauernde Militarismus, die wachsenden Aufgaben der öffentlichen Organismen zwingen zur Restriktion und zu der unzufriedenen Beamtenschaft, welche vergeblich nach einer Regelung ihrer Verhältnisse ruft, tritt nun das Heer der Restringierten hinzu, die mühsam eine Lebensmöglichkeit suchen. Groß ist das Leid dieser Uebergangszeit und es ergreift breite Schichten der Gesellschaft: Und dabei gibt es keine Spitze in einem Ideal, dem man durch Dorn und Gestrüpp willig folgen könnte. Die Religion reduziert sich bei den einen auf geistlose Beobachtung der Gebräuche und Zeremonien und sitzt so oberflächlich, daß die Leute dieser Art es nicht ertragen, daß man von Religion spricht. Sie fürchten, ihren Gott zu verlieren. Aber was nützt diese „Religion“? Die Zeremonie ist das Denkmal des Glaubens, der selbst abgestorben ist. Eine „Frömmerei ohne Gott“ wird die Menschheit nicht erlösen. Die Leute welche selbst denken, glauben an nichts, verfallen in religiösen und politischen Indifferentismus — es verbleibt ihnen nur Müdigkeit und Unzufriedenheit. Die moralische sittliche Gefahr, die Neigung zur Genußsucht, zu wirtschaftlichem Schlendrian, zu immer größerer Bedenkenlosigkeit bei der Wahl der Mittel im Kampfe um den Wohlstand — all das findet sie unvorbereitet. Wie losgerissen von der Erde lassen sie sich vom Sturmwind der Wirtschaftskrise fortreißen und auf Abwege führen: Daher die zahlreichen Affären, Korruptionen, daher die geistige Prostitution von Leuten, die sich von politischen Agenten wie das liebe Vieh kaufen lassen. Man sucht nach neuen Ideen, denen sich der Geist jener zuwenden könnte, die zur Selbstverleugnung und Opfer bereit sind.

In dieser Atmosphäre des Ueberganges und der Gärung ringt sich die Demokratie zum Leben durch — und sie tut tatsächlich Wunder. Ich weiß nicht wer — in

Kenntnis der Verhältnisse unter denen die Demokratie arbeiten muß — mehr verlangen kann. Man beachte doch, daß dort, wo die Demokratie Wurzeln faßt, Freiheit und Friede den Menschen garantiert wird, während dort, wo Monarchismus und nationaler Chauvinismus an Boden gewinnt, neue Stürme und Erschütterungen vorbereitet werden. Der Faschismus ist ein trauriges Zeugnis für eine Kulturkatastrophe. Ich glaube nicht, daß das italienische Volk sich auf einer derart barbarischen Kulturstufe befindet oder von moralischer Ansteckung derart durchseucht ist, daß es nicht imstande wäre, sich demokratisch zu regieren und eine Tyrannei brauchte, um leben zu können. Es zeugt von einer verbrecherischen Vernachlässigung der Volksbildung durch die Romanovs, wenn das russische Volk heute noch eines verfassungsmäßigen Lebens nicht fähig ist und unter der harten Knute der bolschewistischen Oligarchie leben muß. In dem einen oder in dem anderen das Ideal der Entwicklung zu erblicken, wäre dasselbe, wie wenn ein gesunder Mensch einen vom Schläge gerührten darum beneiden würde, daß er im Wagen herumgeführt wird, der ohne Willen und Wissen des Kranken von rückwärts hin- und hergeschoben wird.

Die Demokratie wird die schwere Prüfung überwinden, sie wird vor dem Schicksalsspruch der Geschichte bestehen. Was verlangt sie von uns?

1. Entsagen wir dem Fetischismus, das heißt, schlagen wir heute nicht auf die Demokratie los, die wir gestern vergöttert haben, vielleicht deshalb, weil sie unsere törichten Wünsche nicht sofort und vollständig hat erfüllen können.

2. Glauben wir nicht, daß das Parlament besser sein kann als wir selbst im Durchschnitt sind. Durch jede Tat, durch die wir uns selbst oder unsere engere oder weitere Umgebung auf ein höheres Niveau heben, heben wir das Ganze, festigen wir die Hoffnung auf die Demokratie.

3. Gehen wir der Kleinarbeit nicht aus dem Wege. Es geschehen keine Wunder, aber die Kleinarbeit trägt, selbst wenn sie sich im Kleinen bewegt und nichts Welterschütterndes hervorbringt, dennoch ihre Früchte.

4. Die politischen Parteien sollen bei der Wahl der Persönlichkeiten für die leitenden Stellen peinliche Vorsicht walten lassen. Eine Affäre, selbst ein größerer Skandal ist nicht so gefährlich, wie wenn ein unwürdiges Individuum auf einem Posten belassen wird, wo es heute oder morgen eine Schändlichkeit verüben kann. Es hat sich gezeigt, daß das Volk von den Parteien Ordnung, Reinheit, Arbeit verlangt — das Wahlgeschrei hilft nichts. Die extremen Parteien haben vorübergehend gesiegt durch den Zustrom der Unzufriedenen aus den verschiedensten Parteien. Man möge nicht in die Hände der Gegner die Waffen ausliefern, dadurch, daß man Unwürdige hält und unterstützt.

5. Das Volk muß mit möglicher Intensität erzogen werden — denn sein Bildungsniveau ist die Voraussetzung der weiteren Entwicklung. Für Analphabeten ist Tyrannei oder Oligarchie notwendig, ein gebildetes Volk hält die Demokratie aufrecht. Erziehen wir auch unsere Jugend, aber nicht bloß durch Sport und nützliche Praktiken, sondern auch durch Kunst, Literatur und Musik. Je niedriger der Geist, desto niedriger sind seine Ziele, desto größer der Durst nach niedrigen und gefährlichen Genüssen, desto größer die Wahrscheinlichkeit zerrütteter Familienverhältnisse usw. Im Charakter der Jugend liegt unsere Zukunft. Eine gebildete und geistig hochstehende Nation wird nicht untergehen. Eine solche Nation verachtet die Kleinlichkeiten des nationalen Chauvinismus, da sie sich der Stärke, inneren Wahrheit und Kraft bewußt ist, die die Garantien der Zukunft in sich bergen.

6. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind so zu lösen, daß die breitesten Schichten der Früchte der Arbeit

teilhaftig werden. Ungeheuere Vermögen einer Handvoll von Individuen sind wertlos, wenn sie durch die Unzufriedenheit und das Elend der breiten Volksschichten erkaufte sind. Die Kulturhöhe einer Nation läßt sich nicht an dem Kulturniveau einzelner Repräsentanten — Individuen und Familien — messen, sondern an dem Durchschnittsniveau des Volkskörpers. Und den Reichtum eines Staates kann man nicht nach der Anzahl der Paläste beurteilen, sondern die Frage muß lauten — wie lebt dieses Volk in seinem Durchschnitt?

Die Demokratie zielt nicht auf die allgemeine Verarmung ab, sondern ihr Ziel ist eine allgemeine Erhöhung des Lebensniveaus. Sie zielt nicht auf den Erfolg privilegierter Klassen (Geburts- oder Besitzklassen), sondern auf den Vorteil jener, die an Gaben des Geistes und Charakters hervorragen. Zu diesem Postulat muß sich die Demokratie durchringen, mag ihr Weg noch so lang, beschwerlich und gefahrvoll sein. Das Uebel muß man überall bekämpfen, wo man es findet. Aber nicht durch Mittel, die ein zehnfach größeres Uebel bedeuten, nicht durch Methoden, die das Uebel nur für einen Moment von der Oberfläche verdrängen, damit es unter der Oberfläche sich anhäufte und neue Katastrophen, neues Unglück für Nationen und Menschheit vorbereite.



DIE WAHL ZWISCHEN ZWEI MITTELN

Aleksander Świątchowski, Warschau

Die Erweiterung der Rechte der sozialen Schichten ist im Verlauf der Entwicklung der Menschheit von den oberen privilegierten zu den unteren hintangesetzten Schichten vor sich gegangen. Diese Bewegung ist jetzt in allen Kulturstaaten, die Demokratien bilden, abgeschlossen. Es muß nun eine Umkehr anheben, von unten nach oben, jedoch nicht durch Schichten, die nach Privilegien gegliedert sind, sondern nach dem geistigen und moralischen Wert. Die künftige Regierung der Gesellschaftsverbände wird von neuem an die Aristokraten im eigentlichen Sinne dieser Bezeichnung übergehen, das heißt an die Besten. Heute liegt sie vorwiegend in der Hand der Dreiesten, Geschicktesten, Reichsten und zum Teil der Dummsten und Schlechtesten. Das fließt aus zwei Ursachen: zunächst daraus, daß das Leben der Gesellschaftsgebilde sich um zwei gegenläufige Achsen dreht, die private und die politische Moralität, wodurch bewirkt wird, daß die Vorzüge und Mängel der einen zu Mängeln und Vorzügen der anderen werden; zum anderen daraus, daß die Technik der Parlamentswahlen nicht die besten Leute herausfindet.

Die Physiker behaupten, daß, wenn sich die Temperatur aller Körper in der Natur ausgleiche, jegliche Bewegung aufhören und das Leben absterben würde. Eine ähnliche Erscheinung würde sich nach einer absoluten Nivellierung der Menschen einstellen. Aber dieser Fall ist möglich, denn die Natur bringt fortgesetzt Variationen unter ihnen hervor, die eine Differenzierung der Rechts-

ansprüche erfordern, was denn heute auch in den radikalsten Demokratien stattfindet. Die Fiktion der absoluten Gleichheit wird in ihnen dauernd durch das Leben mit Hilfe der Hierarchien der Fähigkeiten und der Tätigkeiten zerbrochen. Nirgends steht der Dummkopf auf einem Niveau mit dem Genie, nirgends genießt er die gleichen Rechte wie dieses, ebenso wenig wie der Untergebene und die Obrigkeit auf einem Niveau stehen und die gleichen Rechte genießen. Die heutigen Parlamente sind verkrüppelte Kinder einer theoretisch logischen und praktisch törichten Wahlordnung, in der die Anerkennung für die Fähigkeit der Gewählten den geringsten Anteil und die Agitation und das Geld den überwiegenden Anteil hat. Ein genügend überzeugender Beweis ist die Tatsache, daß sogar in den Ländern des vollkommensten Parlamentarismus die Abgeordneten dank ungeheurer Geldsummen aus der Urne hervorgehen. So geschieht es häufig, daß die, die im Kriminal oder in den Elementarschulen sitzen müßten, in den gesetzgebenden Körperschaften sitzen.

Um das zu verhindern und die kranken Körperschaften gesund zu machen, muß die Technik, der sie ihre Entstehung verdanken, umgestaltet werden. Kleine politische Gebilde — irgendwelche Kantone, Stadtrepubliken usw. — in denen alle Einwohner mehr oder weniger an Fähigkeiten, Bildung und Verdiensten gleich sind, in denen die öffentlichen Angelegenheiten eine beschränkte Bedeutung innerhalb ihres lokalen Bereiches haben, können, ohne zu irren, die besten Individuen in die Regierung wählen. Aber in größeren Staaten, die aus Elementen von sehr verschiedenem geistigen und moralischen Wert zusammengesetzt sind, die durch innere und äußere Agitationen beunruhigt werden, die durch Geflechte von Beziehungen zu anderen Nationen gebunden, die heimtückischen und verräterischen Versuchungen des Geldes ausgesetzt sind, bedeutet eine Wahlordnung mit einem unmittelbaren und allgemeinen

Wahlrecht für die ganze erwachsene Bevölkerung, eine Wahlordnung, die jeden Zensus ausschließt, abgesehen von den wenig zahlreichen Ausnahmen von bestraften Verbrechern und erklärten Idioten; einen soziologischen und politischen Unsinn. Sie ist ein Turnier, in dem Dummköpfe, Betrüger, Karrierejäger häufig die vernünftigen und anständigen Kandidaten besiegen. Wenn daher große Völker in einer staatlichen Organisation leben und sich mit Hilfe von Parlament regieren wollen, so müssen sie diese aus Abgeordneten bilden, die einen Nachweis ihrer geistigen und moralischen Befähigung für die Erfüllung der schwierigsten und höchsten Aufgaben erbracht haben. Anstatt der allgemeinen, unmittelbaren und unkontrollierten Wahlen sind also beschränkte, mittelbare und Zensuswahlen einzuführen. Die Gemeinden haben Delegierte für die Bezirkslandtage zu wählen, die Bezirkslandtage in Gouvernementslandtage, diese erst entsenden Abgeordnete in das Parlament. Durch diese Siebe würde gelegentlich auch ein Taugenichts hindurchschlüpfen, aber nicht so häufig wie heute. Es wäre kein demokratisches Verfahren im schlimmsten Sinne, aber ein aristokratisches — im besten. Wenn heute ein Mann mit der minimalen Intelligenz eines Analphabeten oder eine Frau, die von nichts weiter eine Ahnung hat als von ihrer Wirtschaft in Haus und Hof, eine Liste mit Kandidaten in die Hand bekommen, die sie überhaupt nicht kennen, von denen sie nicht einmal gehört haben und daraus die Gesetzgeber wählen sollen, wenn ihre Stimmen von der Agitation oder vom Geld gefangen werden, kann dann aus solchen Wahlen etwas anders hervorgehen als eine Karikatur der Weisheit und des Willens eines Volkes?

Die Gesellschaftsverbände, die als Kulturstaaten zu gelten beanspruchen, und die an den Schwären des Parlamentarismus leiden, haben nur zwei Mittel sich davon zu heilen: entweder die heutigen Staaten in kleine autonome

Körperschaften zu zerschlagen, die üblen und schädlichen Individuen den Zutritt zur Regierung unmöglich machen, oder aber die bisherige Staatsform beizubehalten und die heutige Wahlordnung abzuändern und Zugang zur Regierung nur den würdigsten Individuen zu sichern. Jeder Gesellschaftsverband besitzt solche Leute, also ist das ganze Problem des Wertes des Parlamentarismus in dem Wert des Wahlsystems beschlossen.



DIE UNBEQUEME DEMOKRATIE

Paul Szende

ehem. ungarischer Finanzminister, dzt. Wien

Auf politischem Gebiete gibt es auch Moden, die kommen und vergehen und ihren Ursprung der Umwälzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verdanken. Heute ist die Mode der Diktatur en vogue. Zwei Spielarten kämpfen um die Palme. Die Diktatur des Proletariats ist die Staatsform Rußlands schon seit acht Jahren, die kommunistischen Parteien aller Länder bemühen sich, diese Mode den eigenen Völkern aufzuerlegen. Die zweite Spielart ist die weiße Diktatur. Ihre Vorbilder sind Italien, Ungarn und Bulgarien. Auch die reaktionären Parteien sind in jedem Lande bemüht, diesem Beispiele zu folgen und eine Diktatur gegen die Arbeiterschaft aufzurichten. Die Demokratie ist aus der Mode gekommen, ihre Anhänger befinden sich in der Defensive. Viele Politiker, die früher überzeugte Kämpfer des demokratischen Gedankens waren, beurteilen die Zukunft äußerst skeptisch.

In dieser Zeit, da die faschistischen und ultrareaktionären Tendenzen selbst in solchen Staaten, die früher die Hochburgen der Demokratie waren, an Kraft und Bedeutung zunehmen, klingt es vielleicht widerspruchsvoll, wenn wir die folgende Behauptung wagen: Die Stärke der reaktionären Bestrebungen ist darauf zurückzuführen, daß die Zukunft der Demokratie eine gesicherte ist. Gelingt es den faschistischen Parteien nicht, diese

zwangsläufige Entwicklung jetzt mit Gewaltmitteln aufzuhalten, dann haben sie das Spiel verloren.. Die Mode des Faschismus ist darum so verbreitet, weil die Nutznießer der alten Gesellschaftsordnung, die hinter diesen Bestrebungen stehen, wohl wissen, daß es sich um das Ganze handelt. Der Krieg und die darauffolgenden Revolutionen haben die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft vollständig umgeändert. In Europa fielen die drei autokratischen Kaiserreiche ohne Widerstand zusammen, in den neugegründeten Ländern kamen die bisher unterdrückten Volksklassen zur Macht. Auch in den großen Siegerstaaten ist eine vollständige Umwälzung vor sich gegangen, die Arbeiterschaft drang überall in den Vordergrund. Nimmt diese Entwicklung ihren freien Lauf, dann haben die alten sozialen Mächte vollständig ausgespielt und die neue Aera der Geschichte beginnt.

Die Nachkriegszeit brachte aber nicht nur einen stürmischen Fortschritt der Demokratie, sondern auch eine tiefgehende finanzielle, wirtschaftliche Krise mit sich, als Folge des Weltkrieges. Die Reaktion machte sich an die Arbeit, um die seelischen Auswirkungen dieser Krise nutzbar zu machen und die Bevölkerung gegen die aufkommenden sozialen Kräfte zu mobilisieren. Da Krise, Elend, Arbeitslosigkeit zeitlich mit dem politischen Aufstieg der Arbeiterklasse zusammenfielen, war es eine verhältnismäßig leichte Arbeit, einem großen Teile des Publikums die Ueberzeugung beizubringen, daß an dem wirtschaftlichen Elend das neue politische System schuld sei. Diese Taktik erklärt, warum es den faschistischen Parteien anfangs immer gelingt, breite Massen zu sich hinüberzuziehen.

Man ist gewöhnt, die Ueberhandnahme der Mode der Diktatur darauf zurückzuführen, daß der vierjährige Krieg, der eben die höchste Verwirklichung dieses

Prinzipes war, die Vorliebe für Gewaltanwendung, Machtentfaltung und Brutalität geradezu systematisch züchtete. Diese Mentalität ist den Menschen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie die Methoden des Schützengrabenkrieges und der Kriegswirtschaft nun auch im politischen sogar im alltäglichen Leben weiter anwenden wollen. Zweifelsohne hat diese Feststellung etwas für sich, doch trifft sie den Nagel nicht auf den Kopf. Der Gedanke der Diktatur ist nicht darum so zugkräftig, weil es einen Krieg gab, sondern weil auf den Krieg in den besiegten Ländern eine Revolution und in den übrigen Staaten eine ungemaine Erstarkung der unteren Volksklassen folgte. Wäre die alte Ordnung aus dem Kriege unerschüttert hervorgegangen, dann hätten wir diese Hochkonjunktur der Diktaturen nicht erlebt.

Die Diktatur ist darum so beliebt, weil sie für eine kürzere Zeitspanne die bequemste Regierungsmethode darstellt. An den jetzigen Verhältnissen gemessen, war das Regieren vor dem Kriege wahrhaftig ein Kinderspiel. Jede Regierung steht jetzt einer unübersehbaren Anzahl von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Problemen gegenüber, die stürmisch nach Lösung verlangen. In den meisten Ländern wird diese Schwierigkeit noch dadurch erhöht, daß ein sozialer Gleichgewichtszustand eingetreten ist, der die Erledigung der politischen Probleme ungemain erschwert. Die Arbeiterschaft, die Trägerin der neuen Gesellschaftsordnung, ist noch nicht stark genug, ihre Forderungen durchzusetzen, die alten sozialen Mächte: Grundbesitz, Schwerindustrie, Bankkapital usw. sind hingegen schon nicht mehr genug stark, die aufkommenden Klassen zu beherrschen.

Infolgedessen gelangt das politische Leben in demokratischen Staaten beinahe überall auf einen toten

Punkt. Kein Wunder daher, daß in diesem Zustande die Anhänger der diktatorischen Methoden die Oberhand gewinnen. Schiebt man das Parlament beiseite, unterdrückt man Presse und öffentliche Meinung, dann kann eine Lösung schnell und leicht herbeigeführt werden. Es kommt sehr oft vor, daß auch Staatsmänner, deren demokratische Gesinnung außer Zweifel steht, diesen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber manchmal der Versuchung anheimfallen und zu diktatorischen Mitteln greifen.

In Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht herrscht, sind nur noch Koalitionsregierungen möglich. Die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung sind dermaßen mannigfaltig, daß sie sich in den Rahmen zweier großer Parteien nicht hineinzwängen lassen. Auch in England und Amerika, wo infolge alter demokratischer Ueberlieferungen das Zweiparteiensystem noch immer besteht, zeigt die letztere Entwicklung, daß es dem Untergange geweiht ist. Eine Koalitionsregierung ist aber das denkbar schwerfälligste politische System. Demokratie ist überhaupt sehr schwerfällig. Will man nämlich die Interessen sämtlicher Volksklassen gleichmäßig berücksichtigen, so braucht man dazu ein umständliches Ermittlungsverfahren. Nur ein Beispiel: Wirklich demokratisch kann nur eine solche Steuerreform genannt werden, die mit Zustimmung aller derjenigen Schichten zustandekommt, die die Steuern zu zahlen haben. Es ist klar, daß diese Zustimmung äußerst schwer zu erreichen ist, und der Staatsmann, der dieselbe erzielen will, muß ein überhohes Maß an Geschicklichkeit, Geduld und Einsicht besitzen. Viel einfacher war die bisherige Methode. Die Klassen, die selber entweder keine oder ganz geringfügige Steuern zahlten, haben einfach die Steuern den anderen Klassen auferlegt, die dann ob mit oder

ohne Murren, das war nebensächlich — diese Steuern zu bezahlen hatten. Das Steuerproblem war auf die denkbar einfachste Weise gelöst.

Die wirkliche Demokratie kann nur durch die Mitarbeit der Regierten realisiert werden. Ohne ihre Opferfreudigkeit, ohne ihr Zusammenwirken bleibt das demokratische System eine leere Formel und führt letzten Endes zu einer Cliquenwirtschaft. Die Regierten, die bisher daran gewöhnt waren, daß die hohe Obrigkeit für sie dachte und überlegte, fügen sich auch schwer in dieses unbequeme System, das ihnen außer der alltäglichen Beschäftigung noch eine Mehrarbeit auferlegt. Auf diese Müdigkeit und Interessenlosigkeit ist es zurückzuführen, daß die reaktionären Parteien ihren Einfluß, der nach dem Kriege vollständig gebrochen war, mit der Zeit wiederzuerlangen vermochten.

Die Diktatur hat keine solchen Sorgen. Sie stützt sich, wenn sie zur Herrschaft gelangt, immer auf eine kleine Gruppe, ihre soziale Grundlage ist immer äußerst schmal. Die ganze Regierungsweisheit besteht darin, für die Erhaltung der Prätorianer- und Janitscharentruppen zu sorgen, Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Finanzkapital zu bedienen, richtiger ihnen freie Hand zu gewähren. Die Erledigung der übrigen Probleme, die den Regierungen demokratischer Länder soviel Kopfzerbrechen verursachen, überlassen sie einfach den Bajonetten, von denen ein bekanntes geflügeltes Wort sagt, daß mit ihnen jeder Dummkopf regieren kann. Die Geschichte lehrt, daß in der Vergangenheit die diktatorischen Systeme niemals von Dauer waren. Geling es den unterdrückten Völkern und Klassen nicht, die Willkürherrschaft abzuschütteln, so führte dies zu einer passiven Resistenz der Ausgebeuteten, und der betreffende Staat fiel bei der ersten großen außenpolitischen Katastrophe zusammen. Um-

soweniger kann sich dieses System jetzt auf die Dauer halten, im Zeitalter der zugespitzten Klassengegensätze, jetzt, da die Kräfte der unteren Volksklassen unvergleichlich stärker geworden sind, als vor dem Kriege. Die Mannigfaltigkeit des Lebens kann nicht durch bequeme Regierungsmethoden andauernd beherrscht und gelenkt werden, denn — um ein anderes geflügeltes Wort zu zitieren — Cavour hat den Kern des Problems getroffen, als er sagte: „Mit den Bajonetten kann man vieles machen, nur das eine nicht: man kann nicht auf ihnen sitzen!“



SOZIALE REFORM ALS GRUNDLAGE DER MODERNEN DEMOKRATIE

Ferdinand Toennies

Prof. a. D. an der Universität Kiel

Die moderne Demokratie als Form europäischer Staaten steht noch in den Anfängen ihrer Entwicklung. Durch die furchtbare wirtschaftliche und soziale Zerrüttung, die der Weltkrieg mit sich brachte, ist ihre Wirkung ungeheuer erschwert worden; um so mehr da, wo sie ganz nur ins Leben gerufen wurde. Sie heischt einen entschiedenen guten Willen zu ihrer Bejahung und Durchführung und starke Intelligenz in Verbindung mit solchem guten Willen. Aber gerade ein großer Teil der „Intelligentia“ steht ihr mißtrauisch und mit Mißgunst gegenüber, weil man die Herrschaft der Masse und also der Unverständigen fürchtet. Innerhalb dieser Opposition sind sogar — wenn auch minder intelligente — Elemente vorhanden, die den ernstesten Willen hegen und Pläne verfolgen, die Demokratie zu vernichten. Alle diese ihr entgegen gerichteten Elemente sind genötigt, um Macht zu gewinnen, selber an die Masseninstinkte zu appellieren und darin beruhende Forderungen sich zu eigen zu machen; auch können sie nicht umhin, für sich und ihre Anhänger den Gebrauch derselben Wahlrechte in Anspruch zu nehmen, die ihnen kraft der demokratischen Verfassung zustehen. Wo diese auch auf Frauen ausgedehnt sind, steht den reaktionären Potenzen ein politisch sehr mobiler und gänzlich unerfahrener Volksteil zur Verfügung, der

durch diese Eigenschaften die männliche Arbeiterklasse — auch wenn er seiner großen Menge nach ihr selber angehört, — weit übertrifft. Vom Standpunkt ihrer eigenen Erhaltung und gemäß darauf gerichteter Staatsklugheit, ist es ein schwerer Fehler gewesen, daß die jüngsten Revolutionen das weibliche Wahlrecht ihren Verfassungen zugrunde gelegt haben, anstatt es als Prämie für die Gunst, die von Seite der Frauen der Republik zu Teil werden würde, in Aussicht zu stellen. Ebenso hätte die *Ratio Status* empfehlen müssen, das volle Bürgerrecht, also den Genuß aller subjektiven öffentlichen Rechte, den jüngeren Altersgruppen auch der Männer vorzuenthalten, bis diese etwa in normalen Zeitläufen für politisch reif zu ihrem Gebrauche gehalten werden dürften.

Aber selbst in ruhigen Zeiten würde es keineswegs prinzipiell feststehen, daß die politische Mündigkeit mit der zivilen zusammenfallen oder gar ihr vorausgehen sollte. Es ist ein gewaltiges Axiom und zugleich ein Postulat, das die Wähler, gleichviel welchen Bildungsgrades, welchen Charakters, welcher Gunst für (oder Abgunst wider) die bestehende Verfassung, einander gleichschätzt und gleichstellt als Miturheber der Gesetzgebung und Teilhaber an der Souveränität des Volkes: der durchgeführt kühne Gedanke einer Selbstbeherrschung der Staatsbürgerschaft — aber eben die Selbstbeherrschung heischt Selbstbeschränkung, und diese würde sich darin ausdrücken, daß die Teilnahme an der Bildung des Volkswillens an ein etwas höheres Lebensalter als die Bildung eines geschäftsfähigen privaten Willens geknüpft wäre. Ueberdies aber ist der Erwägung wert, ob nicht mit den übrigen politisch noch unmündigen Volksgenossen auch die Kinder eine Vertretung haben sollten, sodaß ihre Eltern (oder deren rechtliche Vertreter) im Verhältnisse zum Alter dieser

Unselbständigen ein vermehrtes Wahlrecht erhielten, nicht für ihre Personen, sondern eben für diese, sonst unvertretenen Personen, deren Interesse, erzogen, unterrichtet, in jeder Hinsicht gefördert zu werden, dadurch zu besserer Geltung gelangen würde, als sonst zu erwarten stünde.

Denn gerade an dieser Verbesserung des Jugendstandes muß einer demokratischen Republik um ihrer eigenen Befestigung und Vertiefung willen am meisten und am stärksten gelegen sein. Sie ist die unerläßliche Bedingung für ihr inneres Gedeihen. „We must educate our rulers“ — so prägte man in England schon vor mehr als 30 Jahren den Gedanken aus, den, wiederum ein Menschenalter früher Karl Marx dahin ausgesprochen hatte: daß den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenstes Interesse die Wegräumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse gebiete, wodurch bisher die Entwicklung der Arbeiterklasse gehemmt werde. Daß der Denker hier auch die geistige und moralische Entwicklung im Auge hatte, geht aus dem vorhergehenden Satze hervor, worin er voraussagt, der Umwälzungsprozeß werde in brutaleren oder humaneren Formen auf dem Kontinent sich bewegen, je nach dem Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse selbst. Es gibt keinen Grund zu vermuten, daß ihm die brutaleren Formen erwünschter gewesen seien als die humaneren, wenn gleich von Zeit zu Zeit immer wieder die *Revolutions-Romantik* in seiner Seele lebendig wurde.

Die demokratische Verfassung hat in bezug auf die soziale Frage jedenfalls die eine große Wirkung, daß sie beruhigend auf die Gemüter der großen leidenden Volksmenge wirkt, weil sie darin die förmliche Anbahnung ihres wachsenden Einflusses auf die Gesetz-

gebung zu erkennen glaubt, und davon die Eröffnung einer sozialen Reform großen Stiles um so mehr erwartet, je mehr die kapitalistische Entwicklung in ihren eigenen Wegen fortschreitet.

In der Tat ist die soziale Reform großen Stiles diejenige Angelegenheit, die vor allen anderen eine moderne Demokratie sich angelegen sein lassen muß — im Interesse ihrer Selbsterhaltung und vor allem in dem ihrer Fortbildung und Veredelung. Sie allein ist geeignet, einer sinngemäßen Parteibildung im heutigen Staate zur Grundlage zu dienen. Wie ehemals der Kampf zwischen konservativem und liberalem Gedanken den Gegensatz von Monarchie und Republik in seinem Schoße barg, so werden sich einst die mannigfachen Widersprüche und Varietäten der Parteien auf den einen großen Widerspruch: kapitalistische oder sozialistische Gesellschaft versammeln. Die unbedingte Ueberlegenheit des Kapitalismus, der noch immer in ihm selber, nämlich in seiner wirtschaftlichen Macht, in der Macht des Geldes und Kredits, seine unerschütterte Stütze hat, besteht gleichwohl nicht mehr. Die Bewegung und Kraft der um Lohn arbeitenden Klasse, die mehr und mehr auch die Gehaltsempfänge an sich zieht, hat jene Uebermacht gebrochen. Aber die Schichten der Bildung sind — auch nach ihrer Proletarisierung durch Vernichtung des größten Teiles ihrer Vermögen in den Währungskrisen — ihren weit überwiegenden Bestandteilen nach noch immer die Anwälte des Kapitalismus, den sie für naturnotwendig und volkswirtschaftlich unersetzbar halten. Viel weniger gilt dies in bezug auf den Grundbesitz und die Grundrente. Das Programm der sozialen Reform wird daher am zweckmäßigsten das Schlagwort „Bodenreform“ an die Spitze seiner Forderungen stellen. Sie kann das bäuerliche Eigentum nicht nur schonen und pflegen,

sondern durch finanzielle Begünstigung in der Steuer- und Wirtschaftspolitik an sich ziehen. So wird eine erhebliche und dauernde Mehrheit um die Sozialreform sich sammeln und aus dieser werden Regierungen hervorgehen, die — wie groß auch ihre sonstigen Differenzen sein mögen — in diesem großen Ziele einig bleiben und es unverrückt im Auge behalten.

Dem schweren Mangel des parlamentarischen Systems, zumal bei einer Mannigfaltigkeit der Parteien, wie sie in den meisten heutigen Staaten besteht, daß die Kabinettskrisen einander folgen, und den Ministerien zu wenig Zeit gelassen wird, durch offenbare nützliche Wirksamkeit sich zu bewähren, wäre damit die Spitze abgebrochen. Es besteht keine physische oder moralische Notwendigkeit für ein Schaukelsystem oder wie es in England zu heißen pflegt, ein Schwingen des Pendels der Parteiregierungen. Aber auch, wenn eine Regierung der Sozialreform auf bleibende Mehrheiten rechnen kann, so wird doch immer die Möglichkeit — unter Umständen die steigende Wahrscheinlichkeit — des Umschlagens zur Mäßigung, also zu behutsamem und besonnenem Handeln eine fortwährende Mahnung sein.

Daß überhaupt die Verbesserung der Parlamente durch höhere Qualitäten ihrer Mitglieder eine Lebensfrage für die demokratischen Republiken ist, diese Erkenntnis kann nicht scharf genug betont werden. Ich bin mit Masaryk (dessen Ansichten ich in vielen Stücken, wenn auch nicht in Fragen, die das Deutschtum betreffen, teile) der Meinung, daß die Parlamente geringer an Zahl sein sollten; und daß die Verhältnismahl eine solche Verminderung erleichtern würde. Auch bin ich mit der Forderung einverstanden, daß Bildung und Sittlichkeit der Abgeordneten für jede Form

des Parlaments die Hauptsache sein sollten („Die Weltrevolution“ deutsche Ausgabe S. 471).

In den Vereinigten Staaten Amerikas gibt es freilich keine parlamentarische Regierung. Aber es gibt Nester von Korruption in der Union, in den Staaten, in den Gemeinden. Nichts kann schlimmer für die Lebensfähigkeit der Republiken sein als wenn die Würde des „Politikers“ ein Ausdruck der Geringschätzung, ja ein Schimpfwort wird, wie es dort nach den Zeugnissen Ostrogorsky's und Bryce's tatsächlich der Fall ist.

Europa wird eine solche Entartung noch viel weniger vertragen können als „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“.



EINE PRÜFUNG DER PARLAMEN- TARISCHEN DEMOKRATIE

The Right Hon. *Charles Trevelyan*
ehem. Unterrichtsminister, M. P., London

Es würde für einen Politiker, der Kontinentaleuropa von den Ufern Englands aus betrachtet, anmaßend erscheinen, vertrauenswürdige Urteile über andere Länder abzugeben, aber über sein eigenes Land darf er dogmatisieren. Ich kann nur sagen, daß ich die häufig ausgesprochene Meinung nicht teile, daß die demokratischen Einrichtungen eine solche Schwäche zeigen, daß eine allgemeine Aenderung im Sinne einer persönlichen oder militärischen Regierung wahrscheinlich wäre. Jeder Regierungsform würde es schwer fallen, dem Ansturm des wirtschaftlichen und politischen Elends standzuhalten, durch das viele Völker bei Kriegsende hindurchschreiten mußten.

Die Tatsache von Minoritäten-Tyrannien in manchen dieser Länder ist nicht überraschend. Das totale Versagen der Staatsmänner von Versailles, Europa einen annehmbaren Frieden zu geben oder durchzusetzen, daß die Abrüstung, die sie Deutschland auferlegten, allgemein durchgeführt werde, hat die Gelegenheit dazu geschaffen. Jedoch das allein betonen, heißt keinen Sinn für wirkliche Proportionen zu besitzen.

Das größte Ergebnis der Weltkatastrophe ist das Verschwinden der Kaiser, Kaiserreiche und Autokratien. Die Form der parlamentarischen Demokratie ist

nun von allen europäischen Ländern angenommen mit Ausnahme Italiens, Spaniens und Rußlands. Trotz der sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, welche alles bisher Dagewesene weit übertreffen, werden die neuen Formen der Demokratie nun auch in Deutschland, der Tschechoslowakei und Oesterreich angewendet. Und diese Länder sind in ihrem Kampfe um einen geordneten Frieden erfolgreicher als ihre chaotischen Nachbarn auf dem Balkan. Noch ist Demokratie etwas Neues für Europa. Obgleich Deutschland vor dem Kriege einen auf einem allgemeinen Stimmrecht basierenden Reichstag hatte, versuchten seine demokratischen Kräfte dennoch niemals den Kampf gegen Junkertum und Autokratie, wie dies die britische und französische Demokratie zweihundert Jahre vorher getan hatte. Wie sollte Mittel- und Osteuropa nun Vertrauen zur Demokratie haben? Sie ist etwas Neues für sie. Es ist aber trotzdem ein gewaltiger Fortschritt, daß die Demokratie gegenwärtig von den Karpathen bis zum Rhein ihre Herrschaft ausübt.

Warum sollte es ferner als ein Versagen des Parlamentarismus betrachtet werden, daß ihm Rußland und Italien entsagt haben? Unser westliches Muster braucht nicht auch für den Osten und Süden zu passen. Obzwar Cavour es versuchte, die Italiener auf den Weg eines gesunden Parlamentarismus zu leiten, hatte dennoch die breite Masse der Italiener zwei Generationen lang in ihrem Parlament nichts besseres vor sich als eine Maschine der Korruption. Und in Rußland hatte das parlamentarische Regime überhaupt keine Wurzeln. Die Duma bestand einige Jahre hindurch ohne jede Macht. Und sie erlosch im Sturm des Krieges und der Revolution. Es ist natürlich, daß die Russen eine Regierungsform entwickelten, die ihren gegenwärtigen und vitalen Inter-

essen entsprach. Die Sowjets stellen offenbar eine Maschinerie dar, mittels welcher die verschiedenen Phasen der Revolution realisiert werden können.

Von diesem Gesichtspunkt aus bleibt als Haupttatsache, daß sich der Raum, auf dem parlamentarische Regierungen mit sehr wechselnden Erfolgen ihre Aufgaben zu lösen suchen, bedeutend erweitert hat. Allein die bei weitem wichtigste Frage ist nicht, ob der Parlamentarismus feststeht und die Probe des Weltkrieges in Ländern übersteht, wo er seit Generationen das Gerüste der Gesellschaft war. Es gibt vor allem keine Zeichen im Sinne einer Reaktion in der Schweiz, Holland, Dänemark, Norwegen oder Schweden. Die durch den Sozialismus ausgedrückten neuen ökonomischen Kräfte suchen ihren Anteil an der Regierung, aber nicht etwa, um das parlamentarische System durch eine gewalttätige Revolution zu stürzen.

Frankreich und England bilden die äußerste Probe. Und ich kann nicht einsehen, daß Frankreich trotz der großen Entbehrungen des Krieges und der militärischen und intellektuellen Reaktion, die dem Kriege folgten, schlechter daran ist als in den vierzig Jahren vor dem Kriege. Die Regierung wechselt jedes Jahr. Dasselbe war in den siebziger und achtziger Jahren der Fall. Gerüchte über militärische „Coups d'état“ werden von Zeit zu Zeit hörbar. So war es auch in der Zeit Boulangers. Allein wer glaubt wirklich daran, daß es einen neuen französischen militaristischen Imperialismus geben könnte, selbst wenn der Franc so fallen sollte wie die Mark? Der französische Imperialismus, der ohne das Parlament regieren wollte, brach mit dem verlorenen Kriege des Jahres 1870 zusammen. Die französische parlamentarische Demokratie sicherte sich mit dem siegreichen Krieg von 1919 ihre Stellung.

Auch von meinem eigenen Lande spreche ich mit Zuversicht. Kommunismus und Faschismus existieren in England. So gab es dort jederzeit Extreme von Reaktionären und Revolutionären, welche an Bürgerkrieg und Gewalt glaubten. Allein besteht ein Anlaß anzunehmen, daß die Masse des britischen Volkes dulden würde, um einem dieser beiden Extreme zu gestatten, die Kontrolle des Landes zu übernehmen? Für die meisten Engländer ist dieser Vorschlag zum Lachen. Ich bin mit einer kurzen Unterbrechung seit 26 Jahren im Parlament. Aber ich habe niemals ein solches allgemeines Interesse an politischen Fragen gefunden wie heute. Die sozialistische Bewegung in England glaubt fest daran, daß sie das Parlament zur Durchführung sozialistischer Maßnahmen verwenden kann, falls sie die Mehrheit zu überzeugen versteht. Solange nicht Tatsachen diese Erwartung Lügen strafen, gibt es für den besonderen Glauben des Kommunismus, daß nur Gewalt unsere ökonomische Struktur ändern kann, keine Chance.

Außerhalb Englands können manche Mißverständnisse hinsichtlich der Haltung der Labour-Party in der Frage der Einkerkung der 12 Kommunisten bestehen. Unsere Mißbilligung der Verfolgung hat jedoch nichts mit den gepredigten Doktrinen zu tun. Wir widersetzen uns jeder Mundtotmachung einer Meinung, sei sie auch dumm und herausfordernd, die zu keinem Resultat führt. Die Kommunisten waren unbeachtet und sollten deshalb von ihren Mitbürgern unbeachtet gelassen werden. Wenn ein Aufruhr oder Gewalttätigkeiten sich tatsächlich ereignen sollten, dann gäbe es wenig Leute, die die Anstifter schützen würden.

Und das Gegenteil ist ebenso wahr: Wenn Faszi-
sten versuchen sollten, Genossenschaftsgeschäfte niederzubrennen oder sozialistische Parlamentsmitglie-

der zu ermorden, dann würde weder das britische Gesetz noch die britische öffentliche Meinung ihnen gegenüber Gnade kennen. Wenn es eine Arbeiterregierung gäbe und faszistische Organisationen versuchen sollten, deren Politik durch Illegalität und Gewalt zu sabotieren, dann würde sie die britische Armee und Polizei mit voller Unterstützung der öffentlichen Meinung unterdrücken. Gesetz und Ordnung sind hier eine eingefleischte Sitte. Gewalt wird als eine häßliche Form des Wahnsinns betrachtet. Der Engländer wird auf seine Regierung schimpfen und seine Verachtung für das Parlament bezeugen. Aber nicht vielleicht weil er an das Parlament oder an die Regierung nicht glaubt, sondern weil beide zufällig gegen seine Wünsche handeln. Er wird deshalb kein Revolutionär. Er wird nur ein heftigerer politischer Parteimann bei den nächsten Wahlen. Die Mehrzahl der Konservativen, die Gesamtheit der Liberalen und die Mehrzahl der Arbeiterpartei erblickt im Parlamentarismus Sicherheit und Fortschritt.

Wenn diese Stimmung in England andauert, dann wird unser mächtiges Beispiel schließlich mehr Einfluß auf Europa haben als die kurzen Triumphe Mussolinis oder der wilde Terror in Ungarn oder Bulgarien.



QUO VADIS?

The Right Hon. *Sidney Webb*

chem. Präsident des Board of Trade, M. P.

Es ist beinahe unmöglich für die Zeitgenossen, die Wichtigkeit der sozialen Veränderungen nicht falsch zu beurteilen, inmitten derer sie leben. Der Weltkrieg der Jahre 1914—1918 war eine Konvulsion von derartiger Großartigkeit und Reichweite, daß sie naturgemäß unsere Fähigkeit der genauen Würdigung übertrifft. Für mindestens hundert Jahre wird die Welt außerstande sein, ihre Bedeutung zu ermessen. Wir wollen jedoch zurückblicken um ein und einviertel Jahrhundert, in die Schlußdekade des achtzehnten Jahrhunderts. Für jene, die unter dem Einflusse der französischen Revolution lebten mit all ihren Verbrechen, ihren Tausenden von unter der Guillotine gefallenen Opfern, den Hunderttausenden, die im Kriege erschlagen worden waren, ihrem Sturz der Throne, den Verwüstungen in den besiegten Ländern, den Vermögenskonfiskationen und den Zehntausenden zugrunde gerichteter Emigranten — und mehr noch ihren weitreichenden Enttäuschungen der gehegten Erwartungen, gewohnten Gedankengängen und gefestigten Konventionen — schien es, als ob die Zivilisation unter diesem Ansturm taumele und vor der Gefahr der Auflösung stehe. Wir wissen jetzt, daß, was damals für so manche ruinierte Familie das Ende aller Dinge zu sein schien, nur ein augenblickliches Erschlaffen in dem jahrhundertalten Fortschritt der Menschheit bedeutete. Die französische

Revolution und die zwanzig Jahre Krieg, die sie verursachten, schienen vorerst nicht ein Regime des Republikanismus und der politischen Gleichheit einleiten zu wollen. Aber ein Vierteljahrhundert später können wir erkennen, daß die „Ideen von 1789“ eine Umgestaltung der politischen Welt bewirkt haben. Wer kann voraussagen, was in ein und einem Vierteljahrhundert, also ungefähr im Jahre 2050 als das Ergebnis der wirtschaftlichen Freiheit und der sozialen Gleichheit des Weltkrieges von 1914—18 und der russischen Revolution anerkannt werden wird?

Wir alle neigen dazu, allzuviel und allzusehnlich Ergebnisse von jeder sozialen Aenderung zu erwarten, ganz besonders von der politischen Demokratie. Die Ungeduld, mit der die demokratisch-politische Maschinerie, die sich jetzt in Sowjetrußland einerseits kundgibt und bei den Fasziisten Italiens auf der anderen Seite, ebenso wie der Fehlschlag in Spanien und Portugal und aller Balkanvölker bei dem Versuche, die demokratische Maschinerie in Gang zu setzen — ist im ganzen und großen auf ein gewöhnliches Mißverstehen zurückzuführen. Zweck und Ziel der politischen Demokratie sind einzig und allein, im Volke die bewußte Uebereinstimmung mit allen Handlungen der Regierung seines Staates herzustellen. Politische Demokratie an sich führt, wie wir wissen, zu keiner guten Regierung. Sie bringt aus eigenem weder Freiheit noch Gleichheit noch Brüderlichkeit hervor. Aber sie erzeugt bei den Nationen, die am besten gelernt haben, sie zu handhaben, (beispielsweise in den Vereinigten Staaten, in Australien und Canada, in Großbritannien, in den skandinavischen Ländern, in Belgien und Holland, und auch in Frankreich), ein derartiges Bewußtsein der Uebereinstimmung, daß diese Nationen Sicherheit, Macht, Kohä-

sion und das Gefühl der persönlichen Freiheit haben, die weithin alles überragen, was durch die Diktatur von Königen oder Kaisern, von usurpierenden Autokraten oder die Minderheiten beherrschender Macht erreicht werden kann. Ein Ergebnis des Weltkrieges ist beispielsweise die Demonstration, daß demokratisch regierte Nationen, gerade wegen dieses Bewußtseins der Uebereinstimmung mächtiger sowohl im modernen Kriegswesen sind, als auch tüchtiger in der Produktion ihres Vermögens als je eine Autokratie es hoffen kann. Aus diesem Grunde ist es klar, daß die politische Demokratie, mit all ihren Unzulänglichkeiten, über jede andere Regierungsform triumphieren wird. Es gibt jedoch noch keine feststehende oder endgültige Form politischer Demokratie als solcher. Aber die Wahl an der Wahlurne, mit den größtmöglichen Wahlfreiheiten — möge auch sie das unerläßliche Bewußtsein der Uebereinstimmung hervorbringen — gewährleistet noch nicht, daß sie entweder eine gute Regierung oder die Zufriedenheit der Bevölkerung herbeiführen wird. Und zwar zum größten Teile deshalb, weil das, wodurch sie sichergestellt, die Zustimmung des Volkes zu Projekten ist. Was eine gute Regierung wie die öffentliche Zufriedenheit gleichermaßen erfordern, ist eine ganz andere Sache, nämlich die Zustimmung der Bevölkerung zu den Ergebnissen dieser Projekte. Wenn (wie es oft der Fall ist) diese Ergebnisse verderblich sind, wird die bloße Tatsache, daß die Wähler selbst für diese Projekte gestimmt haben, weder die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit noch letzten Endes die daraus erstehenden politischen Umwälzungen verhindern. Daher hängt die nationale Stabilität ebenso sehr wie der soziale Fortschritt nicht von der Demokratie, sondern von den tatsächlichen Fortschritten in unseren wissenschaftlichen Kenntnissen der Regie-

rungskunst ab — von unseren Fortschritten in der wirtschaftlichen und der politischen Wissenschaft. Wir wollen hoffen, daß das zwanzigste Jahrhundert sich ebenso reich an Entdeckungen in der wirtschaftlichen und der politischen Wissenschaft zeigen möge, wie es das neunzehnte Jahrhundert an physikalischen und biologischen Entdeckungen gewesen ist.

Wir können bereits sehen, wie mächtig der Beginn unseres Fortschrittes in der wirtschaftlichen und der politischen Wissenschaft die Politik Europas gewesen ist. Warum ist der Liberalismus als politische Macht überall unterlegen? Im Grunde genommen deswegen, weil die Welt entdeckt hat, daß der unbeschränkte individuelle Besitz an Land und Industriekapital, die unbeschränkte Konkurrenzfreiheit im Gegensatz zu dem, was die Liberalen seit 1850 überall verkündet hatten, weder Freiheit noch Gleichheit bringt. Was die liberale Bourgeoisie als wirtschaftliche Freiheit sich vorgestellt hat, war tatsächlich die wirtschaftliche Macht über andere Menschen, die sie gegen Entlohnung beschäftigten. Was den Reichen die Gleichheit vor dem Gesetz zu sein schien, zeigte sich in seiner Wirkung als Maximum der sozialen Ungleichheit und wirtschaftlicher Sklaverei. Wir wissen heute, daß wir die Freiheit erreichen können, nicht durch *laissez faire*, sondern durch legale Maßnahmen. Nicht Anarchie, aber Recht ist die Mutter der Freiheit. Dieses Wachstum der persönlichen Freiheit ist in der Tat die Aufgabe und das Ergebnis der Eindämmung der kapitalistischen Ausbeutung durch staatliche und municipale Unternehmungen, ebensowohl wie die andauernde Erweiterung der gesetzlichen Regelung der industriellen Verhältnisse. In diesen neuen sozialen Formen sehen wir das Vordringen des Sozialismus, oftmals ohne daß die Sozialisten selbst sich dessen bewußt werden. Ge-

stärkt durch die unfreiwilligen Zugeständnisse der Oekonomisten ändern die Staatsmänner empirisch ihre Politik, und wir finden die allmähliche Uebernahme einer ganzen Reihe von Maßnahmen durch eine Regierung nach der andern, wie Kollektiveigentum und -Verwaltung, kollektive Regulierung und Kontrolle des Industriekapitals (in der Fabrikgesetzgebung), kollektive Versorgung der allgemeinen Bedürfnisse, Kollektivbesteuerung der wohlhabenderen Individuen. Dies — und nicht etwa irgendeine simultane Umänderung der sozialen Organisation — wird der vierfache Pfad des Sozialismus während des kommenden Jahrhunderts sein. Selbst die Sozialisten gelangen schon dazu, zu begreifen, daß in einem organischen Wachstum, während dessen katastrophale Veränderungen oder simultane Konvulsionen durchaus nicht unmöglich sind, sie nichts anderes als Vernichtung des Gewebes herbeiführen können. Stufenweises Fortschreiten (aber nicht Langsamkeit) ist eine unerläßliche Bedingung des sozialen Fortschrittes: die sukzessiven Schritte, deren jeder verhältnismäßig klein ist, dürfen nicht durch lange Intervalle getrennt sein. Und da Gleichzeitigkeit und Katastrophalismus ausgeschlossen sind, braucht es — wenn der soziale Fortschritt ununterbrochen sein soll — kann es in der Tat zu keinen Konfiskationen oder einer Zurückweisung der berechtigten Ansprüche des Individuums ohne billige Entschädigung kommen. Auf diese Weise wird man verstehen lernen, daß die Aufgabe der Nationalisation oder Munizipalisation irgend eines Eigentums oder irgendwelcher Dienste nicht darauf abzielen, den Staat auf Kosten des enteigneten Individuums zu bereichern, sondern lediglich die Kontrolle aus privaten in öffentliche Hände zu verlegen. Wenn das, was erwünscht ist, die Bereicherung des Staates ist, dann sind die Methoden des Sozialismus

nicht Nationalisation, sondern wissenschaftlich abgestufte Besteuerung — abgeschätzte Besteuerung, wie die Volkswirtschaftler sie immer empfohlen haben im Verhältnis zu der individuellen Zahlungsfähigkeit.

Wie weit dieses vierfache Vordringen des Sozialismus geführt werden kann und in welchen Abständen die sukzessiven Schritte einer den anderen folgen werden, hängt im Wesentlichen von dem Grade der wirtschaftlichen und industriellen Ausbildung jeder Nation ab. Das gewaltigste Instrument öffentlicher Belehrung ist aber nicht die Schule, sondern die Gesetzgebung. Wenn, wie die Liberalen es empfohlen haben, die Legislatur sich nur auf die Verbesserung der Ungleichheiten alter Gesetze beschränkt, oder auf die Abänderungen der Wahlfreiheit, auf die Ersetzung der Könige durch Präsidenten, dann wird das Volk aus dem sozialen Fortschritt keine Lehre ziehen, und der wirtschaftliche Fortschritt wird nur langsam sein. Aber wenn ein Schritt um den anderen gegangen wird, von Kollektiveigentum und Verwaltung zu Kollektivregulation und Kontrolle der privaten kapitalistischen Ausbeutung, zur kollektiven Versorgung der Bedürfnisse der Allgemeinheit und zur Kollektivbesteuerung des individuellen Besitzes, dann wird die Allgemeinheit von dem überzeugendsten aller Lehrer lernen, der Erfahrung. Die Antwort auf unsere Frage lautet tatsächlich: *Solvitur ambulando*; unter wirklicher Demokratie werden überall und jederzeit nur solche Schritte unternommen werden, die sowohl den Staatsmännern wie auch dem Volke in ihren Auswirkungen gleich erfolgreich zu sein scheinen. Wenn irgendein Schritt erfolglos ist — und jeder dieser Schritte wird sich als weniger erfolgreich erweisen als ihre Vertreter es erwarten — dann kann die Aktion modifiziert, das Vordringen in dieser Richtung kann

zum Stehen gebracht werden. Was aber wichtig ist, ist die Tatsache, daß die gesamte Bevölkerung auf diese Weise in die Lage versetzt wird, durch Erfahrung zu lernen. Nur auf diese Weise, in tatsächlicher Ueberprüfung sozialistischer Experimente, können wir mit John Hay, dem amerikanischen Dichter sagen,

Wahrheit soll uns Freiheit bringen,
Freiheit mach' uns weise.



ZUR PROBLEMATIK DES PARLAMENTARISMUS UND DER DEMOKRATIE

Franz Weyr

Professor an der Masaryk-Universität in Brünn

Wenn heutzutage immer wieder von einer Krise dieser beiden politischen Formen gesprochen wird, so wird im allgemeinen an die Tatsache gedacht, daß diese nicht alle Hoffnungen erfüllt haben, die an sie von einer mehr oder weniger naiven, d. h. optimistischen Ideologie geknüpft worden sind. Es ist das unabänderliche Los des Optimisten hier auf Erden, enttäuscht zu werden. Der prinzipielle Pessimist ist in jeder Richtung vorsichtiger und wird daher nicht so leicht von einer „Krise“ sprechen, wenn es sich um Situationen handelt, deren Eintritt er mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen hat.

Nur derjenige, der sich von der Etablierung einer radikal demokratischen Staatsform den Himmel auf Erden versprochen hat, hat heute, wo zwar die Voraussetzung gegeben ist, ohne daß jedoch die erwartete Folge eingetreten wäre, Grund genug, über eine Revision seiner Wertung politischer Einrichtungen nachzudenken. Aber auch hier sei ihm Vorsicht angeraten. Er werde sich vor allem bewußt, daß die demokratische Staatsform und ihr Gegenteil tatsächlich nur Formen sind, die durch ein gegebenes Material — die Menschheit, das konkrete Volk — als ihr Inhalt ausgefüllt werden. Wenn nach eingegangener Vereinigung das Ganze nicht das erwartete freundliche Ge-

sicht zeigt, so ist es — insbesondere in unserem Falle — nicht notwendig immer die gewählte Form, die daran schuld ist. Man kann daher sagen, daß das Problematische des heutigen Parlamentarismus und der Demokratie auswärts zu suchen ist, oder mit anderen Worten: in einem gewissen Mißverhältnis, welches zwischen Form und Inhalt herrscht.

Der eigentliche Gegensatz zur Demokratie ist die Autokratie. Dies hat niemand so klar wie Kelsen erkannt. Autokratie bedeutet für diesen Gegensatz soviel wie Heteronomie, während Demokratie soviel wie Autonomie bedeutet. Für ein Volk eine demokratische Staatsform wollen, heißt es selbständig haben wollen. Wer daher nach den gewiß nicht besonders erfreulichen Erfahrungen der Nachkriegsjahre an der Demokratie verzweifelt, verzweifelt eigentlich an dem großen Werk des politischen Umsturzes von 1918. Wer an der Demokratie verzweifelt, muß auch an einer ihrer Erscheinungsformen, d. i. an dem modernen Parlamentarismus verzweifeln. Der Parlamentarismus ist nämlich die Erscheinungsform der Demokratie auf dem Gebiete der Erzeugung primärer Normen, d. h. der Gesetze. Nur durch das sogenannte „parlamentarische System“, wonach das Parlament wenigstens indirekt (durch seine allseitige Kontrolle der Exekutive sowie durch die Form der sogen. parlamentarischen Regierung) in andere Sphären der Rechtserzeugung, d. i. in Justiz und Verwaltung, übergreift, erlangt das Prinzip der demokratischen Autonomie eine noch weitere Geltung.

Die laudatores temporis acti, deren es bei uns, wie es scheint, immer mehr gibt, scheinen zu übersehen, daß wir heute eigentlich keine Wahl mehr haben: wir können unmöglich zur früheren autokratischen Staatsform (die gewiß auch ihre Vorteile hatte) zurückkeh-

ren, es sei denn, daß wir mit Gewalt in sie hineingezwängt werden. Denn wer einmal die Autonomie gekostet hat — und dies gilt auch von Völkern —, wird sich ihrer freiwillig nie mehr begeben. Ist also die Form unabänderbar, so muß versucht werden, das durch sie geformte Material ihr womöglich anzupassen. Dieses Material sind aber wir selbst, das Volk. Hierin liegt das eigentliche Problem.

Nur ein verständiges Individuum wird seine Autonomie mit Erfolg genießen. Dasselbe gilt auch von ganzen Völkern. Es ist daher geradezu ein Gradmesser der Intelligenz eines Volkes, inwieweit sich bei ihm Demokratie und Parlamentarismus bewähren. Verstand setzt aber in allem eine genügende Selbsterkenntnis, d. h. Autokritik, voraus. Mit dieser Selbsterkenntnis ist es aber bei den Völkern, und insbesondere bei den unseren, noch sehr im Argen. Gewissenlose Agitatoren und naive politische Führer tun hier das ihrige, um jede Besinnung im Keim zu ersticken. Die urteilslose Menge wird in einer Atmosphäre von leeren Schlagwörtern und Phrasen gehalten und um den Rest ihrer Besinnung gebracht. Die wahre Demokratie wird durch demokratische Schlagwörter und Phrasen erschlagen, also in gewissem Sinne mit ihren eigenen Waffen. Des ganzen politischen Lebens bemächtigt sich eine Irrationalität, die jeden denkenden Menschen abschrecken muß. Der allgemeine Taumel ergreift vor allem das Parlament, diesen wichtigsten Hort jeder Demokratie. Das ganze demokratische Europa bietet in dieser Richtung, von gewissen kleinen nationalen Abweichungen abgesehen, dasselbe Bild. Es hat den Anschein, als ob eine gewisse absolute Unverschämtheit zu den wesentlichsten Merkmalen eben jener Demokratie gehörte, die für die schönste Staatsform gehalten wurde, und daß heutzutage nur

der mehr oder weniger unverschämte Mann eine Hoffnung auf politische Karriere hätte.

Doch wäre es verfehlt, wenn man in allen diesen, leider unleugbaren Tatsachen ein Spezifikum der Demokratie erblicken wollte. Auch in der früheren Autokratie gab es diese unerfreulichen Dinge und vielleicht in einem noch höheren Grade. Jedoch mit einem Unterschiede, der sich vielleicht am besten durch den Satz charakterisieren läßt: Man hat damals die schmutzige Wäsche (in der Regel wenigstens) *privat*, d. h. mit Ausschluß der Öffentlichkeit, gewaschen und daher viel weniger Aergernis erregt. Zur Demokratie gehört aber notwendigerweise die Form der *Oeffentlichkeit*, woraus folgt, daß, wenn schon schmutzige Wäsche gewaschen werden muß, dies notwendig öffentlich zu geschehen hat. Dies verlangt die demokratische Aufrichtigkeit.

Vom *moralischen* Standpunkt ist es, wenn schon schmutzige Wäsche gewaschen werden muß, wünschenswert, daß diese unerquickliche Prozedur öffentlich geschehe, nicht geheim oder „*privat*“. Denn so verlangt es die Gerechtigkeit und die Abschreckungstheorie. Nun sollte man nicht vergessen, daß die Tragfähigkeit einer Staatsform nicht unbegrenzt ist. Das, was die frühere autokratische Staatsform eben infolge des Mangels der Öffentlichkeit verhältnismäßig leicht ertragen konnte, kann der Demokratie zum Verhängnis werden. Ihre Belastungsfähigkeit ist infolge des Prinzips der Öffentlichkeit viel geringer als die der Autokratie. Deshalb spricht man kaum ein paar Jahre nach der radikalen Demokratisierung Zentraleuropas bereits von einer akuten Krise der Demokratie und des Parlamentarismus, während in der langen vorhergehenden Zeit der Herrschaft der reinen Autokratie von einer solchen „Krise“ dieser Staatsform nichts zu hören war.

Um zu dem bereits angedeuteten Bilde zurückzukehren: In größeren Mengen kann schmutzige Wäsche nur *privat* gewaschen werden. Da dies in der Demokratie nicht angeht, muß auf einen Zustand des politischen Lebens hingearbeitet werden, in welchem die Notwendigkeit dieser Prozedur, die unerträglich wird, wenn sie öffentlich vor sich geht, auf ein Minimum herabgedrückt werde. Das politische Leben hat nämlich nicht nur seine *Moral*, sondern auch seine *Aesthetik*, und ich irre mich kaum, wenn ich behaupte, daß die heutige „Krise“ der Demokratie und des Parlamentarismus vielleicht eher einen ästhetischen als moralischen Hintergrund hat. Was man nicht weiß, das macht einem nicht heiß. In der alten Autokratie wußte der ehrsame Untertan viel weniger als der heutige demokratische Staatsbürger. Infolgedessen ist diesem auch heißer als seinem ehemaligen Kollegen aus der „guten alten Zeit“, die in vielen Belangen nur deshalb als „gut“ befunden wurde, weil man sie nicht in demselben Maße kannte als die jetzige.

Obwohl gerade ich nicht zu den größten Optimisten auf politischem Gebiete gehöre oder vielleicht eben deshalb, muß ich erklären, daß ich trotz allen traurigen Erfahrungen mit der Demokratie und dem Parlamentarismus nach wie vor der Ansicht bin, daß diese Staatsform heute für uns die einzig mögliche ist. Sie ist — als „Form“ betrachtet — ein höchst elegantes Kleidungsstück, etwa wie ein Frackanzug, zu dem allerdings eine bestimmte Figur seines Trägers gehört, wenn das Ganze nicht lächerlich wirken soll. Wir sind heute — zum Unterschiede zu dem Privatmann, der sich einen Anzug bestellt — nicht in der Lage, die *Façon* unserem *Habitus* anzupassen, sondern müssen trachten, diesen *Habitus* zu verändern, wenn es nötig ist. Denn in einer Gesellschaft, wo die Mehrzahl der

Gäste im Frack erscheint, kann man, ohne unliebsam aufzufallen, nicht im Schlafrock erscheinen, wenn dieser auch noch so gut passen sollte. Eine solche Gesellschaft ist das heutige Europa.

Und obwohl ich auch kein sogenannter Wahrheitsfanatiker bin, der sich einbildet, man müsse auch im politischen Leben überall und immer mit der Wahrheit herausrücken (Die Wahrheit nicht sagen, d. h. schweigen, ist etwas anderes als bewußt eine Unwahrheit sagen, d. h. lügen! Nur von jenem Schweigen, nicht von diesem Lügen, spreche ich hier), so bin ich doch überzeugt, daß man den für die heutige demokratische Staatsform mitunter noch sehr ungeeigneten Habitus des Volkes in erster Linie durch rücksichtsloses Wahrheitssagen kurieren kann. Doch denke ich hiebei nicht an jene tapferen Volkstribunen, deren Wahrheitsdrang mit Popularitätshascherei unlöslich verbunden ist, sondern an jene seltenen Männer, die den Mut haben, auf Kosten ihrer Popularität, beim Volke (und es gibt keine andere „Popularität!“), dem Volke die Wahrheit zu predigen. Früher — zur Zeit des landesfürstlichen Absolutismus — gehörte ein solcher Mut dazu, sich des bedrängten Volkes vor Königsthronen anzunehmen. Heute — zur Zeit der radikalen Demokratie, wo dieses Volk selbst auf dem Throne sitzt, Mandate und Aemter verteilt — gehört ein ähnlicher Mut dazu, diesem neuen Herrscher erforderlichenfalls die Wahrheit zu sagen und zwar auch auf Kosten jener Emolumente. Den ersten Schritt zur politischen Weisheit und damit zur wahren demokratischen Reife wird ein Volk getan haben, welches imstande ist, diese zwei Arten von Volkstribunen zu unterscheiden. Wenn es hiezu auch noch seine guten Wege hat, so darf deshalb die Flinte nicht ins Korn geworfen werden.



WEG UND ZIEL DER DEMOKRATIE

Hartley Withers

Herausgeber des „Economist“, London

Die moderne Demokratie tastet ihren Weg zu einer besseren Aufteilung größerer Vorräte an Reichtum und Wissen und Kameradschaftlichkeit durch die Kooperative aller Menschen und aller Klassen. Es ist ein großes Ideal, dafür zu wirken, es wird aber alle Arbeit erfordern, die wir ihm zu widmen vermögen.



DIE SOZIOLOGISCHEN URSACHEN DER GEGENWÄRTIGEN KRISE DER DEMOKRATIE

Florjan Znanički
Professor an der Universität Posen

Die gegenwärtige Krise der Demokratie kann nicht nur durch die jüngsten politischen Ereignisse erklärt werden. Ihre Quellen müssen viel weiter zurück gesucht werden, in gewissen Konflikten und der mangelhaften Zusammenstimmung der soziologischen und psychologischen Grundlagen des modernen kulturellen Lebens. Der Weltkrieg selbst war das Ergebnis dieser Konflikte und mangelhaften Zusammenstimmung, und seine hauptsächlichste Bedeutung liegt darin, daß er bewirkt hat, daß sie jetzt drohen, die Zivilisation mit Gewalt zu stürzen, nachdem sie sie seit einem Jahrhundert und länger noch untergraben haben. Obwohl die Aufhellung und genaue Begrenzung all dieser Faktoren der sozialen Ruhelosigkeit eine weit gründlichere, planmäßige und weiter reichende wissenschaftliche Untersuchung erfordern würde, als sie bisher möglich war, weisen nichtsdestoweniger die Ergebnisse der soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Untersuchungen darauf hin und gestatten es, zumindest hypothetisch die auffälligsten und die anscheinend allerwichtigsten dieser Faktoren zu formulieren:

1. Der Konflikt zwischen den demokratischen Tendenzen und der wirtschaftlichen Oligarchie

Es ist kaum notwendig, die Tatsache hervorzuheben, daß ein demokratisches politisches System nicht

dauernd mit oligarchischer Herrschaft auf wirtschaftlichem Gebiete vereinbar ist. Das demokratische Ideal ist keine abstrakte Formel für Organisation der Regierung: es ist eine lebendige Kraft, die innerhalb der Massen arbeitet, eine Tendenz, die individuellen Begabungen auf allen Gebieten materieller und geistiger Kultur auszugleichen und die allgemeine Kontrolle der Gesellschaft über Werte, die wesentlich sind für ihre kollektive und korporative Existenz auszudehnen. Die demokratische Regierungsform auf Grund der Volkswahlen und der Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit war nur der erste Schritt zur Realisation dieser Tendenz, das erste von dieser Macht geschaffene Werkzeug für die weitere Expansion. Aber dieses Werkzeug hat sich als seinen Zwecken nur unvollständig entsprechend erwiesen. Die politische Demokratie, soweit sie erreicht ist, ist zu einer zweiseitigen Waffe im Klassenkampf geworden, in welchem keine Partei einen endgültigen Vorteil erringen kann. Auf beiden Seiten werden Anstrengungen gemacht, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Die wirtschaftliche Oligarchie bleibt aber ein Hemmnis jedes weiteren Fortschrittes der Demokratie, indem sie sie dieser, wenn auch inadäquaten Waffe, beraubt. Aus diesem Grunde neigen die Massen dazu, dieses Werkzeug zu zerbrechen und ein wirksameres zu schaffen. Der Krieg mit der unvermeidlichen temporären Zentralisation der Macht auf der einen, und der nachfolgenden Desorganisation der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Routine auf der anderen Seite — hat jeder der beiden Seiten zu Versuchen Gelegenheit geboten, andere Regierungsformen einzusetzen. Diese Versuche haben verschiedenartige Erfolge gezeitigt, und es besteht kein Grund, warum sie nicht fortgesetzt werden sollten, bis entweder die demokratischen Kräfte niedergeschlagen

oder die individuellen Privilegien und oligarchischen Regeln auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Produktion über den Haufen gestürzt sind — sofern allerdings nicht alles organisierte Kulturleben einem allgemeinen Kataclysmata verfällt.

2. Der Konflikt zwischen den demokratischen Tendenzen und dem System des Zwangsstaates

Was Vertreter der politischen und Sozialwissenschaft weniger rasch anzuerkennen geneigt scheinen, ist die Tatsache, daß das traditionelle Staatssystem in jeglicher Form mit Ausnahme des alten kleinen Stadtstaates im wesentlichen unvereinbar ist mit dem demokratischen Geiste. Die Prinzipien der Demokratie, wie sie sich tatsächlich in der Organisation sozialer Gruppen außerhalb des Staates ausdrücken, erfordern freie Initiative und freiwillige Kooperation aller Mitglieder in allen gemeinsamen Angelegenheiten der Gruppe, während der Staat, wie ihn die moderne Demokratie von den autokratischen oder oligarchischen Regierungen der Vergangenheit geerbt hat, einen Verband darstellt, der auf der Basis des Zwanges organisiert worden ist. Die Demokratie hat an dieser Organisation praktisch nichts geändert, außer die Art, wie sie die Mitglieder der Regierung rekrutiert. In ihrem tatsächlichen Funktionieren und ihrem gewöhnlichen Verhältnis zu den Bürgern unterscheidet sich eine gewählte Regierung nicht wesentlich von einer Erbfolge- oder einer Klassenregierung, noch besteht irgendein wesentlicher Unterschied zwischen der Herrschaft einer Einzelperson und der einer kleinen Kollektivkörperschaft. In jedem Falle ist es die Herrschaft der Macht, und die Regierung involviert „Zustimmung der Regierten“ in dem Sinne, daß diese Macht tatsächlich von einer Fraktion der Gruppe ausgeübt und passiv von deren Rest

anerkannt wird. Der Durchschnittsbürger nimmt außerhalb der Wahlperiode an den Staatsangelegenheiten nicht frei und freiwillig teil, er darf es gar nicht. Er wird einfach gezwungen, seine Steuern zu zahlen, sich den gesetzlichen und öffentlichen Anordnungen zu fügen, seinen Militärdienst zu leisten, und so weiter, ohne daß ihm Wahl oder Initiative hierüber zustände.

Natürlicherweise haben die Bürger das Recht, bei der Aenderung unerwünschter in erwünschte Gesetze mitzuwirken, was, in die Praxis umgesetzt, bedeutet, daß sie das Recht haben, bei den Versuchen irgendeiner politischen Partei, die Kontrolle des Staates an sich zu reißen, zu helfen. Parteipolitik ist auf diese Weise das einzige Gebiet, auf welchem der Bürger ungehindert und freiwillig sich betätigen kann. Aber Parteipolitik ist keine Zusammenarbeit aller Mitglieder einer Partei in der Handhabung öffentlicher Angelegenheiten, es ist eine kollektive Bemühung, für die Führer der Partei oder deren Repräsentanten Stellungen zu gewinnen, die ihnen Gelegenheit gibt, eine Zwangsherrschaft ausüben zu können.

Darin liegt ein wichtiger Unterschied zwischen dem modernen Staate und der alten republikanischen Polis. Hier hat jeder Bürger tatsächlich teilgenommen an den meisten öffentlichen Unternehmungen oder er konnte es zumindest tun: die Wahlen der Staatsbeamten, denen einige dieser Aemter und die Führung anderer anvertraut war, war nur einer der vielen freiwilligen Akte, durch welche jeder zu dem Prozeß der Staatsverwaltung beitrug. Wenn auch hier die Beteiligung unvollkommen und die Zusammenarbeit nur teilweise und fehlerhaft war, so genügte es dennoch, um in den Bürgern ein überwältigendes Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten wachzuhalten, das mit dem üblichen Interesse des modernen Staatsbürgers keinen Vergleich

verträgt. Auf diese Weise näherten sich die demokratischen Stadtstaaten weit mehr einer modernen parlamentarischen Körperschaft als die modernen politischen Staaten.

Es wird oftmals versichert, daß dieser Unterschied durch die Größe des modernen Staates verschuldet sei, die den Bürger daran hinderte, seine Initiative im öffentlichen Geschehen anders als durch Stellvertretung, durch seine Vertreter auszuüben. Das ist offensichtlich falsch, da wir im modernen politischen Leben auffallende Beispiele für das Gegenteil besitzen, Betrachten wir beispielsweise die Formation der Vereinigten Staaten von Amerika im achtzehnten Jahrhundert, oder die jüngere Befreiung und Organisation der neuen Republiken der Tschechoslovakei, Polens Litauens, Lettlands, Estlands und Finnlands. Hier finden wir einen demokratischen Prozeß in dem Sinne, daß jeder Staatsbürger zum öffentlichen Leben beigetragen hat, oder dies zumindest von ihm erwartet wurde, jeder in seinem eigenen Kreise und seiner Interessensphäre, während es Aufgabe ihrer Vertreter war, zu leiten, zu koordinieren und zu zentralisieren, nicht aber durch Zwang zu regieren. Zwang wurde nicht als grundlegende Methode angewendet, sondern als ein notwendiges Uebel, wo die freie Kooperation versagte.

Prozesse, wie diese haben schlagend bewiesen, daß es sowohl psychologisch als auch technisch möglich ist, die ganze Bürgerschaft eines modernen Volkes direkt an den öffentlichen Angelegenheiten der Nation teilnehmen zu lassen, und daß eine solche Teilnahme schöpferischer ist als jeglicher Gehorsam, der durch Machtmittel durch die Regierung erzwungen werden kann. Es könnte scheinen, als ob eine solche Methode nur in jenen Fällen möglich gewesen ist, weil und solange diese Staaten nicht völlig organisiert waren, wenn

wir nicht andere, weniger auffällige aber ebenso bedeutsame Beispiele von einem anderen Typus fänden. Vor langer Zeit schon hat es sich gezeigt, daß in gefährlichen Krisen der Staat nur durch die kollektiven und freiwilligen Bemühungen der Gesamtheit der Einwohnerschaft gerettet werden konnte. Dies zeigte sich insbesondere während des Weltkrieges in allen Ländern, und seither an dem Beispiele der finanziellen Rekonstruktion Deutschlands und der Abwehr der bolschewistischen Invasion in Polen im Jahre 1920.

Und doch ist nichts wirklich Wirksames unternommen worden, um diese Methoden der direkten Teilnahme der Bevölkerung während der kritischen Perioden auch auf die Zeiten des normalfunktionierenden täglichen Lebens auszudehnen. Keine der Gruppen, die ihr Volk während des Schaffens und Reorganisierens ihrer Staaten geleitet haben, scheint sich dessen bewußt zu sein, daß es für die Ausnutzung der enormen Möglichkeiten schöpferischer sozialer Energien, die in der Nation schlummern und nur sporadisch in Augenblicken der Krise erwachen, unerläßlich ist, das traditionelle System radikal zu modifizieren, für die alten statischen Organisationen, die auf Zwang aufgebaut sind, eine dynamische Organisation von einem neuen Typus zu setzen, die permanent imstande ist, der freien politischen Initiative jedes Bürgers voll und produktiv Raum zu geben und die Institutionen des Zwanges nur als untergeordnete Organe der Kooperation anzuwenden. Im gegenwärtigen Stadium würde dies natürlich unvergleichlich mehr ursprüngliche Arbeit erfordern, als jegliche Reform, die jemals auf dem Gebiete der Politik durchgeführt worden ist, es ist daher nicht zu verwundern, daß die ganze schöpferische Energie der vergangenen zehn Jahre nur zu der Konstruktion neuer Staaten nach dem alten Muster geführt hat oder zur

Konsolidation alter Staaten in Uebereinstimmung mit den gleichen formalen Plänen, die immer allen schöpferischen Bemühungen passive Resistenz entgegensetzten und den glühendsten Enthusiasmus dämpften.

Soweit ist die gegenwärtige Krise keine Krisis der Demokratie, sondern eine Krise des Systems des Zwangsstaates. Das überraschende daran ist, daß sie nicht früher eingetreten ist, was nur dadurch erklärlich ist, daß der Konflikt zwischen diesem System und dem demokratischen Ideal gerade jetzt evident wird. In den meisten Ländern des europäischen Kontinents ist der Kampf um die Demokratisierung des Staates eine verhältnismäßig junge Bewegung, welche vor dem Kriege kaum weit genug fortgeschritten war, um zeigen zu können, daß die Formation einer parlamentarischen Regierung nur der Anfang eines Prozesses ist, der zu einer völligen Rekonstruktion des Staates als solchen auf einer völlig neuen Basis führen wird. In England und Amerika dagegen war die wirkliche Rolle des Staates im sozialen Leben bis in die jüngste Zeit so wenig bedeutsam, daß die gesamte Nation, nachdem sie sich Immunität gegenüber gewissen wenig wünschenswerten Formen des Zwanges gesichert hatte, keinen Antrieb zu einer weiterer politischen Reorganisation hatte.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben jedoch, indem sie neue und mehr Massen als früher dazu geführt haben, freiwillig — wenn auch nicht immer frei — in kritischen Zeiten des nationalen Lebens mitzuarbeiten, ein neues und weites Interesse für die Angelegenheiten der Staatsverwaltung entwickelt und den Durchschnittsbürger gelehrt, sich selbst als wirklich aktives Element des nationalen Lebens zu empfinden. Und nun, da es allmählich offensichtlich wird, daß die Bemühungen dieser Jahre vom Gesichtspunkt der Realisation des demokratischen Ideales zum größten Teil verschwendet

wurden, überwiegt in allen Schichten der westlichen Länder eine tiefe, wenn auch unbestimmte und oftmals irregeleitete Enttäuschung, die sich entweder in wachsender Indifferenz gegenüber der öffentlichen Wohlfahrt oder in leidenschaftlichen Versuchen äußert, durch welche Mittel auch immer die tatsächliche Kontrolle und Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten an sich zu reißen, anstatt des bloßen Schattens, den der gegenwärtige Zustand bietet.

3. Die falsche Anwendung politischer Methoden auf das moderne Leben

Die Kritiker der Demokratie versichern, daß das System der Volkswahlen dazu führt, entweder Führer des Mob an die Macht zu bringen, die intellektuell für diese Aufgabe des Regierens nicht vorbereitet sind, oder bloße Werkzeuge derer, die die wirtschaftliche Situation kontrollieren und ihren Einfluß dazu benutzen, ihre eigenen Interessen zu fördern — der Kampf um die Macht wird so zu einem Streit zwischen Demagogie und Korruption. Das ist unzweifelhaft richtig. Aber die Systeme, die Menschen durch Vererbung, Kooptierung, Ernennung oder bloße Macht in Stellungen bringen, von denen aus sie politische Kontrolle üben, geben keine besseren Garantien für die Tüchtigkeit und moralische Integrität der Herrscher. In jedem Falle sind die Mittel und Fähigkeiten, die jemandem dazu verhelfen, die Macht zu ergreifen und zu erhalten, völlig verschieden von denen, die erforderlich sind, diese Macht zum großen Nutzen für die Nation zu verwerten.

Politische Macht wurde stets erreicht durch das, was manche Soziologen „Primärgruppen“-Methoden nennen, d. i. durch ein Verhalten, das ursprünglich bestimmt war, Individuen oder versammelte Menschen

mengen durch direkten persönlichen Kontakt zu beeinflussen. Die wichtigste Handhabe für die Erlangung einer Stellung durch Kooptierung oder Ernennung ist die persönliche Beeinflussung derer, die bereits an der Macht sind; das wesentlichste Mittel für die Erreichung einer öffentlichen Stellung durch Wahl ist die persönliche Kontrolle der Masse der Wähler. Die Kraft, die jedem Staatsstreich zugrundeliegt, hat ihren Ursprung in den uranfänglichen Versuchen menschlicher Massen, sich andere Massen durch physischen Zwang untertan zu machen. Alle anderen Methoden, die tatsächlich für die Erreichung der Führerschaft einer Partei in Gebrauch sind, die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch die Presse, Verhandlungen mit anderen Parteien, und so weiter, sind nur Varianten und Ausdehnungen dieser primitiven Formen sozialer Tätigkeit, die in der Praxis so alt sind, wie die Menschheit selbst und die sich einer wohlbekannten Routine erfreuen.

Aber Talent und Uebung in der Anwendung dieser Primärgruppen-Methoden, die eine Person oder eine Partei an die Macht bringen, sind von keinerlei Nutzen, wenn die Person oder die Partei sich der tatsächlichen Verantwortlichkeit gegenüberfindet, den Staat zu regieren. Wenn sie auch genügt haben mögen, um eine wilde Horde oder selbst einen kleinen antiken Stadtstaat zu regieren, so versagen sie vollkommen, wenn sie in dem überaus komplizierten sozialen Leben einer modernen Nation mit ihren indirekten sozialen Beziehungen, ihrer unendlichen Reihe untereinander zusammenhängender Institutionen und ihren zahlreichen unpersönlichen Systemen der materiellen und geistigen Kultur angewendet werden.

Die Kunst, eine moderne Nation zu regieren, sollte zu der alten Routine, eine primäre Gruppe zu überwa-

chen, in einem gleichen Verhältnis stehen, wie es beispielsweise das Verhältnis der modernen Elektrizität und Mechanik zu dem alten Handwerk ist. Aber der moderne Durchschnittspolitiker besitzt kaum die Rudimente dieser Kunst. Wenn er zu einer Machtstellung gelangt, befindet er sich in der gleichen Stellung wie ein mehr oder weniger kluger Schlosserlehrling des Mittelalters es wäre, wenn man ihn in einen Raum stellte, von dem aus durch ein Schaltungssystem die elektrische Kraft einer ganzen großen Stadt überwacht und geregelt werden sollte. Solch ein Lehrling würde durch Versuche und Irrtümer zu der Erfahrung gelangen, daß durch Berührung verschiedener Knöpfe die Beleuchtung der Stadt angezündet oder ausgelöscht werden kann, daß durch Drehung anderer Schalter die Straßenbahnwagen zum Stillstand oder zum Weiterfahren gebracht werden können, daß Züge zusammenstoßen, wenn man an diesen, Fabriken in Brand gesetzt und Arsenale in die Luft gesprengt werden, wenn man an jenen Drähten manipuliert. Vorausgesetzt, daß er nicht bei dem ersten Versuche getötet wird, könnte er, wenn er ein kluger Bursche ist, allmählich erlernen — selbstverständlich wird es ihn auch etwas kosten, — was er tun und was er lassen soll, wenn nicht die Tatsache bestände, daß das ganze System ununterbrochen wechselt, sodaß die gleiche Bewegung nach kurzer Zeit das gänzlich entgegengesetzte Resultat hervorbringt.

Auf anderen Gebieten menschlichen Strebens, wie es Wissenschaft, Kunst, Technik sind, bringen in der Regel solche Eigenschaften den Menschen in den Vordergrund, die ihn auch geeignet machen, zu führen, denn diese Gebiete haben einen objektiven Standard von Vollendung und einen realen unpersönlichen Maßstab für den Erfolg, der den Politikern fehlt. In dem Kampfe um die Erringung politischer Macht ist der

einziges Maßstab des Erfolges der Sieg über die Gegenpartei, was kein objektiver Beweis für die Tüchtigkeit in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten ist, und der Standard der Vollkommenheit, nach dem die Regierungstätigkeit gemessen wird, steht ungefähr auf dem gleichen logischen Niveau, wie jener der primitiven Magier. Der moderne Politiker, der einmal zur Macht gelangt ist, bildet sich ebenso wie der Magier des Altertums ein, daß es zur Erreichung des gewünschten Resultates — Verbesserung der Finanzen, Aenderung der Jugenderziehung, Abschaffung der Prostitution oder Herbeirufung des Regens — vollkommen genügt, es mit aller Kraft zu wollen und diesen Willen in einer richtiggehenden legalen oder magischen Formel auszudrücken. Diese Formel kann durch verschiedene Manipulationen unterstützt werden, die im Voraus hervorheben, welchen Charakter die kommenden Geschehnisse haben sollten: Androhung künftiger Strafen, Versprechungen kommender Entlohnungen, Gründung von Institutionen, die bestimmt sind, das soziale Phänomen zu beherbergen, das jene legale Formel ins Leben rufen soll, Nachahmung der ersehnten Regenschauer oder Bereitstellung der Gefäße, die das erbetene Naß aufnehmen sollen, u. a. Wenn der beabsichtigte Erfolg der Verkündigung der Formel folgt, dann wird die Tätigkeit des Politikers oder des Magiers als erfolgreich angesehen; wenn er ausbleibt, versucht man es mit einer anderen Formel. In jedem Falle erfahren die wirklichen sozialen Kräfte, die tatsächlich die Zustimmung oder die Ablehnung der Bürger für das neue Gesetz entscheiden, wenig Beachtung, ebenso wie die Naturkräfte, die Regen oder Zugluft verursachen.

Obwohl die beiden Methoden, was ihre Wirksamkeit in der Erreichung spezifischer beabsichtigter Resultate anlangt, einander völlig gleichkommen, unter-

scheiden sie sich doch dadurch, daß die Herbeizauberei des Regens keine wichtige Wirkungen hat, weder gute noch schlechte, während die Auferlegung und Aufzwingung von Gesetzen schreckliche, wenn auch unvorhergesehene und oftmals unentdeckte Wirkungen haben kann. Ein Regierungsakt bringt eine Kraft in die Öffentlichkeit, die mit einigen der anderen Kräfte, die bereits im sozialen Leben am Werke sind, verwickelte und weitreichende Folgen herbeiführen. Um die tatsächliche, wenn auch unbeabsichtigten Wirkungen aufzudecken, wäre eine wissenschaftliche Erforschung der Gesellschaft notwendig, die zu leisten der Politiker nicht versteht und die er für gewöhnlich gar nicht unternehmen wollte.

In kurzen Worten: die Untüchtigkeit unserer modernen Regierungen ist kein besonderes Merkmal der Demokratie — andere Regierungstypen haben sich im Laufe der Zeit nicht als wirkungsvoller erwiesen. Ihre wahre Quelle müßte bis auf das Fehlen einer objektiv standardisierten und rationell organisierten Kunst der Politik zurückgeführt werden, die imstande wäre, die Probleme modernen nationalen und internationalen Lebens zu lösen. Angesichts der Kompliziertheit, Schwierigkeit und rapiden Entwicklung dieser Probleme sollte die politische Kunst nicht, wie es in primitiven Gesellschaften war, das Produkt traditioneller Routine und der Versuchs- und Irrtums-Methoden bleiben. Sie sollte auf wissenschaftlichen Studien der Gesellschaft aufgebaut sein und erfordert eine Kenntnis der Kausalgesetze, bei der unzählige und verschiedenartige elementare soziale Wandlungen, die das Leben einer modernen Nation bilden, erklärt, vorgesehen und überwacht werden — das heißt, es erfordert die Soziologie ebenso wie die Elektrotechnik die Physik erfordert.

Die Politiker mögen erwidern, daß sie sich gern

der Ergebnisse der Soziologie bedienen würden, wenn diese ihnen zugänglich wären, daß es ab bei dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft unmöglich sei, sie unter gewisse technische Regeln einzureihen. Dies mag wahr sein oder nicht. Aber wenn es der Fall ist, dann liegt der Fehler bei den Politikern selbst, die während des letzten Jahrhunderts unablässig hätten eine wirklich wissenschaftlich und praktisch anwendbare Soziologie für ihren Gebrauch fordern und helfen sollen, sie aufzubauen. Die Lieferung wäre der Nachfrage gefolgt: Die Soziologen hätten, wenn man sie gefragt und ihnen die entsprechenden Mittel geboten hätte, definitiv formulierte Probleme der Sozialtechnik zu lösen, sicherlich alles getan, um sowohl in der Technik als auch in der Wissenschaft Fortschritte zu erzielen, anstatt mit philosophischen Spekulationen und Erforschung des Ursprungs der Gesellschaft ihre Zeit zu vergeuden. Aber die Politiker haben diese Kooperation nicht verlangt, hauptsächlich deshalb, weil sie keine Verwendung für sie gehabt haben. Und da sie keinen adäquaten, objektiven Standard des Erfolges besaßen, konnten sie die enorme Tragweite ihres Fehlschlages gar nicht beurteilen.

Solange die Verantwortlichkeit für diese Mißerfolge der Autokratie, der Oligarchie oder anderen altmodischen Körperschaften zugeschrieben werden konnte, war das Prestige der demokratischen Regierungsform sicher. Aber die demokratischen Regierungen haben sich während des Krieges und nach dem Kriege als ebenso unfähig erwiesen, die Flut der Ereignisse zu bewältigen, wie es die Regierungen waren, die ihnen Platz gemacht hatten. Und nun beginnen die Nationen, wie es immer unter ähnlichen Verhältnissen der Fall ist, nach einem neuen Universalmittel zu suchen.



DAS ERGEBNIS DER UMFRAGE

Das Ergebnis der Umfrage und somit auch das Ziel dieser Zusammenfassung kann nur eine systematische Uebersicht dessen sein, wie die Verfechter und Verteidiger der Demokratie und des Parlamentarismus sich das große Problem der Krise der heutigen Demokratie zum Bewußtsein bringen und welche Auswege aus der Krise sie sehen.

Faktisch handelt es sich um zwei Probleme — die Demokratie und den Parlamentarismus. Das demokratische und das parlamentarische Ideal — und damit naturgemäß auch ihre Praxis — unterscheiden sich schon in den Ländern, die in beiderlei Hinsicht ihre alten Traditionen haben: es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich in Hinsicht auf sie keine einheitlichen Anschauungen in Ländern finden, wo sie erst Wurzel zu schlagen begonnen oder auch ernstlich Fuß zu fassen begonnen haben. Folgerichtig kann bloß von demokratischen Richtungen, Versuchen einer Demokratie, desgleichen auch von verschiedenen parlamentarischen Methoden und Versuchen des Parlamentarismus gesprochen werden. Deshalb befaßten sich manche Autoren speziell mit der Krise beider Phänomene in ihren Ländern (so insbesondere in Frankreich, England, Deutschland).

Die systematische Uebersicht der Ergebnisse läßt sich sachlich nach folgenden Gesichtspunkten ordnen:

a) die Wechselbeziehungen von Demokratie und Parlamentarismus,

- b) Charakter und Sinn ihrer Krise,
- c) Charakter der antidemokratischen und antiparlamentarischen Bewegungen,
- d) Lösung der Krise.

Wechselbeziehungen zwischen Demokratie und Parlamentarismus

Der Parlamentarismus ist ein unerläßliches Werkzeug der modernen Demokratie. Das Parlament ist notwendig als Kundgebung der Souveränität des Volkes und für die gesetzgeberische Funktion: in der Demokratie ist es durch nichts ersetzbar, es ist ein Mittel der Volksherrschaft durch Diskussion und Abstimmung, die einzige Möglichkeit eines demokratischen sozialen Systems in größeren Gesellschaften.

Der gegenwärtige Parlamentarismus ist eine Nachahmung der Institution, die in England als das zweckmäßigste Mittel für eine Beschränkung der monarchistischen Willkür erachtet wurde. Soll er taugliches Mittel der modernen Demokratie einer erst in Entstehung begriffenen Regierungsform werden, so muß die parlamentarische Form so umgewandelt werden, um den Bedürfnissen der modernen Demokratie zu entsprechen.

Das Ideal der Demokratie ist die Beteiligung aller Volksklassen an der Verwaltung der öffentlichen Dinge. Eine absolute Demokratie in diesem Sinne gibt es nicht. Das demokratische Ideal wurde bisher nirgends verwirklicht. Deshalb kann nicht von einer Krise der Demokratie gesprochen werden, außer im Sinne der Schwierigkeiten, in denen die moderne Demokratie geboren wird.

Ebenso wie das Parlament, ist auch die Regierungs- und Verwaltungsform in den Demo-

kratien eine Nachahmung der Institutionen des Feudalstaates und entspricht nicht den Forderungen der modernen Demokratie. Es muß deshalb auch hier nicht von der Krise der Demokratie, sondern von einer Krise der Regierungs- und Verwaltungskunst gesprochen werden.

Charakter und Sinn der Krise

Es handelt sich somit um keine Krise des parlamentarischen und demokratischen Prinzips, sondern um eine Krise der parlamentarischen und Regierungstechnik. Diese Krise ist keine plötzliche, nach dem Krieg zutage getretene Erscheinung. Nachkriegsmäßig ist bloß ihr heftiges Auftreten und die Beteiligung der Massen. Vor zwanzig Jahren wandte sich die Kritik hauptsächlich gegen die ständigen Regierungswechsel, heute wendet sich die Kritik mehr gegen den Parlamentarismus.

Es handelt sich vor allem um die Regierungskunst, um eine Krise der Regierungsautorität.

Eine demokratische Regierung ist nur möglich als Mitregierung, als Mitarbeit der Regierenden mit den Regierten. Die Krise der Regierungs- und Parlamentsautorität entsteht dadurch, daß Regierung und Parlament mit Methoden der Feudalzeit Gesetze geben und den Staat verwalten wollen. Die modernen Kaufleute und Industriellen errichten Forschungsbureaus mit hochspezialisierten Fachleuten, um die Betriebsführung den ständigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen anzupassen, um das Unternehmen möglichst billig und genau zu leiten. Die heutigen Regierer (in Staat, Bezirk, Gemeinde) sind bisher nicht modern in diesem Sinne, sind nicht wohlinformiert, sind nicht au courant der Bedürfnisse des überaus komplizierten sozialen Lebens; ihre Anord-

nungen sind infolgedessen veraltet, ungenau; sie verstehen es nicht, Tatsachen und Dokumente auszunützen, auch wenn sie ihnen zur Verfügung stehen.

Zweitens handelt es sich um eine Krise des Parlaments; es handelt sich hier um die „Gesetzgeber“ und um ihre Arbeit; es handelt sich um eine Krise der „Personen“ und der parlamentarischen Technik. Die Schwierigkeiten ergeben sich mehr aus Mängeln des Charakters als aus Mängeln der Institutionen. Inkompetente Führer der Demokratie sind ein Zeugnis inkompetenter Wähler.

Der „demokratische Neid“ verhindert, daß tatsächlich große Männer in das politische Leben gelangen. Männer, die mit der höchsten Geistesbildung auch eine unzweifelhafte Charakterstärke vereinigen, sind nicht mehr so wie früher zum Eintritt ins Parlament bereit. Der durchschnittliche Parlamentarier ist heute selten ein Mann von eigenwüchsigem Charakter; die Politik von heute fordert den politischen Routinier mit Eigenschaften, welche den Abgrund zwischen den Politikern und der unpolitischen Masse vertiefen; die Politik ist ein Geschäft geworden, ihre Grundsätze entsprechen jenen des Handels.

Die Führer — die Elite der Gesetzgeber — gelangen an die Spitze der Regierung, der Rest des Kabinetts wird mit wem immer ausgefüllt; die Masse der Abgeordneten bleibt ohne Führer, ist amorph, unfähig, Pläne zu schaffen, Projekte zu verwirklichen, Krisen zu lösen. Das Parlament leidet, soweit es sich um die Menschen handelt, an einer Krise der parlamentarischen Führer; es leidet aber auch an einem ständigen Wahl- oder Wählerfieber: durch die Berücksichtigung der Forderungen der Partei oder der Wähler sind die Gesetzgeber vollkommen gebunden; die Staatsverwaltung leidet dabei

unter dem Terror der Abgeordneten, die vermeinen, ihr Mandat berechtige sie zur ständigen Einmischung in die öffentliche Verwaltung. Die Rivalität der Parteien hat zum Niedergange des Parlamentarismus beigetragen.

Das heutige Parlament stirbt an der Unfähigkeit zu geeigneten und fruchtbaren Initiativen, an der Unfähigkeit, sich gegen die parteilichen und wirtschaftlichen Korruptionseinflüsse zur Wehr zu setzen, die im Wege der Presse auch die öffentliche Meinung korrumpieren.

Statt der politischen Erziehung bekommt der Bürger eine gewisse Dosis allgemeiner politischer Informationen, die durch ihre Oberflächlichkeit den Anschein erwecken können, daß ein jeder ein jedes politisches Problem verstehen könne und jedermann imstande sei, die Politik des Tages zu beurteilen und an ihr teilzunehmen.

Insolange die Regierung die Durchführung eines im voraus festgesetzten Programms bedeutet, zu der es einer absolut großen Partei oder Koalition bedarf, dreht sich die Parlamentstätigkeit nur um die Erhaltung der Regierung.

Neben den Menschen, neben den Gesetzgebern handelt es sich in der Krise des Parlamentarismus auch um die Institution selbst. Es wird die technische Unfähigkeit des Parlaments verurteilt, seine Unterproduktion, da es nicht imstande ist, für ein bestimmtes soziales Bedürfnis Gesetze überhaupt und gute Gesetze im besonderen zu geben, was bei den Fachleuten Widerstand, bei der Bürgerschaft Ironie hervorruft. Ein Teil der Schuld auf dem Gebiete der gesetzgebenden Tätigkeit ist in der Vollzugsgewalt zu suchen: das schlechte Funktionieren der Behörden, die Bürokratisierung der Administrative führt

dazu, daß die Vorbereitung und die Handhabung der Gesetze ein Werk der Behörden ist, die sich als unfähig erweisen, die Kompliziertheit des modernen Lebens zu erfassen, sie zu begreifen und ihr Rechnung zu tragen. Die Kompliziertheit des modernen Lebens macht die Lösung heimischer und universaler Probleme ohne Experten und Spezialisten zu einer Unmöglichkeit. Darin besteht die heutige Krise des Parlamentarismus.

Einige Enqueteteilnehmer erblicken den Ursprung der Krise in den soziologischen und psychologischen Grundlagen des modernen Lebens. Ihnen zufolge handelt es sich um eine Krise der westlichen Zivilisation; die soziale Zersplitterung unserer Zeit erweist sich als ungünstig einer großen belebenden und reinigenden ideellen Bewegung, die aus den Wahlen eine feste Parlamentsmehrheit und aus ihr dann eine feste Regierung hervorgehen ließe, wie der Staat sie braucht.

Nach der Meinung anderer Beurteiler handelt es sich hier um den Widerstreit zwischen den demokratischen politischen Tendenzen und einer früheren Zeiten gemäßen wirtschaftlichen Oligarchie; das heutige Parlament versteht es nicht, ökonomische Probleme der Zeit zu lösen, versteht es nicht — als rein politische Institution — den Uebergang zu einer neuen sozialistischen Wirtschaft zu vollziehen.

Ein Hindernis der in Entstehung befindlichen Demokratie ist die Erstarkung der kapitalistischen Trusts und Industrieverbände, die aus der wirtschaftlichen Unfähigkeit des Parlaments Gewinn ziehen, ebenso auch die Machtsteigerung der Bürokratie, die sich durch die Unfähigkeit des Parlaments zur Kontrolle der Vollzugsgewalt gefördert sieht.

Andere Autoren erblicken in der heutigen Krise die Geburtswehen eines Föderalstaates, in dem das Prinzip der Autonomie die Oberhand gewinnen wird über jenes der Zentralisation.

Antidemokratische und antiparlamentarische Bewegungen

Die nachkriegsmäßige Erstarkung der Krise erklären manche Betrachter so, daß die Völker in den vier Kriegsjahren gelernt haben, die Kraft als wirksames Ueberzeugungsmittel zu schätzen und die Raschheit der diktatorischen Eingriffe der Kriegszeit mit der Saumseligkeit der Regierungseingriffe im Frieden zu vergleichen. Daher sind rechts und links fast überall diktatorische Epidemien entstanden, die von den Völkern bisher nicht überwunden wurden.

Auch die antidemokratischen und antiparlamentarischen Bewegungen sind keine Erscheinung der Nachkriegszeit. Reaktionäre und Revolutionäre hat es auch vor dem Krieg gegeben. Nachkriegsmäßig ist bloß der offene Ruf nach der Diktatur von rechts und von links, wobei in erster Reihe die Abschaffung des Parlamentarismus angestrebt wird, dessen Werk eben die politische Freiheit ist; die Diktatur ist deshalb beliebt, weil sie das bequemste Regierungssystem darstellt. Die von rechts und links geführten antidemokratischen Angriffe konzentrieren sich in erster Reihe gegen den Parlamentarismus; trotz der Fehler der heutigen Parlamente ist das Prinzip des Parlamentarismus die Negation der Gewalt und einer intoleranten oder willkürlichen Herrschaft, ist ein System von Kompromissen, Relativitäten und anerkannter Verantwortlichkeit, fordert eine hohe politische Bildung, und deshalb wurde es überall dort hin-

weggefegt, wo es am meisten an politischer Erziehung gemangelt hat.

Die sozialen und politischen Probleme der Zeit sind so kompliziert, daß oft sogar bei demokratischen Staatsmännern die Versuchung auftaucht, zur Diktatur zu greifen.

Die Syndikalisten und Kommunisten behaupten, die Zeit der Parlamente sei vorüber; das gleiche behaupten auch die Faschisten; jene wollen es zugunsten der Werkstatt, diese zugunsten der Diktatur eines starken Einzelnen. Die Tradeunionisten wollen die parlamentarischen Prozeduren durch eine direkte Aktion ersetzen, die Reaktion von rechts strebt die Erneuerung und Festigung der Privilegien der oberen Klassen an, bzw. arbeitet sie an einer Organisation der höheren Klassen, um im Falle eines Generalstreiks der Arbeiter den Streik zu brechen.

Die auf dem Prinzip der Herrschaft einer bewußten Minderheit begründete antidemokratische Elite unterliegt wiederum dem Massenprinzip, einerseits, indem sie durch die Masse zur Macht gelangt und durch sie in ihr verharrt, andererseits dadurch, daß sie vor der Öffentlichkeit der Träger des Volkswillens sein will; und so bilden die Führer der antidemokratischen Eliten Theorien der Zustimmung der öffentlichen Meinung statt der durch öffentliche Abstimmung kundgegebenen Zustimmung.

Schlußfolgerungen

Es handelt sich um keine Krise des demokratischen und parlamentarischen Prinzips; es handelt sich um eine Krise der Regierungstechnik und der gesetzgeberischen Technik. Beide müssen den modernen wissenschaftlichen Theorien angepaßt

werden, beide sollen das Ergebnis einer fachlichen, von wissenschaftlichen Methoden geleiteten Arbeit sein — einer umsichtigen, raschen, unparteiischen Arbeit.

Da alle Arten von Tätigkeiten (die politische, wirtschaftliche, nationale, philosophische, ethische) zu sozialen Tätigkeiten werden, muß eine beratungsmäßige Vertretung aller kollektiven Realitäten geschaffen werden: dann werden die Gesetze vom Parlament nicht improvisiert, sondern von den bisherigen Ausschüssen fachgemäß vorbereitet werden, da die Ausschüsse dann imstande sein werden, sie dem bestehenden Rechtssystem und den sozialökonomischen Bedürfnissen anzupassen.

Die Regierung muß demokratisiert werden; wird sie vom Parlament gewählt und zum Vollzieher der Parlamentsbeschlüsse werden, so wird sie von diesen Beschlüssen nicht abhängen und die Parteien werden nicht um die Macht, sondern um die Anschauung eines Problems kämpfen; der Volkswille kann durch Initiative und Referendum ohne Regierungskrise festgestellt werden.

Die Demokratie ist die notwendige und einzige mögliche Regierungsform; die wachsende Volksbildung, das wachsende Selbstbewußtsein des Proletariats macht jede andere Regierungsform unbegreiflich; die Diktatur wird sich nirgends auf die Dauer behaupten. Das demokratische Ideal kann nicht realisiert werden, solange das Volk nicht hinreichend gebildet ist, um die Grundprobleme der Verwaltung zu verstehen, solange es nicht so hoch steht, um ernstlich verlangen zu können, was richtig und gerecht ist.

Die demokratische Organisation der Regierung und die Herrschaft der Parlamentsmehrheit, wie sie durch die Volksabstimmung begründet sind, bilden erst den ersten Schritt zur Inthronisierung der De-

mokratie; sie sind in einem solchen Maße die einzige mögliche Grundlage für die Erhaltung einer gerechten Ordnung und Freiheit in der Gesellschaft, daß die Entwicklung auch nach verschiedenen Divagationen zu ihnen zurückkehren wird.



REV15

ÚK PrF MU Brno



3 1 2 9 5 0 1 4 0 8